Amtsblatt

der Europäischen Gemeinschaften

ISSN 0376-9461

C 234

37. Jahrgang

22. August 1994

Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
	I Mitteilungen	
	Europäisches Parlament	
	<i>Schriftliche Anfragen mit Antwort</i>	
94/C 234/01	E-636/93 von Giuseppe Rauti und Cristiana Muscardini an die Kommission Betrifft: Nichtdurchführung der Richtlinie über Schlachtvieh durch die italienische Regierung	1
94/C 234/02	E-738/93 von Pierre Bernard-Reymond an die Kommission Betrifft: Harmonisierung der Verwaltungsformalitäten	1
94/C 234/03	E-749/93 von Cristiana Muscardini an die Kommission Betrifft: Besitz von und Handel mit wildlebenden Tier- und Pflanzenarten	2
94/C 234/04	E-999/93 von Mihail Papayannakis an die Kommission Betrifft: Vorhaben in der Nähe von Preveli	2
94/C 234/05	E-1062/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Synergie bei der Wirkung von Pflanzenschutzmitteln	3
94/C 234/06	E-1169/93 von David Bowe an die Kommission Betrifft: Grenzkontrollen	3
94/C 234/07	E-1202/93 von Ingo Friedrich an die Kommission Betrifft: Entwicklung des Warenaustausches seit 1. Januar 1993	4
94/C 234/08	E-1223/93 von Michael Welsh an die Kommission Betrifft: Sicherheit für EGKS-Darlehen	4
94/C 234/09	E-1233/93 von Willem van Velzen an die Kommission Betrifft: Beschluß der Kommission, Flevoland den Status einer Region von Ziel 1 vorzuenthalten	4

Preis: 18 ECU

(Fortsetzung umseitig)

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
94/C 234/10	E-1299/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Die Gemeindestraße von Velanidia in Lakonien	5
94/C 234/11	E-1346/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Die internationale Drogenkontrolle	5
94/C 234/12	E-1352/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Einwanderer aus Albanien	6
94/C 234/13	E-1400/93 von Hiltrud Breyer an die Kommission Betrifft: Wiederaufbereitung	7
94/C 234/14	E-1411/93 von Sir James Scott-Hopkins an die Kommission Betrifft: Unterstützung für die Erzeugung von Energie aus erneuerungsfähigen Ressourcen ...	7
94/C 234/15	E-1517/93 von Christopher Jackson an die Kommission Betrifft: Praktika in der Kommission	8
94/C 234/16	E-1543/93 von Alex Smith an die Kommission Betrifft: Nukleare Sicherheit	8
94/C 234/17	E-1560/93 von Alex Smith an die Kommission Betrifft: Obergrenzen für Strahlenexposition	8
94/C 234/18	E-1568/93 von Paul Staes an die Kommission Betrifft: Beihilfe für die Umstellung der Steinkohlebergwerke in Limburg	9
94/C 234/19	E-1658/93 von Alexandros Alavanos an die Kommission Betrifft: Zweckmäßigkeit und Art der Anlage eines Trinkwasserspeicherbeckens auf der Insel Chios	10
94/C 234/20	E-1678/93 von Paul Staes an die Kommission Betrifft: EG-Beihilfen für die Rennstrecke Terlamen/Zolder	10
94/C 234/21	E-1679/93 von Paul Staes an die Kommission Betrifft: Transport von radioaktivem Material mit dem Flugzeug	11
94/C 234/22	E-1684/93 von Enrico Falqui an die Kommission Betrifft: Gefährdung der Bevölkerung aufgrund der Bauarbeiten für den Ausbau der Staatsstraße 1 „Aurelia“ zwischen Livorno und Grosseto (Toskana/Italien)	12
94/C 234/23	E-1694/93 von Alexandros Alavanos an die Kommission Betrifft: Handel mit Humantransplantaten	12
94/C 234/24	E-1697/93 von Ben Visser an die Kommission Betrifft: Beschränkung des zulässigen Gesamtgewichts von Lastkraftwagen auf 40 Tonnen ...	13
94/C 234/25	E-1698/93 von Hedwig Keppelhoff-Wiechert an die Kommission Betrifft: Situation der deutschen Textilindustrie	13
94/C 234/26	E-1700/93 von Dorothee Piermont an die Kommission Betrifft: Export und Produktionsverbot von in der Gemeinschaft verbotenen Pestiziden	15
94/C 234/27	E-1708/93 von Heinz Köhler an die Kommission Betrifft: Parlamentsvorbehalt des Deutschen Bundestages für die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion	16

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
94/C 234/28	E-1725/93 von Klaus Hänsch an die Kommission Betrifft: Zerstörung der Naturschutzgebiete am Acheloosfluß in Griechenland durch EG-finanzierte Bewässerungssysteme	16
94/C 234/29	E-1736/93 von Alexandros Alavanos an die Kommission Betrifft: Währungsentwicklung und Wettbewerbsfähigkeit griechischer Erzeugnisse	17
94/C 234/30	E-1748/93 von Gianfranco Amendola an die Kommission Betrifft: Umsetzung der Richtlinie 91/156/EWG über Abfälle in den Mitgliedstaaten und Pflichterfüllung der Kommission	17
94/C 234/31	E-1754/93 von José Apolinário an die Kommission Betrifft: Spongiforme Enzephalopathie bei Rindern	18
94/C 234/32	E-1759/93 von Cristiana Muscardini an die Kommission Betrifft: Umweltverschmutzung	18
94/C 234/33	E-1763/93 von Ernest Glinne und Jaak Vandemeulebroucke an die Kommission Betrifft: Ausbreitung der „spongiformen Enzephalopathie“ bei Schafen und Rindern	19
94/C 234/34	E-1764/93 von Madron Seligman an die Kommission Betrifft: Mit dem Binnenmarkt unvereinbare Praktiken	20
94/C 234/35	E-1783/93 von Raymonde Dury an die Kommission Betrifft: Kopplung des Zugangs zur Wirtschafts- und Währungsunion an soziale Konvergenzkriterien	20
94/C 234/36	E-1810/93 von Ria Oomen-Ruijten, Elmar Brok, Raphaël Chanterrie, Viviane Reding, Marc Reyman, Pol Marck und Miguel Arias Cañete an die Kommission Betrifft: Erweiterung der Gemeinschaft	21
94/C 234/37	E-1825/93 von Friedrich Merz an die Kommission Betrifft: Zusammensetzung der Bediensteten der Kommission	21
94/C 234/38	E-1827/93 von Mary Banotti an die Kommission Betrifft: Wettbewerbsregeln im Telekommunikationsbereich	21
94/C 234/39	E-1839/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Nutzung des Wassers aus dem Stimpalia-See für ein Bewässerungsvorhaben	22
94/C 234/40	E-1858/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Einhaltung der Richtlinie über die wildlebenden Vogelarten durch Griechenland	22
94/C 234/41	E-1860/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Transport lebender Tiere	23
94/C 234/42	E-1883/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Antrag der Republik Zypern auf Beitritt zur Gemeinschaft	23
94/C 234/43	E-1892/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Den innergemeinschaftlichen Warenverkehr	24
94/C 234/44	E-1898/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Den Verbraucherrat der Kommission	24

(Fortsetzung umseitig)

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
94/C 234/45	E-1902/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Nutzung der Wasserressourcen der Inseln der Gemeinschaft und insbesondere der Kykladen und der Inseln des Dodekanes	24
94/C 234/46	E-1911/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Die Entwicklung der Armut	25
94/C 234/47	E-1914/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Tierquälerei und Tötung von Tieren im Rahmen von Veranstaltungen	25
94/C 234/48	E-1918/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Entschädigungen für die Gemeinde Ampelakia im Verwaltungsbezirk Larisa	26
94/C 234/49	E-1919/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Einhaltung gemeinschaftlicher Vorschriften durch griechische Wursthersteller	26
94/C 234/50	E-1928/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Aufnahme von Hypotheken bei ausländischen Banken	26
94/C 234/51	E-1929/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Energiepreise	27
94/C 234/52	E-1939/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Schutz des Weinbaus	28
94/C 234/53	E-1958/93 von John McCartin an die Kommission Betrifft: Besteuerung von Gebrauchtwagen in Irland	28
94/C 234/54	E-1994/93 von Virginio Bettini an die Kommission Betrifft: Ausstieg der italienischen und britischen Bahn aus dem Europäischen Gepäcktarif ...	29
94/C 234/55	E-2007/93 von Anita Pollack an die Kommission Betrifft: Luftverkehr	29
94/C 234/56	E-2019/93 von Karel Dillen an die Kommission Betrifft: Sprachgebrauch seitens der Kommissionsmitglieder	30
94/C 234/57	E-2035/93 von Carlos Perreau de Pinninck Domenech an die Kommission Betrifft: Schwierigkeiten bei der Beteiligung spanischer Unternehmen der Agrarnahrungsmittel- industrie an der Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft zugunsten der Dritten Welt	30
94/C 234/58	E-2039/93 von Ian White an die Kommission Betrifft: Verbundglas	31
94/C 234/59	E-2041/93 von Wilhelm Piecyk an die Kommission Betrifft: EG-Fördermittel für Schleswig-Holstein	31
94/C 234/60	E-2044/93 von Robert Delorozoy an die Kommission Betrifft: Handelsbeziehungen der Gemeinschaft mit den Ländern Mittel- und Osteuropas und Rußland	32
94/C 234/61	E-2069/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Erhöhte Beförderungstarife der Luft- und Schifffahrtsgesellschaften: ein ernstes Problem für Familienreisen	33
94/C 234/62	E-2072/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Inanspruchnahme von Mitteln aus bereits abgelaufenen Gemeinschaftsprogrammen durch die Nationale Fürsorgeorganisation	34

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
94/C 234/63	E-2078/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Fälle von Betrügereien, bei denen Verantwortliche für den Verkehr mit und die Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vor Gericht gebracht wurden	34
94/C 234/64	E-2088/93 von Florus Wijsenbeek an die Kommission Betrifft: Durchführung von Artikel 4 der Vogelschutzrichtlinie	35
94/C 234/65	E-2092/93 von Jessica Larive an die Kommission Betrifft: Krankenversicherungen und Binnenmarkt	35
94/C 234/66	E-2100/93 von Renzo Imbeni an die Kommission Betrifft: Frieden auf dem Balkan	36
94/C 234/67	E-2109/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Maßnahmen zur Unterstützung der ländlichen Gemeinschaften in der Umgebung der Nationalparks	37
94/C 234/68	E-2115/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Griechische Weinproduktion	37
94/C 234/69	E-2120/93 von Anita Pollack an die Kommission Betrifft: EAGFL-Beihilfe für einen Betrieb zur Verarbeitung von Eiern aus Batteriehaltung ...	37
94/C 234/70	E-2132/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Anpassung des griechischen Umweltrechts an die entsprechenden Gemeinschaftsvorschriften	38
94/C 234/71	E-2139/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Besteuerung der griechischen Landwirte	38
94/C 234/72	E-2145/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Beihilfen für Olivenöl	39
94/C 234/73	E-2158/93 von Carmen Llorca Vilaplana an die Kommission Betrifft: Radwanderwege	39
94/C 234/74	E-2170/93 von Christine Oddy an die Kommission Betrifft: Erdgipfel in Rio de Janeiro	39
94/C 234/75	E-2186/93 von Gerardo Fernández-Albor an die Kommission Betrifft: Reaktion der Gemeinschaft auf die Erklärungen des Präsidenten von Bolivien	40
94/C 234/76	E-2190/93 von José Lafuente López an die Kommission Betrifft: Gemeinschaftspavillon zur Förderung des regionalen Fremdenverkehrs auf internationalen Tourismusmessen	41
94/C 234/77	E-2193/93 von Víctor Arbeloa Muru an die Kommission Betrifft: Wirtschaftshilfe der Gemeinschaft für die besetzten Gebiete	41
94/C 234/78	E-2200/93 von Ben Visser an die Kommission Betrifft: Ausbildungsanforderungen für das Personal in der Zivilluftfahrt	42
94/C 234/79	E-2223/93 von Alexandros Alavanos an die Kommission Betrifft: Tabakanbau im Verwaltungsbezirk Rodopi	43
94/C 234/80	E-2239/93 von Virginio Bettini an die Kommission Betrifft: Mobile Verbrennungsanlagen auf Lastkraftwagen	43

(Fortsetzung umseitig)

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
94/C 234/81	E-2248/93 von Yves Frémion an die Kommission Betrifft: Mangelnde Transparenz bei der Tätigkeit der Referate „Europa der Bürger“	43
94/C 234/82	E-2265/93 von Gordon Adam an die Kommission Betrifft: Vorherige Mitteilung von Programmen zum Abbau von Produktionskapazitäten im Kohlesektor	44
94/C 234/83	E-2287/93 von Concepció Ferrer an die Kommission Betrifft: Programme zur Erhaltung des kulturellen und architektonischen Erbes	45
94/C 234/84	E-2337/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Schaffung eines Europäischen Medienkodexes	45
94/C 234/85	E-2418/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Deponien	45
94/C 234/86	E-2433/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Einführung von Subventionen für die Wartung von Fischereinetzen	46
94/C 234/87	E-2499/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Die Beschränkung der problematischen Tabaksorten in Griechenland	46
94/C 234/88	E-2526/93 von Mario Melis, Andrea Raggio und Virginio Bettini an die Kommission Betrifft: Mißbrauch einer marktbeherrschenden Stellung durch die Papierfabriken Burgo	46
94/C 234/89	E-2548/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Schutz des Flusses Pinios im Regierungsbezirk Larissa	47
94/C 234/90	E-2562/93 von Hiltrud Breyer an die Kommission Betrifft: Waschmittel	47
94/C 234/91	E-2563/93 von Hiltrud Breyer an die Kommission Betrifft: Zinkmine in Tipperary, Irland	48
94/C 234/92	E-2580/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Ratifizierung der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951	48
94/C 234/93	E-2581/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Schutz der Menschenrechte in der Türkei	49
94/C 234/94	E-2349/92 von François Guillaume an die Kommission Betrifft: Harmonisierung des Goldgehalts von Schmuckwaren in der Gemeinschaft	49
94/C 234/95	E-568/93 von Christine Oddy an die Kommission Betrifft: Feingehaltsstempel	49
94/C 234/96	E-655/93 von Mary Banotti an die Kommission Betrifft: Richtlinie über Edelmetalle	49
94/C 234/97	E-2590/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: System der Feingehaltsstempel und Qualitätskontrolle für Schmuckwaren und sonstige Edelmetallgegenstände	50
	Gemeinsame Antwort auf die schriftlichen Anfragen E-2349/92, E-568/93, E-655/93 und E-2590/93	50

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
94/C 234/98	E-2593/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Schaffung eines europäischen Arzneimittelkodexes	50
94/C 234/99	E-2598/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Schutz der Jugend vor Genußmittel- und Drogenmißbrauch	51
94/C 234/100	E-2605/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Landfrauen werden häufiger Opfer des Brustkrebses	52
94/C 234/101	E-2130/93 von Leen van der Waal an die Kommission Betrifft: Verstöße von RTL 4 gegen die EG-Fernsehrichtlinie	52
94/C 234/102	E-2642/93 von Arie Oostlander an die Kommission Betrifft: Verstoß von RTL 4 gegen Werbevorschriften	53
	Gemeinsame Antwort auf die schriftlichen Anfragen E-2130/93 und E-2642/93	53
94/C 234/103	E-2650/93 von Luigi Vertemati an die Kommission Betrifft: Europäische Soldaten in der Welt	53
94/C 234/104	E-2653/93 von Cristiana Muscardini an die Kommission Betrifft: Industriepolitik und Rezession	54
94/C 234/105	E-2681/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Mittel, die im Bereich der erneuerbaren Energiequellen und Meerwasserentsalzung bereitgestellt werden sollen	55
94/C 234/106	E-2687/93 von Henry McCubbin an die Kommission Betrifft: Maßnahmen zur Bekämpfung von Kindermorden in Brasilien	55
94/C 234/107	E-2692/93 von James Ford an die Kommission Betrifft: Britische Postgebühren	56
94/C 234/108	E-2698/93 von Ben Visser an die Kommission Betrifft: Beihilfe für die Luftfahrt	56
94/C 234/109	E-2709/93 von Alexandros Alavanos an die Kommission Betrifft: Umstellung der von Naturkatastrophen verheerten Zitrusfruchtkulturen	57
94/C 234/110	E-2718/93 von Dieter Rogalla an die Kommission Betrifft: Binnenmarkt im Versicherungswesen	57
94/C 234/111	E-2728/93 von Anita Pollack an die Kommission Betrifft: Blei in der Umwelt	59
94/C 234/112	E-2729/93 von Christos Papoutsis an die Kommission Betrifft: Bedingungen für die Ausübung des Berufs eines vereidigten Buchprüfers in Griechen- land	59
94/C 234/113	E-2735/93 von Raymonde Dury an die Kommission Betrifft: Anwendung und Erweiterung der europäischen Rechtsvorschriften über die Wäsche von Geld aus illegalen Geschäften	60
94/C 234/114	E-2739/93 von Georgios Zavvos an die Kommission Betrifft: Bedeutung der ethischen Fragen und Notwendigkeit einer europäischen Debatte	60
94/C 234/115	E-2743/93 von Ian White an die Kommission Betrifft: Absenderadressen auf Briefumschlägen	61
94/C 234/116	E-2748/93 von Hiltrud Breyer an die Kommission Betrifft: EG-Finanzierung von „Bio-Europa“	61

(Fortsetzung umseitig)

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
94/C 234/117	E-2749/93 von Hiltrud Breyer an die Kommission Betrifft: Projekt „Vielfalt des menschlichen Genoms“	62
94/C 234/118	E-2763/93 von Sir James Scott-Hopkins an die Kommission Betrifft: Sicherheitsnormen auf Baugeländen	63
94/C 234/119	E-2818/93 von Carlos Robles Piquer an die Kommission Betrifft: Die Ziele der nordamerikanischen Hilfe für andere Länder	63
94/C 234/120	E-2826/93 von Carlos Robles Piquer an die Kommission Betrifft: Japanische Fortschritte im Bereich der Kernfusion: Verbesserungen bei der Einschließung und Senkung der Verunreinigungen im Plasma	64
94/C 234/121	E-2838/93 von Alex Smith an die Kommission Betrifft: Konferenz über Partnerschaft für Veränderungen, Manchester,	64
94/C 234/122	E-2846/93 von Alex Smith an die Kommission Betrifft: Anwendung von Artikel 34 des Euratom-Vertrags auf die Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe THORP	65
94/C 234/123	E-2853/93 von Henry McCubbin an die Kommission Betrifft: Ziegenhalter im Vereinigten Königreich	65
94/C 234/124	E-2891/93 von Jesús Cabezón Alonso an die Kommission Betrifft: Dumping-Praktiken bei der Einfuhr von Zement aus Drittländern	66
94/C 234/125	E-2893/93 von José Valverde López an die Kommission Betrifft: Globale Beihilfen für Andalusien (Spanien)	66
94/C 234/126	E-2896/93 von John McCartin an die Kommission Betrifft: Zuwendungen für Irland aus den Strukturfonds	66
94/C 234/127	E-2902/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Leistung humanitärer Hilfe	67
94/C 234/128	E-2908/93 von Sotiris Kostopoulos an die Kommission Betrifft: Schutz des Feuchtbiotops Louros Mesolongiou	67
94/C 234/129	E-3078/93 von Kenneth Stewart an die Kommission Betrifft: Geplantes neues Gefängnis in Fazakerley, Liverpool	68
94/C 234/130	E-3079/93 von Kenneth Stewart an die Kommission Betrifft: Geplantes neues Gefängnis in Fazakerley, Liverpool	68
	Gemeinsame Antwort auf die schriftlichen Anfragen E-3078/93 und E-3079/93	68
94/C 234/131	E-3477/93 von Des Geraghty an die Kommission Betrifft: Kapitalhilfe für Aer Lingus	68

I

(Mitteilungen)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SCHRIFTLICHE ANFRAGEN MIT ANTWORT

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-636/93

von Giuseppe Rauti (NI) und Cristiana Muscardini (NI)
an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(5. April 1993)
(94/C 234/01)

Betrifft: Nichtdurchführung der Richtlinie über Schlachtvieh durch die italienische Regierung

Wie kürzlich von Herrn Antonio Parlato in der Abgeordnetenversammlung angeprangert wurde, wird in Italien gegen die Richtlinie von 1978 über Schlachtvieh verstoßen.

In dieser Richtlinie wurde im einzelnen festgelegt, daß die Schlachtung mittels Betäubung durch Pistole, Elektronarkose oder Verwendung von Kohlendioxyd zu erfolgen hat.

Gedenkt die Kommission, entsprechende Schritte gegen die italienische Regierung einzuleiten, um diese zur Durchführung der genannten Richtlinie zu verpflichten?

**Antwort von Herrn Steichen
im Namen der Kommission**
(5. Juli 1993)

Nach der Richtlinie 74/577/EWG des Rates⁽¹⁾ über die Betäubung von Tieren vor dem Schlachten müssen Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen und Einhufer vor dem Schlachten mit Hilfe einer mechanischen Vorrichtung mit elektrischem Strom oder Gas betäubt werden.

Veterinärsachverständige der Kommission führen regelmäßig Inspektionen in Schlachthäusern durch sowohl in der Gemeinschaft als auch in Drittländern, die Fleisch in die Gemeinschaft ausführen. Sie kontrollieren nicht nur die Einhaltung der Gemeinschaftsvorschriften über Fleischhygiene sondern auch die Anwendung der obengenannten Richtlinie.

Den Ergebnissen dieser Inspektionen zufolge wird der Richtlinie in Italien nachgekommen. Sollten dem Herrn

Abgeordneten spezifische Gelegenheiten bekannt sein, bei denen die Bestimmungen der Richtlinie verletzt wurden, so wäre die Kommission dankbar für nähere Hinweise.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 316 vom 26. 11. 1974.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-738/93

von Pierre Bernard-Reymond (PPE)
an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(14. April 1993)
(94/C 234/02)

Betrifft: Harmonisierung der Verwaltungsformalitäten

Derzeit muß jeder nichteuropäische Staatsangehörige, der sich in einem der zwölf Mitgliedstaaten der Gemeinschaft niederlassen möchte, Verwaltungsformalitäten erfüllen, die je nach dem gewählten Land nie miteinander identisch sind.

Beabsichtigt die Kommission nicht, ein einheitliches Formular ausarbeiten zu lassen, das in allen Mitgliedstaaten verwendbar ist, wie es für einen Ausländer der Fall ist, der sich in den Vereinigten Staaten niederlassen möchte und der ein einheitliches Einreiseformular für das Hoheitsgebiet der Vereinigten Staaten ausfüllen muß?

**Antwort von Herrn Flynn
im Namen der Kommission**
(8. November 1993)

Die Kommission beabsichtigt nicht, die Einführung eines einheitlichen Verwaltungsdokuments für Staatsangehörige von Drittländern zu veranlassen, die sich in einem Mitgliedstaat der Gemeinschaft niederlassen wollen.

Eine derartige Maßnahme ist auch in dem auf der Tagung des Europäischen Rates von Maastricht genannten Arbeits-

programm zur Einwanderungspolitik, das derzeit im Rahmen der Regierungszusammenarbeit der zwölf Mitgliedstaaten geprüft wird, nicht vorgesehen.

ist, weil sie entweder gefährdet sind oder weil diese Tätigkeiten gemäß den bestehenden Gemeinschaftsvorschriften bereits verboten sind.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-749/93

von **Cristiana Muscardini (NI)**

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(15. April 1993)

(94/C 234/03)

Betrifft: Besitz von und Handel mit wildlebenden Tier- und Pflanzenarten

Der Vorschlag für eine Verordnung des Rates ⁽¹⁾, der auf die Einleitung von angemessenen Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Handels mit vom Aussterben bedrohten Arten abzielt, enthält einige Hinweise, die zwar für die Bekämpfung des obengenannten Phänomens von Nutzen sind, weist aber auch einige kritische Aspekte auf, vor allem den einer fehlenden Logik bei der Zusammenstellung der Listen der Exemplare und betreffend die übermäßige Zunahme von bürokratischen Verfahren.

Kann die Kommission Angaben darüber machen, wie sie der Überschneidung der Aufgaben, die die obengenannte Verordnung zwischen Cites und Gemeinschaft schafft, sowie der fehlenden Vorschrift eines Berufungs- und Konsultationsverfahrens für die von diesem Handel betroffenen Länder zu begegnen gedenkt? Kann die Kommission ferner dem enormen Wirrwarr innerhalb dieser Listen von Tierarten entgegentreten, die unterschiedlichen Gefahren von Aussterben ausgesetzt sind?

⁽¹⁾ Dok. KOM (91) 448.

Antwort von Herrn Paleokrassas im Namen der Kommission

(3. November 1993)

Durch den von der Frau Abgeordneten genannten Kommissionsvorschlag soll das Cites-Übereinkommen angewendet werden; er enthält ferner eine Reihe strengerer Maßnahmen, die gemäß Artikel XIV des Übereinkommens zulässig sind. Daher gibt es keine Überschneidung zwischen dem Übereinkommen und dem Vorschlag.

In Artikel 4 Absatz 6 des Verordnungsentwurfes ist die Konsultation der Ursprungsländer durch die Kommission vorgeschrieben, wenn Handelsbeschränkungen eingeführt werden.

Die Artenlisten dürften keine Verwirrung stiften, da alle auf den in Artikel 3 des Verordnungsentwurfes niedergelegten Kriterien beruhen. Eine solche Verwirrung könnte höchstens dadurch entstehen, daß Anhang A für eine Liste gefährdeter Arten gehalten wird, was eindeutig nicht der Fall ist. Es handelt sich ausschließlich um eine Liste von Arten, deren Besitz bzw. Kauf und Verkauf zu untersagen

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-999/93

von **Mihail Papayannakis (NI)**

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(3. Mai 1993)

(94/C 234/04)

Betrifft: Vorhaben in der Nähe von Preveli

Ich möchte der Kommission ergänzend zu meiner vorangegangenen schriftlichen Anfrage E-3309/92 betreffend die Bewässerungsarbeiten im Gebiet von Preveli auf Kreta mitteilen, daß der Staatssekretär des Ministeriums für Umwelt, Raumplanung und öffentliche Arbeiten, Herr Chr. Katsigiannis, auf eine entsprechende im griechischen Parlament gestellte Anfrage den fragstellenden Kollegen antwortete, daß das Problem in die Zuständigkeit des Landwirtschaftsministeriums falle und daß, „... bis heute den zuständigen Stellen des Ministeriums für Umwelt, Raumplanung und öffentliche Arbeiten keine Umweltverträglichkeitsstudie für die betreffenden Vorhaben vorgelegt worden ist“.

Da es sich um ein geradezu empörendes, wenngleich offizielles Eingeständnis handelt, komme ich auf die Sache zurück und möchte von der Kommission wissen, ob sie irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen und in jedem Falle zumindest die Finanzierung für diejenigen Vorhaben zu suspendieren beabsichtigt, die — von allem anderen einmal zu schweigen —, in einem Gebiet stattfinden, das vom Gesetz geschützt ist und zwecks Verbesserung des Zustandes der Umwelt in das Programm Envireg einbezogen wurde?

Antwort von Herrn Steichen im Namen der Kommission

(6. Dezember 1993)

Die Kommission verfolgt den Fortgang des Falls, auf den sich der Herr Abgeordnete bezieht, sehr genau. Nach den ihr vorliegenden Informationen hat das Landwirtschaftsministerium eine Gruppe unabhängiger Sachverständiger mit der Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung für das Projekt in Kourtaliotis (Gebiet von Preveli) beauftragt. Die betreffende Studie ist abgeschlossen und ging der zuständigen Direktion im griechischen Umweltministerium am 23. Juli 1993 zu, wo sie derzeit im Hinblick auf die Festlegung der Umweltauflagen für das Projekt bewertet wird.

Bis zum Vorliegen der Ergebnisse und bis zu einer verbindlichen Zusage des Landwirtschaftsministeriums, diese Umweltauflagen einzuhalten, hat die Kommission den zuständigen Behörden am 16. Juni 1993 mitgeteilt, daß sie beabsichtigt, die Klausel über die Aussetzung der Gemein-

schaftsbeteiligung anzuwenden. Die Kommission ist bereit, alle erforderlichen Maßnahmen einschließlich der Aussetzung der Jahrestanche 1993 des Operationellen Programms Kreta und der diesbezüglichen Zahlungen zu treffen, falls sich das Landwirtschaftsministerium nicht an die genannten Umweltauflagen halten sollte.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1062/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(6. Mai 1993)

(94/C 234/05)

Betrifft: Synergie bei der Wirkung von Pflanzenschutzmitteln

Auf dem Weltmarkt werden etwa 10 000 Pflanzenschutzmittel vertrieben, die aus chemischen Verbindungen von insgesamt 1 000 aktiven chemischen Stoffen bestehen. Nach Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation wird damit gerechnet, daß alljährlich etwa 1 bis 1,5 Millionen Menschen durch Pflanzenschutzmittel vergiftet werden und etwa 20 000 sterben. Gegenwärtig werden alljährlich weltweit etwa 2 Milliarden Kilogramm Pflanzenschutzmittel eingesetzt. Tatsache ist, daß verschiedene Länder bestimmte Obergrenzen für toxische Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in bestimmten Lebensmitteln eingeführt haben. Dies reicht jedoch nicht aus, da sich herausgestellt hat, daß möglicherweise bestimmte Wechselwirkungen durch die Verwendung von mehr als einem Pflanzenschutzmittel an einer Pflanze auftreten; für dieses Risiko ist bisher keinerlei Kontrolle vorgeschrieben.

Wie gedenkt die Kommission das gesamte Problem zum Schutze der Menschen und der Umwelt vor Synergieeffekten der Pflanzenschutzmittel in den Griff zu bekommen?

Antwort von Herrn Steichen
im Namen der Kommission

(9. Dezember 1993)

Die Statistiken der Weltgesundheitsorganisation (WHO), auf die sich der Herr Abgeordnete bezieht, werden derzeit von der WHO selbst auf ihre Richtigkeit hin überprüft. Die Kommission ist sich der Probleme im Zusammenhang mit dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln bewußt und wird auch weiterhin zusammen mit den in diesem Bereich tätigen internationalen Organisationen, also insbesondere der WHO und der FAO, nach zufriedenstellenden Lösungen für diese Probleme suchen.

Zwar gibt es derzeit keinen systematischen wissenschaftlichen Ansatz, um mögliche Kombinationseffekte verschiedener Pflanzenschutzmittelrückstände zu überprüfen, doch ist andererseits auch nichts über eine Gesundheitsgefährdung durch synergistische Effekte derartiger Rückstände in Nahrungsmitteln bekannt.

Forschungsergebnisse deuten darauf hin, daß sich die Auswirkungen bei niedriger Dosierung addieren, wobei synergistische Effekte selten nachgewiesen wurden, während bei hoher Dosis die akute Toxizität zunimmt.

Außerdem sollte auch für den unwahrscheinlichen Fall, daß es zu einer synergistischen Wirkung kommt, berücksichtigt werden, daß die Aufnahme von Pflanzenschutzmitteln über Nahrungsmittel, die Rückstände in der höchstzulässigen Konzentration enthalten, normalerweise mehrere Größenordnungen unter den für Tierexperimente festgelegten toxikologischen Schwellenwerten liegt.

Abschließend möchte die Kommission den Herrn Abgeordneten auf die Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln⁽¹⁾ verweisen, die einen hohen Schutz der Gesundheit und der Umwelt gewährleistet.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 230 vom 19. 8. 1991.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1169/93

von David Bowe (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(13. Mai 1993)

(94/C 234/06)

Betrifft: Grenzkontrollen

Was hält die Kommission von der Erklärung des britischen Innenministers Kenneth Clarke betreffend Grenzkontrollen bei Personen, die ab Januar 1993 zwischen dem Vereinigten Königreich und anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft reisen?

Ist die Kommission nicht der Auffassung, daß dies ein Verstoß gegen die Verpflichtungen des Vereinigten Königreichs gemäß EG-Verträgen über die Freizügigkeit von Personen ist?

Antwort von Herrn Vanni d'Archirafi
im Namen der Kommission

(2. Dezember 1993)

Der Herr Abgeordnete wird auf die Antwort der Kommission auf die mündliche Anfrage Nr. 54/93 von Herrn Turner anlässlich der Plenarsitzung vom Mai 1993 sowie auf die gemeinsame Antwort auf die mündlichen Anfragen Nrn. 118/93 der Herren Lataillade und Lalor, 124/93 von Frau Roth und Herrn Taradash, 137/93 von Herrn Moretti, 141/93 von Herrn Galland, 142/93 von Herrn Van Outrive, Frau van den Brink und Frau Mebrak-Zaidi, 143/93 von Herrn Le Chevallier, 146/93 von Herrn Beazly und Herrn Lafuente Lopez sowie 156/93 des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten und innere Angelegenheiten anlässlich der Plenarsitzung vom Juli 1993 verwiesen.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1202/93

von Ingo Friedrich (PPE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(18. Mai 1993)

(94/C 234/07)

Betrifft: Entwicklung des Warenaustausches seit 1. Januar 1993

1. Trifft es zu, daß seit Beginn des Binnenmarktes am 1. Januar 1993 der Warenaustausch mittelständischer Unternehmen zurückgegangen ist?
2. Sollte der Rückgang zutreffen, so stellt sich die Frage, aus welchen Gründen dies erfolgte?
3. Welche Rolle spielen die Probleme der Identifikationsnummer bei der Mehrwertsteuer für den EG-weiten Warenaustausch mittelständischer Unternehmer?

**Antwort von Herrn Vanni d'Archirafi
im Namen der Kommission**

(5. November 1993)

Innergemeinschaftliche Warenlieferungen sind im Mitgliedstaat des Lieferanten während der Übergangsregelung für die Besteuerung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten steuerbefreit. Dafür muß der Unternehmer in dem anderen Mitgliedstaat den Erwerb der Waren der Umsatzbesteuerung seines Landes mit den dort gültigen Steuersätzen unterwerfen.

Um eine steuerfreie innergemeinschaftliche Lieferung durchführen zu können, muß sich der Verkäufer darüber vergewissern, ob der Erwerber ein Steuerpflichtiger im Sinne der 6. Mehrwertsteuerrichtlinie ist. Diese Eigenschaft wird durch Angabe der Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer des Erwerbers nachgewiesen.

In Zweifelsfällen, vor allen Dingen bei Neuabnehmern, sollte sich der Verkäufer die Gültigkeit der vom Erwerber angegebenen Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer von seiner Zentralen Verbindungsbehörde bestätigen lassen. Diese stellt innerhalb von Sekunden über das Mehrwertsteuer-Informationsaustauschsystem (MIAS) fest, ob es sich bei der eingegebenen Nummer um eine gültige oder ungültige handelt.

Die Ergebnisse der ersten Monate dieses Jahres haben gezeigt, daß das Bestätigungsverfahren über MIAS von den Steuerpflichtigen in den Mitgliedstaaten in großem Umfang angenommen worden ist und daß dieses sehr erfolgreich funktioniert.

Nur im Warenaustausch mit Deutschland traten durch die verspätete Zuteilung von Umsatzsteueridentifikationsnummern durch das Bundesamt für Finanzen in Saarlouis anfänglich Probleme auf, die jedoch vorwiegend Unternehmen betrafen, die bis jetzt noch nicht im innergemeinschaftlichen Handel tätig waren. Nach den Erkenntnissen der Kommission bestehen jedoch diese Probleme gegenwärtig nicht mehr.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1223/93

von Michael Welsh (PPE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(18. Mai 1993)

(94/C 234/08)

Betrifft: Sicherheit für EGKS-Darlehen

Die Globaldarlehen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl werden zur Förderung der industriellen Entwicklung im Kohle- und Stahlsektor vergeben und sind besonders für kleinere Firmen interessant. Die britische Risikokapitalorganisation, 3i, machte kürzlich einer kleineren Firma ein Angebot, die als Sicherheit für die gesamte beantragte Summe eine Bankgarantie benötigte. Wie die antragstellende Firma darlegte, hätte sie das Darlehen nicht gebraucht, wenn sie in der Lage gewesen wäre, Sicherheiten in dieser Höhe zu bieten.

Gegenwärtig gibt es keine Leitlinien der Kommission für die mit der Darlehensvergabe beauftragten Stellen. Hält die Kommission es nicht für erforderlich, allgemeine Leitlinien aufzustellen, um das Ziel des EGKS-Systems auf diese Weise nicht zu durchkreuzen?

**Antwort von Herrn Christophersen
im Namen der Kommission**

(5. November 1993)

Im Rahmen der EGKS-Globaldarlehen legt die Kommission keine Leitlinien für die Sicherheiten fest, die bei Vergabe der Unterdarlehen von den vermittelnden Finanzinstituten zu verlangen sind. Das finanzielle Risiko wird vollständig von diesen vermittelnden Finanzinstituten getragen, und nur sie können über die Höhe der von ihnen gewünschten Sicherheiten entscheiden.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1233/93

von Willem van Velzen (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(18. Mai 1993)

(94/C 234/09)

Betrifft: Beschluß der Kommission, Flevoland den Status einer Region von Ziel 1 vorzuenthalten

Am 24. Februar 1993 hat die Kommission beschlossen, Flevoland den Status einer Region von Ziel 1 vorzuenthalten, obwohl Flevoland aufgrund der bislang benutzten Kriterien dazu in Betracht kommt.

Kann die Kommission mitteilen, auf welchen Beweggründen ihr Beschluß genau basiert und ob bereits früher Regionen aus denselben Gründen den Status einer Region von Ziel 1 vorenthalten bekamen?

Ist die Kommission bereit, ihren Beschluß zu überdenken, in Anbetracht der Tatsache, daß der Entwicklungsrückstand von Flevoland, insbesondere auf dem Gebiet der Infrastruktur, zu unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten für die einheimische Bevölkerung und dadurch vor allem zu einer Abwanderung der Jugend geführt hat?

**Antwort von Herrn Millan
im Namen der Kommission**
(21. Dezember 1993)

Der Rat und nicht die Kommission beschließt darüber, welche Regionen der Gemeinschaft für eine Förderung im Rahmen von Ziel 1 der Strukturfonds in Frage kommen.

Im Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2081/93 des Rates vom 20. Juli 1993 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 sind die im Zeitraum 1994—1999 unter das Ziel 1 fallenden Regionen aufgeführt. Dieses Verzeichnis enthält auch Flevoland.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1299/93
von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften
(1. Juni 1993)
(94/C 234/10)

Betrifft: Die Gemeindestraße von Velanidia in Lakonien

In Lakonien gibt es stets Probleme. Nach einem Bericht der örtlichen Zeitung *Proia tis Spartis* vom 15. bis 31. Januar 1993 kommen die Asphaltierungsarbeiten für die Straße, die in die Gemeinde Velanidia führt, nur langsam voran, und es besteht keine Aussicht, daß sie noch 1993 fertiggestellt wird.

Kann die Kommission mitteilen, ob sie im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips und der Dezentralisierung der Europäischen Union die griechischen Behörden auffordern kann, die erforderlichen Mittel für die Arbeiten zur Fertigstellung dieser Straße bereitzustellen, damit dieses Vorhaben nicht vernachlässigt, sondern so bald wie möglich abgeschlossen wird?

**Antwort von Herrn Millan
im Namen der Kommission**
(10. November 1993)

Der Teil der Straße Velanidia-Lakonia, der in das Integrierte Mittelmeerprogramm für Westgriechenland-Peleponnes aufgenommen und durch die Strukturfonds mitfinanziert wurde, ist fertiggestellt.

Nach den der Kommission zur Verfügung stehenden Informationen haben die griechischen Behörden bereits geplant, den übrigen Teil der Straße im Rahmen weiterer Regionalprogramme fertigzustellen.

Sollte dies der Fall sein, wäre die Kommission bereit, sich eventuell zu beteiligen.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1346/93
von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften
(3. Juni 1993)
(94/C 234/11)

Betrifft: Die internationale Drogenkontrolle

Die sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene ergriffenen Maßnahmen zur Einschränkung des Drogenkonsums und -handels haben nach einem Bericht der VN-Kommission für die internationale Drogenkontrolle zu keinen sichtbaren und positiven Ergebnissen geführt. Darin heißt es, daß 70—80 % der nach Österreich und Europa insgesamt eingeschmuggelten Heroinmengen ihren Weg von Istanbul über Bulgarien und das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien nehmen.

Wird die Kommission in Anbetracht dieser Schlußfolgerungen der VN-Kommission zur Durchsetzung schärferer Maßnahmen zur internationalen Kontrolle des Drogenunwesens insbesondere auf dem Balkan beitragen?

**Antwort von Sir Leon Brittan
im Namen der Kommission**
(15. Oktober 1993)

Die Kommission teilt die Besorgnis des Herrn Abgeordneten bezüglich der Verschlechterung der Drogensituation in Europa. Die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa machen die Region anfällig für diversifizierte Kanäle von Drogenschmuggel und verschiedene Formen der Geldwäsche. Das größte Drogenproblem für die Gemeinschaft ist nach wie vor der Schmuggel südwestasiatischen Heroins über die Balkanroute.

Die Wege des Drogenhandels ändern sich; der Krieg im ehemaligen Jugoslawien führte zu Alternativen zur traditionellen Balkanroute, die früher durch das Land lief. Ferner traten im Zuge des Auseinanderfallens der ehemaligen Sowjetunion neue Produktionsgebiete sowie Drogenhandelsnetze zutage.

Die Kommission verstärkt daher ihre Bemühungen zur Zusammenarbeit und zur Gewährung technischer und finanzieller Hilfe für Mittel- und Osteuropa bei der Drogenbekämpfung.

Auf der Grundlage des Europäischen Programms zur Drogenbekämpfung (Dezember 1990) enthalten jetzt alle Abkommen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie mit den Neuen Unabhängigen Staaten (NUS) eine Drogenklausel. Diese neue Zusammenarbeit soll die Schlagkraft und Effizienz der Politiken und Maßnahmen zur Bekämpfung von Handel und Schmuggel von Suchtstoffen

und psychotropen Substanzen erhöhen und eine Senkung der Nachfrage nach Drogen bewirken. Außerdem hat die Gemeinschaft gemäß den Schlußfolgerungen der ersten Paneuropäischen Ministerkonferenz über Drogen (Mai 1991) beschlossen, ihre Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas auf diesem Gebiet zu verstärken.

Die Kommission hat mit der Durchführung eines regionalen PHARE-Programms zur Drogenbekämpfung in Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, Slowakien, Rumänien und Bulgarien begonnen. Das Programm besteht aus einer Pilotaktion in Höhe von 2 Millionen ECU und bietet eine erste Antwort auf den Bedarf an technischer Hilfe und Fortbildung, den die sechs Länder anlässlich der Ermittlungsmissionen der Kommission im Jahre 1992 geäußert haben. Es betrifft vier Bereiche: Überwachung der Basisprodukte, Geldwäsche, Datensammlung, Prävention des Drogenmißbrauchs. In einer zweiten Phase soll das Programm verstärkt und auf andere Länder der Region erweitert werden, vorausgesetzt die Kommission verfügt über die für die Vorbereitung und Durchführung der Erweiterung erforderlichen Humanressourcen und die diesbezügliche neue Haushaltslinie (B7-5081) erhält Mittel.

Als Mitglied der Dublin-Gruppe (Konsultativmechanismen zur Drogenpolitik zwischen UNDCP, Vereinigte Staaten, Schweden, Japan, Kanada, Australien, Kommission und Mitgliedstaaten) beteiligt sich die Kommission aktiv an der Tätigkeit der Regionaltagung zu Osteuropa. Deutschland, das hier den Vorsitz hat, strebt die Entwicklung eines Gesamtplans für Osteuropa an, in dem die Bemühungen der verschiedenen Geber in der Region kombiniert werden sollen. Ein UNDCP (Programm der Vereinten Nationen zur Internationalen Drogenkontrolle)-Mechanismus wurde aufgebaut, in dem die internationalen Hilfen für Osteuropa, die baltischen Staaten und die GUS auf dem Gebiet der Drogenbekämpfung koordiniert werden sollen, insbesondere auf dem Gebiet der Strafverfolgung. Die Kommission nahm an der ersten Sitzung der Task Force (Wien, 26.—28. April 1993) teil, die im Rahmen des UNDCP-Mechanismus eingesetzt wurde, um den Rahmen für Zusammenarbeit und Koordinierung in den betroffenen Ländern abzustecken.

Im allgemeinen zielt die Zusammenarbeit der Gemeinschaft darauf ab, Drogenschmuggel und -mißbrauch einzudämmen. Sie dürfte zur Stärkung der internationalen Drogenbekämpfungsmaßnahmen beitragen, um einen besseren Schutz der Bevölkerung der Mitgliedstaaten sowie der Partnerstaaten in Mittel- und Osteuropa zu gewährleisten.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1352/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(4. Juni 1993)

(94/C 234/12)

Betrifft: Einwanderer aus Albanien

Aufgrund der jüngsten politischen Entwicklungen wurde Albanien zum Transitland für Einwanderer an den Pforten

der Gemeinschaft, und insbesondere Griechenlands. Welche Maßnahmen gedenkt die Kommission zu ergreifen, um sowohl Albanien als auch Griechenland zu helfen, mit den Einwanderungsproblemen fertigzuwerden?

**Antwort von Herrn Flynn
im Namen der Kommission**

(11. November 1993)

Die Kommission hat die Besorgnis des Herrn Abgeordneten bezüglich des Problems der albanischen Zuwanderer mit Interesse zur Kenntnis genommen.

Bereits in ihrer Mitteilung zum Thema Einwanderung vom Oktober 1991 hatte die Kommission mit Nachdruck auf die besondere Lage hingewiesen, die durch den plötzlichen, massiven Zustrom von Bevölkerungsgruppen — wie bei den aus Albanien nach Griechenland eingereisten Personen — entstanden war ⁽¹⁾. Als Ausdruck ihrer Solidarität gewährte sie im Januar 1991 auf Antrag der griechischen Regierung eine finanzielle Hilfe in Höhe von 500 000 ECU für die albanischen Flüchtlinge in Griechenland.

Um den Ländern zu helfen, die mit diesem Problem konfrontiert sind, greift die Kommission auf zwei Arten von Maßnahmen zurück:

- Kurzfristig kann dieser Ausnahmesituation durch humanitäre Hilfe für Menschen, die aufgrund der Balkankrise vertrieben wurden, begegnet werden.
- Langfristig tragen die von der Gemeinschaft im Rahmen des PHARE-Programms bereitgestellte Wirtschaftshilfe für Albanien und der Einfluß der Kommission als Koordinierungsinstanz im Rahmen der G-24 für die verschiedenen Hilfen der Geberländer ebenfalls dazu bei, einer massiven Auswanderung aus diesen Ländern vorzubeugen ⁽²⁾.

Diese Initiativen zielen darauf ab, den Nahrungsmittelbedarf der albanischen Bevölkerung zu decken, die Landwirtschaft umzustrukturieren und zu entwickeln und die Wirtschaft anzukurbeln. Ferner sollen die Bestrebungen zur Wiederherstellung der Demokratie unterstützt, und dabei insbesondere die Beteiligung der albanischen Bevölkerung am gesellschaftlichen und sozialen Leben des Landes bzw. ihre Wiedereingliederung gefördert werden.

⁽¹⁾ Dok. SEK(91) 1833 endg.

⁽²⁾ Nahrungsmittelhilfe: 50 Millionen ECU 1991, 40 + 45 Millionen ECU 1992; Wirtschaftsprogramm PHARE: 25 Millionen ECU 1992, 30 Millionen ECU 1993; Finanzhilfe zur Stützung der Zahlungsbilanz: 35 + 35 Millionen ECU als nichtrückzahlbarer Zuschuß; Programm der G-24 1991—1992: 902 Millionen ECU, davon 626 Millionen ECU als nichtrückzahlbarer Zuschuß. Gemeinschaftsanteil: 281 Millionen ECU.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1400/93von **Hiltrud Breyer (V)**an die **Kommission der Europäischen Gemeinschaften**

(8. Juni 1993)

(94/C 234/13)

Betrifft: Wiederaufbereitung

1. Welche Mengen an Uran sind seit 1984 bei der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus europäischen Atomkraftwerken angefallen, und um welche Isotope handelt es sich dabei?
2. Trifft es zu, daß das bei der Wiederaufarbeitung anfallende Uran keineswegs, wie es von Protagonisten des „Brennstoffkreislaufs“ behauptet wird, für die Produktion neuer Brennelemente genutzt wird, sondern daß es nur die Abfallmengen erhöht?
3. Wo verbleibt das bei der Wiederaufarbeitung anfallende Uran?
4. Welcher Anteil des wiederaufgearbeiteten Urans wird tatsächlich wieder für die Produktion neuer Brennelemente genutzt?
5. In welche Zwischen- oder Endlager soll dasjenige wiederaufgearbeitete Uran gebracht werden, das nicht wiederverwertet wird?

**Antwort von Herrn Matutes
im Namen der Kommission**

(25. Oktober 1993)

1. Die Kommission sieht sich außerstande, die verlangten Informationen, die vertraulich sind und ihr in Anwendung der Bestimmungen des Euratom-Vertrags mitgeteilt werden, zu veröffentlichen.
2. Nein.
3. Das bei der Wiederaufarbeitung anfallende Uran wird im Hinblick auf seine spätere Verwendung in geeigneten Behältern zwischengelagert, die den geltenden Bestimmungen auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit entsprechen.
4. Die Kommission ist nicht in der Lage, genau anzugeben, welcher Anteil des wiederaufgearbeiteten Urans tatsächlich wieder für die Produktion neuer Brennelemente genutzt wird. Unter Berücksichtigung der Mengen an wiederaufgearbeiteten Brennelementen aus Kernkraftwerken, die mit Reaktoren ausgerüstet sind, die mit Natururan (z. B. Gas-Graphitreaktoren) und Reaktoren, die mit angereichertem Uran betrieben werden (z. B. Wasserreaktoren), werden bedeutende Mengen an wiederaufgearbeitetem Uran tatsächlich wieder genutzt.
5. Im Falle einer längeren Zwischenlagerung von wiederaufgearbeitetem Uran vor seiner erneuten Nutzung oder der

endgültigen Entscheidung, dieses Uran nicht wieder zu nutzen, können fehlende Zwischenlagerkapazitäten in Anbetracht der kurzen Bauzeit von Zwischenlageranlagen und der guten Kenntnis der voraussichtlich in Zukunft wieder aufzuarbeitenden Uranmengen ohne größere Probleme vermieden werden.

Eine Endlagerung, d. h. die Beseitigung von wiederaufgearbeitetem Uran, wird zur Zeit in der Gemeinschaft nicht praktiziert.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1411/93von **Sir James Scott-Hopkins (PPE)**an die **Kommission der Europäischen Gemeinschaften**

(9. Juni 1993)

(94/C 234/14)

Betrifft: Unterstützung für die Erzeugung von Energie aus erneuerungsfähigen Ressourcen

Was unternimmt die Kommission, um das Anwachsen der Erzeugung von Energie aus erneuerungsfähigen Ressourcen zu unterstützen?

**Antwort von Herrn Matutes
im Namen der Kommission**

(25. Oktober 1993)

Der Politik der Gemeinschaft im Bereich erneuerbare Energiequellen liegen seit einigen Jahren vor allem die folgenden Strategien zugrunde:

- die Entwicklung von Forschungs- und Entwicklungsprogrammen; dafür wurde seit 1975 eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 314 Millionen ECU gewährt;
- die Durchführung von Demonstrationsprogrammen zur Förderung und Verbreitung neuer Technologien in diesem Bereich; in diesem Zusammenhang konnten zwischen 1978 und 1993 1 064 Projekte für einen Gesamtbetrag von 366 Millionen ECU mitfinanziert werden.

Maßnahmen dieser Art werden gegenwärtig im Rahmen der Programme JOULE II und THERMIE durchgeführt.

Ferner hat die Kommission vor kurzem eine neue Initiative, Altener, ergriffen. Mit diesem Programm, das mit Haushaltsmitteln in Höhe von 40 Millionen ECU ausgestattet ist und die obigen Programme ergänzen soll, wird auch den Umweltaspekten weitgehend Rechnung getragen.

Schließlich wird darauf hingewiesen, daß die Kommission im Rahmen ihrer Vorschläge zur Begrenzung der CO₂-Emissionen in die Atmosphäre eine Reihe von Maßnahmen — unter anderem die Einführung einer besonderen Steuer

und einer Steuerermäßigung bei Biokraftstoffen — vorgeschlagen hat, die, nach ihrer Annahme durch den Rat, die erneuerbaren Energiequellen konkurrenzfähiger machen dürften.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1517/93

von Christopher Jackson (PPE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(14. Juni 1993)

(94/C 234/15)

Betrifft: Praktika in der Kommission

Meines Erachtens sollte die Kommission darauf achten, daß zwischen der Anzahl ihrer Bediensteten aus einem bestimmten Mitgliedstaat und der Bevölkerungsstärke des betreffenden Landes ein angemessenes Verhältnis besteht. Dies scheint jedoch bei der Vergabe von Praktika in der Kommission nicht berücksichtigt zu werden; in dem Zeitraum 1. Oktober 1992 bis 28. Februar 1993 gab es beispielsweise 52 belgische, 52 britische, 37 griechische, 62 französische und 63 spanische Praktikanten. Es ist zu hoffen, daß die Absolvierung eines solchen Praktikums Einfluß auf eine etwaige spätere Einstellung hat; daher sollte aber demnächst — wenn überhaupt — jenen Mitgliedstaaten der Vorzug gegeben werden, die derzeit in der Kommission in der A-Laufbahn unterrepräsentiert sind.

Wird sich die Kommission bereiterklären, künftig bei der Vergabe von Praktika einen ungefähren jährlichen Nationalitätenproporz zu beachten und diese Quoten auch zu veröffentlichen?

**Antwort von Herrn Delors
im Namen der Kommission**

(2. Dezember 1993)

Der Herr Abgeordnete wird darauf hingewiesen, daß zwischen Praktika und Einstellungen bei der Kommission kein Zusammenhang besteht, da letztere den Vorschriften für Auswahlverfahren unterliegen.

Nach den Bestimmungen für Praktika bei der Kommission werden die zulässigen Bewerber aufgrund von Befähigungsnachweisen und unter Berücksichtigung einer gewissen geographischen Verteilung ausgewählt.

Diese Regel wird im Prinzip eingehalten, auch wenn es wegen der unausgewogenen Zahl der Bewerbungen besonders problematische Praktikazeiträume gibt, wie dies bei dem von dem Herrn Abgeordneten angeführten Beispiel der Fall war.

Die Kommission verfolgt weiterhin ihr Ziel, ein angemessenes geographisches Gleichgewicht zwischen Praktikanten aus den Mitgliedstaaten zu gewährleisten.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1543/93

von Alex Smith (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(16. Juni 1993)

(94/C 234/16)

Betrifft: Nukleare Sicherheit

Wird die Kommission Euratom beauftragen, die Relevanz für die europäische nukleare Sicherheit des von Mycle Schneider und anderen für Greenpeace International ausgearbeiteten und im März 1993 veröffentlichten Berichts über Risse in der Durchführung von Reaktorbehälterdeckeln in Atomreaktoren zu bewerten?

**Antwort von Herrn Paleokrassas
im Namen der Kommission**

(22. November 1993)

Das vom Herrn Abgeordneten angesprochene Problem der Risse in der Durchführung von Reaktorbehälterdeckeln in bestimmten Druckwasserreaktoren war Gegenstand von Referaten und eingehenden Erörterungen im Rahmen der Ständigen Gruppe von Sachverständigen der Kommission „Arbeitsgruppe Reaktorsicherheit“, an der Fachleute für nukleare Sicherheit aus nachstehenden Organismen in der Gemeinschaft beteiligt sind: Sicherheitsbehörden und ihre technischen Unterstützungsorgane, Elektrizitätserzeuger und Hersteller von Kernkraftwerken.

Dank der gelieferten Informationen und der Erörterungen ergab sich ein gutes Verständnis des Problems, seiner Sicherheitsauswirkungen und der vom Betreiber vorgeschlagenen Lösungen. Die nationale Sicherheitsbehörde entscheidet nach Bewertung dieser Lösungen über die Bedingungen für den weiteren Betrieb der von dem Phänomen betroffenen Reaktoren.

Sofern neue Elemente auftreten, würden sie zweifellos im gleichen Rahmen eingehend geprüft werden.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1560/93

von Alex Smith (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(17. Juni 1993)

(94/C 234/17)

Betrifft: Obergrenzen für Strahlenexposition

Wird die Kommission ihren Wissenschaftlichen Ausschuß für Atomenergie ersuchen, den Bericht und die Schlußfolgerungen der Studie von G. J. Draper u. a. zu Krebsfällen in Cumbria und der Umgebung der Nuklearanlage Sellafield 1963-90, erschienen im British Medical Journal, Band 306, vom 9. Januar 1993, S. 89—94, zu prüfen, um dessen

Bedeutung für die Festsetzung von Höchstwerten für die Strahlenexposition im Bereich von Nuklearanlagen in der Gemeinschaft zu bewerten?

**Antwort von Herrn Paleokrassas
im Namen der Kommission**

(1. Oktober 1993)

Alle Berichte wie der hier erwähnte werden bei der Erarbeitung der Empfehlungen ausgewertet, die von der Internationalen Strahlenschutzkommission herausgegeben werden. Diese Empfehlungen werden anschließend den von der (nach Artikel 31 Euratom-Vertrag zur einschlägigen Beratung der Kommission eingesetzten) Sachverständigen-gruppe regelmäßig vorgenommenen Revisionen der gemeinschaftlichen Grundnormen für den Gesundheitsschutz zugrundegelegt.

Der spezielle Bericht, von dem hier die Rede ist, bestätigt früher bereits veröffentlichte und in vollem Umfang bekannte Ergebnisse einer Untersuchung über die „Häufigkeitszunahme von lymphatischer Leukämie und von Nicht-Hodgkinschen Lymphomen bei Jugendlichen in Sella-field“.

Die Autoren sind allerdings „nicht in der Lage, die Ursache dieser Zunahme zu identifizieren“, auch können sie nicht feststellen, daß ihre „Daten und Analysen die Schlußfolgerungen von Gardiner et al. bestätigen oder entkräften“. Letztere hatten zuvor schon — entgegen anderen Erkenntnissen — die Hypothese vertreten, Leukämie bei Kindern könnte aus einer der Konzeption vorhergegangenen Strahlenexposition des Vaters herrühren.

Der Bericht liefert somit keine neuen Befunde, die eine besondere Prüfung rechtfertigen könnten.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1568/93

von Paul Staes (V)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(17. Juni 1993)

(94/C 234/18)

Betrifft: Beihilfe für die Umstellung der Steinkohlebergwerke in Limburg

1. Welche Beihilfe hat die Gemeinschaft für die Umstellung der Steinkohlebergwerke in Limburg (Belgien) gegeben? Befanden sich darunter auch Mittel aus dem Haushaltsposten „Umwelt“?

2. Angesichts der heutigen Berichte über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses des Flämischen Rates im Zusammenhang mit den Steinkohlebergwerken der Kempen: Ist die Gemeinschaft sicher, daß all ihre Mittel gut und korrekt genutzt werden?

3. Ist die Kommission als Beobachter im Untersuchungsausschuß vertreten?

4. Sind noch Mittel von der EG-Beihilfe übrig, oder sind sie vollständig aufgebraucht?

5. Wenn ja, gibt es einen definitiven und ausführlichen Bericht über deren Verwendung/Bestimmung, ausgearbeitet von der Kommission oder vom Europäischen Rechnungshof?

**Antwort von Herrn Millan
im Namen der Kommission**

(13. Dezember 1993)

1. Die von dem Niedergang des Kohlenbergbaus in der Provinz Limburg betroffenen Gebiete sind im Rahmen der Strukturfondsreform als Ziel-2-Fördergebiete für den Programmplanungszeitraum 1989—1993 eingestuft worden. Ihnen kommen zwei Operationelle Programme und ein Rechar-Programm zugute, an denen sich der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und der Europäische Sozialfonds (ESF) mit Zuschüssen in Höhe von insgesamt rund 50,68 Millionen ECU bzw. 39,39 Millionen ECU beteiligen.

Die EFRE-Hilfe im Rahmen dieser Programme ist für die Entwicklung der Industrie und die Diversifizierung kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Dienstleistungssektor, Forschung und Technologietransfer, Fremdenverkehr) gewährt worden. Nur ein Teil der EFRE-Mittel (0,95 Millionen ECU) ist für die Umstellung der „Kempische Steinkolenmijnen“ bestimmt, d. h. für die Beseitigung der Umweltschäden und Wiederherrichtung des entsprechenden Geländes für Zwecke der Industrie, des Dienstleistungssektors und des Fremdenverkehrs.

Andererseits sind zwischen 1987 und 1992 67,07 Millionen ECU für die Arbeitnehmer der genannten Steinkohlebergwerke im Rahmen der EGKS-Wiederanpassungshilfe (Vorruhestand, Arbeitslosenunterstützung, Umschulung und Wiedereinstellungsbeihilfe) bereitgestellt worden.

Entsprechend den Modalitäten für Umstellungsdarlehen nach Artikel 56 des EGKS-Vertrags wurden im Zeitraum 1992—1993 Zinszuschüsse in Höhe von 8 Millionen ECU für Limburg zur Verfügung gestellt. EGKS-Umstellungsdarlehen können mit einem Zinszuschuß von jährlich bis zu 3 % für arbeitsplatzschaffende Neuinvestitionen von KMU außerhalb der Kohleindustrie gewährt werden.

2. Nach den Regeln für die Gewährung einer finanziellen Unterstützung durch die Gemeinschaft sind Finanzkontrollen vorgesehen. An erster Stelle haben die einzelstaatlichen Behörden sicherzustellen, daß die Gelder ordnungsgemäß verwendet werden. Die Kommission hat keinen Grund zu der Annahme, daß sich etwaige Unregelmäßigkeiten auf die Verwendung von Gemeinschaftsgeldern ausgewirkt haben.

3. Nein, allerdings ist die Kommission bereit, auf Antrag diesbezügliche Angaben zu liefern und somit zu den Beratungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses beizutragen.

4. Die Gemeinschaftshilfe ist bisher noch nicht vollständig in Anspruch genommen worden. Die oben genannten Operationellen Programme für die Ziel-2-Gebiete und die Rechar-Initiative werden am Ende dieses Jahres auslaufen. Bis dahin können die mit der Durchführung beauftragten Behörden Verpflichtungen vor Ort eingehen. Außerdem können im Rechar-Gebiet von Limburg EGKS-Umstellungsdarlehen gewährt werden.

5. Die Kommission führt über alle Mittelbindungen und Zahlungen Buch. Gleichwohl ist bei Einzelvorhaben im Rahmen von Programmen zu beachten, daß die mit der Durchführung in der jeweiligen Region beauftragte Stelle Ausgabenbelege und Unterlagen über den Fortgang der Arbeiten aufbewahren muß.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1658/93

von Alexandros Alavanos (CG)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(28. Juni 1993)

(94/C 234/19)

Betrifft: Zweckmäßigkeit und Art der Anlage eines Trinkwasserspeicherbeckens auf der Insel Chios

Auf der Insel Chios wurde die Anlage eines Trinkwasserspeicherbeckens mit EG-Kofinanzierung beschlossen, was jedoch auf die einmütige Ablehnung der Einwohner stößt. Einer Bürgerinitiative zufolge wird das Vorhaben ohne Umweltverträglichkeitsstudie (Richtlinie 85/337/EWG) ⁽¹⁾ durchgeführt, und zwar trotz der einmütigen Einwände der kommunalen Selbstverwaltung gegen das Vorhaben und trotz der Tatsache, daß am Ort dieses Projekts bereits ein anderes Vorhaben (Bewässerungsnetz für Sklaviá und Thymianá), ebenfalls mit Gemeinschaftsfinanzierung errichtet worden ist. Außerdem durchquert die Abwasserleitung der Stadtgemeinde Anemonas das Abflußbecken des geplanten Trinkwasserspeicherbeckens. Schließlich wurden niemals Messungen über den Abfluß der Wildbäche vorgenommen; somit erheben sich Zweifel am Sinn des Vorhabens.

Wie gedenkt die Kommission tätig zu werden, damit sich die von der Gemeinschaft bereitgestellten Finanzmittel für das Bewässerungsvorhaben Sklaviá und Thymianá weiterhin als sinnvoll erweisen und damit dieses Vorhaben nicht durch das jetzige Vorhaben durchkreuzt wird? Beabsichtigt sie ferner, den Alternativvorschlag der Anwohner für einen anderen Projektstandort zu prüfen?

Welche Schritte will sie unternehmen, damit vor der Finanzierung des Projekts des Trinkwasserspeicherbeckens den Auswirkungen auf die Umwelt gegengesteuert werden kann und die Qualität des Trinkwassers in Anbetracht der vorhandenen Abwasserleitung geschützt wird?

Macht sie sich Gedanken über die Zweckmäßigkeit des Vorhabens angesichts der Tatsache, daß der endgültigen Studie zufolge nicht einmal Zuflußmessungen für das Becken des Trinkwasserreservoirs stattgefunden haben, und daß die Messungen an Wildbächen in der Nähe, auf die sich

die Studie stützt, sporadisch und nicht von ausreichender Dauer waren, um mit den entsprechenden Regenfällen korreliert werden zu können?

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 175 vom 5. 7. 1985, S. 40.

**Antwort von Herrn Paleokrassas
im Namen der Kommission**

(20. Dezember 1993)

Durch die Richtlinie 75/440/EWG des Rates vom 16. Juni 1975 ⁽¹⁾ soll sichergestellt werden, daß das zur Trinkwassergewinnung verwendete Oberflächenwasser bestimmte Normen erfüllt und vor Einleitung in das öffentliche Versorgungsnetz entsprechend aufbereitet wird. Es ist jedoch Sache der griechischen Regierung, dafür zu sorgen, daß die Normen der Richtlinie erfüllt werden.

Bei einem Trinkwasserspeicherbecken handelt es sich um ein Projekt, das unter Anhang II der Richtlinie 85/337/EWG fällt. Daher hat die zuständige Behörde des betreffenden Mitgliedstaats zu prüfen, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach Artikel 4 erforderlich ist.

Kommt die Behörde zu dem Schluß, daß eine solche Prüfung notwendig ist, wird sie den betreffenden Projektträger auffordern, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit die Prüfung richtliniengemäß durchgeführt wird. Diese schließt eine Anhörung der Umweltschutzbehörde und der Öffentlichkeit wie auch eine Aufstellung der vom Projektträger geprüften Alternativen und eine Begründung der Entscheidung ein.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 194 vom 25. 7. 1975.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1678/93

von Paul Staes (V)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(28. Juni 1993)

(94/C 234/20)

Betrifft: EG-Beihilfen für die Rennstrecke Terlamen/Zolder

Berichten zufolge hat die Rennstrecke (Stiftung) Terlamen/Zolder (Autorennstrecke in Limburg, Belgien) 1992 womöglich etwa 15 Millionen belgische Franken an EG-Beihilfen für die touristische Entwicklung erhalten.

1. Kann der Kommissar diese Information bestätigen?
2. Wurde 1992 oder in einem anderen Jahr EG-Beihilfe geleistet?
3. Wenn ja, aufgrund welcher Kriterien wurde diese Beihilfe zuerkannt?
4. Sind der Kommission die Probleme bekannt, die diese Rennstrecke verursacht, unter anderem auch die Lärmbelastigung?

**Antwort von Herrn Millan
im Namen der Kommission**

(8. Dezember 1993)

1. Die Kommission kann bestätigen, daß für die Rennstrecke in Terlamen/Zolder im Rahmen des Rechar-Programms für die Provinz Limburg eine Beihilfe aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung in Höhe von rund 12 Millionen belgischer Franken bewilligt werden soll.
2. Diese Entscheidung wurde von dem Begleitausschuß, der die Durchführung des Programms überwachen soll, am 11. Dezember 1992 getroffen.
3. Das Projekt entspricht den Entwicklungsprioritäten und Maßnahmen des Programms und dient hauptsächlich der Entwicklung des Fremdenverkehrs durch den Bau geeigneter Infrastrukturen.
4. Bei der Beurteilung des Projekts hat der Begleitausschuß, dem Vertreter der Kommission, der Europäischen Investitionsbank, des Mitgliedstaats und der Region angehören, die folgenden Umweltaspekte berücksichtigt.

Bei dem vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung geförderten Projekt geht es um den Eingangstunnel zu der Rennstrecke. Die Decke des Eingangstunnels soll angehoben werden, so daß künftig auch Lastwagen und Busse den Tunnel benutzen können, was den Schwerverkehr in Viversel, einem nahegelegenen Dorf, verringern wird. Um die Lärmbelastigung um die Rennstrecke herum zu vermindern, wurden mehrere Kontrollpunkte entlang der Rennbahn installiert. Die Meßergebnisse werden in regelmäßigen Abständen vom Bürgermeister der Gemeinde Heusden-Zolder und dem Direktor des Referats Umweltschutz im Ministerium für Raumplanung und Umwelt (het Bestuur voor Leefmilieu van de Administratie voor Ruimtelijke Ordening en Leefmilieu) der Region Flandern erörtert.

Vierteljährlich werden dann die für die Rennstrecke Heusden-Zolder zuständigen Behörden von dem Betreiber (V.Z.W. Terlamen/Zolder) über die Ergebnisse der Lärm-messungen informiert. Seit Beginn dieser Messungen am 30. Mai 1990 sind die kritischen Werte noch in keinem Fall überschritten worden.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1679/93

von Paul Staes (V)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(28. Juni 1993)

(94/C 234/21)

Betrifft: Transport von radioaktivem Material mit dem Flugzeug

Berichten zufolge sind 1993 sieben Lufttransporte von 123 Plutoniumbrennstäben (eine Gesamtladung von 1,2 Tonnen) von der deutschen Stadt Hanau nach dem schottischen Dounrea geplant, also unter anderem über das dichtbevölkerte belgische Hoheitsgebiet hinweg.

Für 1994 ist eine Reihe von Lufttransporten von acht Tonnen Plutonium von Sellafield nach Deutschland geplant.

1. Kann der Kommissar diese Informationen bestätigen?
2. Die Kommission kennt die Probleme, die beim Transport von Plutonium auf Straße, Schiene oder Wasserweg entstehen. Im Zusammenhang mit dem Lufttransport werden die Probleme noch größer, unter anderem wegen einiger extremer Umstände, denen die Verpackung dieses Materials ausgesetzt wird, wie z. B. bei Flugzeugunfällen.

Außerdem befindet sich das Plutonium in Containern, die entworfen sind, um einen Sturz aus nur neun Metern Höhe zu überstehen.

Gemäß Experten kann ein Absturz Hunderte von Quadratkilometern Land unbewohnbar machen und Milliarden belgischer Franken kosten.

Die Kommission weiß ferner, daß z. B. Kanada und die Vereinigten Staaten einseitig beschlossen haben, solche Flüge in ihrem Luftraum zu verbieten.

Stimmt die Kommission mit mir darin überein, daß der europäische Luftraum für Transporte von radioaktivem Material auf dem Luftweg gesperrt werden sollte?

3. Wenn ja, welche Maßnahmen gedenkt die Kommission zu treffen, um Lufttransporte von radioaktivem Material im europäischen Luftraum zu unterbinden?

**Antwort von Herrn Matutes
im Namen der Kommission**

(14. Dezember 1993)

Die Kommission ist über den geplanten Transport von Plutonium im Bilde und verfolgt den Entscheidungsprozeß in dieser Angelegenheit mit größter Aufmerksamkeit. Bisher wurde noch nicht endgültig über den Zeitplan und die Transportmodalitäten entschieden. In Erwägung gezogen werden sowohl der Luft- als auch der Seetransport. Ich darf den Herrn Abgeordneten in diesem Zusammenhang auf die Antwort der Kommission auf die schriftliche Anfrage Nr. 1559/93 von Herrn A. Smith ⁽¹⁾ verweisen.

Wie in der Stellungnahme der Kommission zu den Entschlie-ßungen des Parlaments vom 19. November 1992 ⁽²⁾ über den internationalen Transport von Plutonium erwähnt, besteht momentan keine Veranlassung, einen Antrag auf Sperrung des europäischen Luftraums für den Transport radioaktiven Materials zu unterstützen.

Dies entspricht auch dem Standpunkt der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) und der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO).

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 350 vom 29. 12. 1993, S. 26.

⁽²⁾ Halbjahresbericht über die Folgemaßnahmen der Kommission zu den Initiativentschließungen des Europäischen Parlaments (Juli bis Dezember 1992), SP(93) 1419/2.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1684/93

von Enrico Falqui (V)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(28. Juni 1993)

(94/C 234/22)

Betrifft: Gefährdung der Bevölkerung aufgrund der Bauarbeiten für den Ausbau der Staatsstraße 1 „Aurelia“ zwischen Livorno und Grosseto (Toskana/Italien)

Die von den Bauarbeiten für die „Variante Aurelia“ betroffenen Orte waren mehrmals Gegenstand von Einstellungsbeschlüssen durch die Staatsanwaltschaft Grosseto, erstens weil in der Ortschaft Poggio Fornello archäologische Fundstücke aus der Etruskerzeit entdeckt wurden, eine Entdeckung, die die Unzulänglichkeit und die gelinde gesagt lückenhafte Umweltverträglichkeitsprüfung bezeugte, die vor Beginn der Bauarbeiten für die Variante durchgeführt worden war. Der zweite Grund war die Tatsache, daß die Justizbehörden die undurchsichtige Durchführung der Ausschreibung zum Zwecke der Zuteilung der Baulose des Projekts an private Gesellschaften aufgedeckt hatten.

Auf die von der Staatsanwaltschaft angeordnete Einstellung der Bauarbeiten folgte dann kein Beschluß seitens des italienischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung, geschweige denn betreffend die endgültige Einstellung der Bauarbeiten.

Am 29. April 1993 ist ein Tunnel der Variante, der in der Ortschaft Antignano-Montenero (Livorno) fertiggestellt wurde, aufgrund des labilen Charakters des von den Bauarbeiten betroffenen Hügels eingestürzt, hat verschiedene Häuser zerstört und zu einer äußerst gefährlichen Situation für die Menschen geführt, die noch in diesem Gebiet wohnen.

Die Kommission wird aufgefordert, jedes ihr zur Verfügung stehende Mittel einzusetzen, um der Notlage der Bevölkerung, wie sie nach dem Einsturz des Tunnels entstanden ist, ein Ende zu setzen. Ferner frage ich, wie weit ihre Beschwerde beim Gerichtshof gegen Italien wegen unkorrekter Anwendung der Richtlinie 85/337/EWG⁽¹⁾ und ihre Bemühungen im Hinblick auf eine Änderung und Verbesserung dieses Gesetzestextes gediehen sind?

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 175 vom 5. 7. 1985, S. 40.

**Antwort von Herrn Paleokrassas
im Namen der Kommission**

(10. Dezember 1993)

Die Kommission ist nicht befugt, in der vom Herrn Abgeordneten beschriebenen Situation, die sich durch bestimmte Straßenbauarbeiten ergeben hat, vorzugehen. Ferner kann aufgrund der gemachten Angaben nicht festgestellt werden, ob das genannte Projekt einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß der Richtlinie 86/337/EWG hätte unterzogen werden müssen.

Die Kommission verweist ferner darauf, daß sie – in einem allgemeineren Rahmen – bereits ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtübereinstimmung der Italienischen Rechtsvorschriften mit der Richtlinie 85/387/EWG eingeleitet hat, im Juli 1993 legte sie hierzu eine begründete Stellungnahme vor.

Schließlich plant die Kommission, noch in diesem Jahr eine Überarbeitung der Richtlinie 85/337/EWG vorzuschlagen.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1694/93

von Alexandros Alavanos (CG)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(28. Juni 1993)

(94/C 234/23)

Betrifft: Handel mit Humantransplantaten

In Griechenland wurden Vorwürfe betreffend die Existenz eines Netzes für den Schwarzhandel mit Humantransplantaten laut, die große Empörung in der öffentlichen Meinung des Landes hervorgerufen haben.

1. Die Vorwürfe haben Vorbehalte hinsichtlich der Zweckmäßigkeit freiwilliger Organspenden aufkommen lassen und gleichzeitig zu Protesten seitens der Vertreter von Transplantationszentren geführt.
2. Das Europäische Parlament, bereits im Besitz seriöser Indizien für den Organhandel in vielen Ländern der Erde und über die im Zusammenhang damit begangenen kriminellen Handlungen, hat die Frage in der Weise behandelt, daß nun ein bindender Wortlaut vorliegt, der für alle Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Geltung besitzt und der das allgemein akzeptierte Prinzip eines Verbots des Handels mit Organen nachdrücklich vertritt, und zwar sowohl aus Gründen der Ethik als auch aus solchen der Gesundheit.
3. Bereits in der Vergangenheit forderte das Europäische Parlament mit seinen Entschlüssen⁽¹⁾ die Kommission zur Ausarbeitung eines Vorschlags für eine Richtlinie über Transplantationen und die Zusammenarbeit der Europäischen Organbanken für Transplantationen auf. Diesen Entschlüssen hat jedoch die Kommission nicht die geringsten Taten folgen lassen.

Kann die Kommission daher angeben, welche Schritte sie unternommen wird, damit es zu den erforderlichen Regelungen zur Umsetzung des grundsätzlichen Verbots eines Handels mit menschlichen Organen und menschlichem Gewebe kommt und damit die Qualität, die sichere Verwahrung und die sinnvolle Verwendung der Organe sichergestellt sowie angestrebt wird, daß ausreichend Organe vorhanden sind und die Rechte der Spender (lebender wie verstorbener) und der Empfänger geachtet werden?

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 127 vom 21. 5. 1979 und ABl. Nr. C 128 vom 16. 5. 1983.

**Antwort von Herrn Flynn
im Namen der Kommission
(17. Dezember 1993)**

Wie die Kommission bereits in ihrer Antwort auf die schriftliche Anfrage Nr. 2864/92 von Frau Muscradini ⁽¹⁾ ausgeführt hat, fallen Organtransplantationen in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten. Die Kommission plant daher nicht, irgendetwas auf diesem Gebiet zu unternehmen.

Die Kommission ist allerdings bereit, den Informationsaustausch auf diesem Gebiet zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern. In diesem Zusammenhang hat die Kommission zusammen mit der belgischen Präsidentschaft vom 6. bis 7. Dezember 1993 ein wichtiges Seminar über Organ- und Gewebespenden veranstaltet.

(1) ABl. Nr. C 99 vom 7. 4. 1993.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1697/93

von Ben Visser (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(28. Juni 1993)

(94/C 234/24)

Betrifft: Beschränkung des zulässigen Gesamtgewichts von Lastkraftwagen auf 40 Tonnen

Wie aus verschiedenen Quellen verlautet, plant die Kommission, das zulässige Gesamtgewicht und die zulässigen Abmessungen auch solcher Lastkraftwagen, die nur im Binnenverkehr eingesetzt werden, zu beschränken. Konkret soll demzufolge das zulässige Gesamtgewicht für Sattelzüge mit 5 Achsen auf 40 bzw. 44 Tonnen festgelegt werden. Auch für kleinere Fahrzeuge würden demgemäß niedrigere Höchstwerte gelten. Demgegenüber beträgt das zulässige Gesamtgewicht für den Binnen-Kraftverkehr in den Niederlanden 50 Tonnen. Nach den Berechnungen des niederländischen Instituts für Verkehrsforschung (NEA), würde eine Senkung des zulässigen Gesamtgewichts auf 40 Tonnen ein Mehraufkommen von 500 000 Lkw-Fahrten und einen Kraftstoff-Mehrverbrauch von 50 Millionen Litern jährlich zur Folge haben.

1. Trifft es zu, daß die Kommission beabsichtigt, das zulässige Gesamtgewicht bei Lastkraftwagen im Binnenverkehr auf 40 bzw. 44 Tonnen zu beschränken?
2. Schließt sich die Kommission der von NEA vertretenen Auffassung an, daß eine solche Maßnahme für die Niederlande ein Mehraufkommen von 500 000 Lkw-Fahrten und einen Treibstoff-Mehrverbrauch von 55 Millionen Litern bei gleicher beförderter Warenmenge bedeuten würde, und würde dies nicht im Widerspruch zu der von der Kommission gemäß ihrem Grün- und ihrem Weißbuch verfolgten Politik stehen?
3. Trifft es zu, daß infolge derartiger Bestimmungen

- Frachtführer von Seefrachtcontainern künftig einen statt bisher zwei Container pro Fahrt befördern dürfen;
 - sich die höchstzulässige Zuladung für gewöhnliche Lastwagen um die Hälfte verringern würde;
 - der betriebliche Einsatz eines Sechssachsen-Sattelzuges nicht mehr wirtschaftlich ist?
4. Hält die Kommission es für angebracht, die Kraftverkehrsbranche, die kaum noch Gewinne einfährt, mit derartigen kostenexplosiven Maßnahmen zu belasten?

**Antwort von Herrn Matutes
im Namen der Kommission
(9. Dezember 1993)**

Die von der Kommission beabsichtigte Harmonisierung des zulässigen Gesamtgewichts von Nutzfahrzeugkombinationen, die im innerstaatlichen und internationalen Güterkraftverkehr eingesetzt werden, ist eine logische Folge der Vollendung des Binnenmarktes, in dem Fahrzeuge aus den verschiedenen Mitgliedstaaten unter gleichen Bedingungen miteinander konkurrieren können sollten.

Die Kommission wurde über die Ergebnisse der NEA-Studie unterrichtet. Diese Studie geht davon aus, daß auch die Gewichte von Solofahrzeugen voll harmonisiert werden sollen. Diese Fahrzeuge sind jedoch nicht Gegenstand der derzeitigen Beratungen. Außerdem werden die Methode und einige Berechnungen dieser Studie ernsthaft in Zweifel gezogen.

Die Kommission ist bei der Formulierung ihres Vorschlags bemüht, einen ausgewogenen Kompromiß zwischen kommerziellen und umweltbezogenen Überlegungen zu finden, der den Kosten der Instandhaltung der Verkehrswege Rechnung trägt.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1698/93

von Hedwig Keppelhoff-Wiechert (PPE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(28. Juni 1993)

(94/C 234/25)

Betrifft: Situation der deutschen Textilindustrie

Von der Textilindustrie der Bundesrepublik Deutschland hängen direkt und indirekt Hunderttausende von Arbeitsplätzen ab. Sowohl Unternehmer als auch die Beschäftigten sind motiviert, sich trotz des gewaltigen und weiter wachsenden internationalen Konkurrenzdrucks diesem zu stellen. Dafür benötigen sie aber im nationalen, europäischen und internationalen Vergleich ein von Wettbewerbsverzerrungen freies Umfeld.

1. Was unternimmt die Kommission im europäischen Rahmen, um gegen die umfangreichen illegalen Einfuhren vorzugehen?

2. Wie will die Kommission erreichen, daß die im Rahmen der Uruguay-Runde im Textilbereich besonders schwierig zu verhandelnden Positionen Marktzugang in andere Industrie- und Schwellenländer, Subventionsdisziplin und Musterschutz im Sinne des Abbaus von Wettbewerbsverzerrungen verhandelt werden können?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Kommission, Länder zur Markttöffnung und zum Abbau von Wettbewerbsverzerrungen zu bewegen?
4. Was unternimmt die Kommission, um zu einer besseren Anwendbarkeit des Antidumping-Instrumentariums im Textil- und Bekleidungsbereich zu kommen?
5. Auf welche Weise können die Bemühungen der deutschen Textilindustrie, auf überseeischen Märkten durch Investitionen oder Exporte Fuß zu fassen — auf der Basis GATT- oder EG-konformer Instrumente — unterstützt werden?
6. Was unternimmt die Kommission, damit innerhalb der europäischen Textilindustrie keine wettbewerbsverzerrenden Beihilfen gezahlt werden?
7. Welche Kontrollmittel bestehen, um dies zu verhindern?
8. Wie beurteilt die Kommission die Wettbewerbsnachteile, die der deutschen Textilindustrie aufgrund der unterschiedlichen Umweltstandards in den einzelnen Mitgliedstaaten entstehen, und was gedenkt sie dagegen zu tun?

**Antwort von Herrn Bangemann
im Namen der Kommission**

(21. Dezember 1993)

1. Die Kommission ist beunruhigt über die Betrugsgeschäfte mit Textilwaren und hat kürzlich die Einsetzung einer besonderen Task Force — der sogenannten Textiles Anti-Fraud Initiative (TAFI) — angekündigt, um so die bereits bestehenden Maßnahmen gegen illegale Textileinfuhren auszubauen. Für diese neue Maßnahme hat das Parlament zusätzliche Mittel in Höhe von 500 000 ECU bewilligt. Mit dieser Initiative will die Kommission koordinierte Maßnahmen sowohl der Textilindustrie in der Gemeinschaft als auch der zuständigen Behörden gegen Betrugsgeschäfte in die Wege leiten.
2. Die Kommission war sich stets im klaren darüber, wie eng die verschiedenen Verhandlungsdossiers im Rahmen der Uruguay-Runde zusammenhängen. Das Vorschlagspaket für den Handel mit Textilwaren kann angenommen werden, wenn die Gemeinschaft davon ausgehen kann, daß andere Elemente im Zusammenhang mit der Straffung der GATT-Regeln und -Disziplinen, zum Beispiel Marktzugang, Subventionen, geistiges Eigentum usw., für die Gemeinschaft ebenfalls annehmbar sind. Eine Einigung in all diesen Bereichen wird mit Sicherheit einen Fortschritt bei den Bemühungen um den Abbau der unlauteren Handelspraktiken zwischen den Vertragsparteien darstellen.
3. Der vorstehend unter 2. erwähnte Zusammenhang zwischen dem Verhandlungsthema „Textilien“ und den

anderen Elementen der GATT-Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde bietet die Möglichkeit, auf dritte Länder dahingehend Druck auszuüben, daß sie ihre Märkte öffnen und die GATT-Regeln einhalten. Natürlich muß jedes Endergebnis für alle Vertragsparteien annehmbar sein.

4. Das Antidumpinginstrumentarium der Gemeinschaft wird im Textilsektor ebenso wie in anderen Sektoren eingesetzt. Gegenwärtig laufen im Zusammenhang mit Textileinfuhren 21 Antidumpingmaßnahmen gegen 12 Drittländer; ferner laufen sieben Untersuchungen. Die diesbezügliche Politik der Gemeinschaft wird sich natürlich unter Berücksichtigung der GATT-Verhandlungen über Antidumpingmaßnahmen entwickeln.

Kürzlich unterbreitete die Kommission dem Rat Vorschläge zur Verkürzung der Fristen für EG-Antidumping- und Antisubventionsverfahren sowie Schutzmaßnahmen, wodurch die Zeit bis zur Einführung vorläufiger Antidumpingmaßnahmen von bisher durchschnittlich 14 bis 18 Monaten auf neun Monate reduziert werden könnte. Werden diese Vorschläge angenommen, so kann die Gemeinschaft in Fällen unlauterer Handelspraktiken künftig rascher reagieren.

5. Im Rahmen der Uruguay-Runde legt die Gemeinschaft besonderen Wert auf Verhandlungen über Maßnahmen, die einen verbesserten Zugang zu den Märkten dritter Länder gewährleisten, um der europäischen Textil- und Bekleidungsindustrie eine Steigerung ihrer Exporte zu ermöglichen, und die Schaffung einer zuverlässigen und langfristigen Rahmenregelung für den Welttextilhandel gestatten.

Eine praktische Möglichkeit zur Verbesserung der Absatzchancen europäischer Firmen ist insofern gegeben, als die Textilindustrie in der Gemeinschaft für Exportförderungsmaßnahmen in Betracht kommt, die von der Kommission finanziell unterstützt werden. Das Programm für 1993, für das 680 000 ECU zur Verfügung stehen, umfaßt eine Reihe von Marktstudien und Ausstellungen in verschiedenen Ländern Mittel- und Osteuropas, im südlichen Afrika, im Fernen Osten und in Nord- und Südamerika.

6. Wie der Frau Abgeordneten bekannt ist, verfolgt die Kommission Ansätze zu Wettbewerbsverzerrungen in allen Bereichen, auch im Textilhandel, mit größter Aufmerksamkeit.

Angesichts der besonderen Lage des Textilsektors, die gekennzeichnet ist durch einen schärferen internationalen Wettbewerb, Billigimporte, stagnierende Nachfrage, Überkapazität, geringe Produktivität und ein hohes innergemeinschaftliches Handelsvolumen, geht die Kommission bei der Anwendung der Artikel 92 und 93 des EWG-Vertrags besonders vorsichtig vor.

1971 hatte sie den Mitgliedstaaten einen Gemeinschaftsrahmen für die Beihilfen zugunsten des Textil- und Bekleidungssektors übermittelt ⁽¹⁾. 1977 richtete sie eine Mitteilung an die Mitgliedstaaten, in der sie ihre Richtlinien für die Prüfung von geplanten staatlichen Beihilfen zugunsten der Textilindustrie präziserte und ergänzte ⁽²⁾.

In diesem Dokument betonte die Kommission die Notwendigkeit,

- a) die Schaffung neuer Überkapazitäten in den Branchen zu verhindern, in denen bereits strukturelle und dauernde Überkapazitäten bestehen;
- b) die Umstellung von Branchen mit Überproduktion auf andere Branchen zu fördern und durch geeignete Forschung und Entwicklung die Produktionstechniken weiter zu entwickeln.

Ein spezifischer Gemeinschaftsrahmen für Beihilfen zugunsten der Chemiefaserindustrie besteht seit 1977. Aufgrund dieses im Dezember 1992 erneuerten Gemeinschaftsrahmens⁽³⁾ werden staatliche Beihilfen in diesem Sektor von der Kommission nur dann genehmigt, wenn als Ergebnis der Umstrukturierungsinvestitionen eine erhebliche Verringerung der Produktionskapazitäten nachgewiesen werden kann.

7. Die Artikel 92 und 93 des EWG-Vertrags kommen in allen Fällen zur Anwendung, in denen staatliche Beihilfen geprüft werden, also auch im Textilsektor.

Mit den Richtlinien, Überwachungsmaßnahmen und sonstigen Maßnahmen der Kommission soll gewährleistet werden, daß die Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen aufgrund von Artikel 93 Absatz 3 nachkommen, das heißt vor allem, daß sie die Kommission von beabsichtigten Beihilfen so rechtzeitig unterrichten, daß diese sich zu Plänen für die Einführung oder Umgestaltung von Beihilfen äußern kann. Soweit die Kommission von ihrer Befugnis Gebrauch macht, vom Grundsatz der Nichtvereinbarkeit staatlicher Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt abzuweichen, achtet sie bei der Prüfung solcher Beihilfevorhaben darauf, daß sie zur Erreichung und Förderung der in Artikel 92 Absatz 3 des EWG-Vertrags genannten Ziele der Gemeinschaft beitragen.

Die Kontrolle staatlicher Subventionen für die Chemiefaserindustrie erfolgt aufgrund des spezifischen Gemeinschaftsrahmens. Alle Vorhaben sollten unabhängig vom Umfang der Beihilfen zunächst der Kommission mitgeteilt werden, damit geprüft werden kann, ob die vorgesehenen Bedingungen mit dem gemeinsamen Markt vereinbar sind.

Im Textil- und Bekleidungssektor soll die Kommission von allen Projekten für staatliche Beihilfen von mehr als 10 Millionen ECU unterrichtet werden. Bei der Prüfung der einzelnen Projekte auf ihre Konformität mit dem gemeinsamen Markt werden die Auswirkungen der geplanten Beihilfen auf die Gesamtkapazität des Wirtschaftszweigs, auf dessen Modernisierung und Rationalisierung sowie auf die wirtschaftliche und soziale Lage der Standortregion berücksichtigt.

8. In der Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament, die sich mit dem Thema „Industrielle Wettbewerbsfähigkeit und Umweltschutz“ befaßt⁽⁴⁾, heißt es:

„Auch Umweltüberlegungen können die Wettbewerbsfähigkeit oder deren Voraussetzungen verbessern helfen.“

„In der Praxis können Umweltüberlegungen die Wettbewerbsfähigkeit auf ganz verschiedene Weise fördern: entweder durch sogenannte ‚Vorreiter-Vorteile‘ (‘first mover advantages‘) bei der Erschließung lukrativer Märkte für Technologien, Güter und Dienstleistungen zum Schutz der Umwelt oder für umweltverträgliche Verbraucherprodukte, oder durch Verbesserungen in der Organisation und im Management des Produktionssystems, insbesondere im Zuge der Einführung ‚sauberer‘ Technologien.“

Zum ändern wurden sowohl in Deutschland als auch auf Gemeinschaftsebene eine Reihe von Initiativen verabschiedet, die der Industrie bei der Finanzierung der Investitionen helfen sollen, die zur Erfüllung der Umweltschutznormen erforderlich sind. Schließlich ist festzustellen, daß in der ganzen Gemeinschaft der Umweltschutz seit einigen Jahren erhebliche Fortschritte macht, deren Wirkungen nicht ausbleiben.

(1) Dok. SC(71) 363 endg.

(2) Dok. SG(77) D/1990 vom 4. 2. 1977, und Anhang (Dok. SEK(77) 317 vom 25. 1. 1977).

(3) ABl. Nr. C 346 vom 30. 12. 1992.

(4) Dok. SEK(92) 1986.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1700/93

von Dorothee Piermont (ARC)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(28. Juni 1993)

(94/C 234/26)

Betrifft: Export und Produktionsverbot von in der Gemeinschaft verbotenen Pestiziden

Auf die Entwicklungsländer, die 20 % der Weltproduktion an Pestiziden verbrauchen, entfallen 99 % der durch Pestizide verursachten Todesfälle, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf 220 000 geschätzt wurden, bei 3 000 000 Vergiftungsfällen.

Die Liste der in der Gemeinschaft für die Anwendung verbotenen, aber weiterhin für den Export in die Dritte Welt produzierten Stoffe umfaßt neben vielen anderen DDT, Dieldrin, Lindan, HCH, Parathion, Methylparathion u. a. m.

Wird die Kommission im Zuge der Ratifizierung des weltweiten Verbotes der C-Waffenproduktion endlich auch ein Verbot der Produktion dieser höchst gefährlichen Pestizide beschließen, was die Überprüfung des Verbotes der C-Waffenproduktion sehr erleichtern würde?

**Antwort von Herrn Paleokrassas
im Namen der Kommission**

(19. Oktober 1993)

In einer Veröffentlichung der WHO („Public Health Impact of Pesticides Used in Agriculture“, 1990) wurden 91 % der

220 000 mit Pestiziden in Verbindung gebrachten Todesfälle auf beabsichtigte Vergiftungen (vor allem Selbstmord), 6 % auf die Belastung der Benutzer und 3 % auf andere Gründe, einschließlich Lebensmittelvergiftungen, zurückgeführt (Jeyaratham, 1985). Die WHO geht bei den geschätzten 1 Million Fällen unbeabsichtigter Vergiftungen pro Jahr davon aus, daß pro gemeldetem Fall sechs weitere Fälle nicht mitgeteilt werden. Andere Schätzungen basieren auf anderen Hypothesen.

Angesichts der beunruhigenden Anzahl möglicher unbeabsichtigter Vergiftungen aufgrund eines nicht ordnungsgemäßen Umgangs mit bestimmten Pestiziden verabschiedete der Rat am 16. Juni 1988 die Verordnung (EWG) Nr. 1734/88 betreffend die Ausfuhr bestimmter gefährlicher Chemikalien aus der Gemeinschaft bzw. deren Einfuhr in die Gemeinschaft ⁽¹⁾. Darin wurde ein Notifizierungssystem eingeführt, mit dem beim ersten Export eines Stoffes, dessen Verwendung in der Gemeinschaft verboten oder stark eingeschränkt ist, das einführende Drittland über gefährliche Eigenschaften unterrichtet werden soll. Die Verordnung gilt für bestimmte Pflanzenschutzzeugnisse sowie für Chemikalien, die in der Industrie oder vom Verbraucher verwendet werden.

Durch die Verordnung (EWG) Nr. 2455/92 des Rates vom 23. Juli 1992, betreffend die Ausfuhr und die Einfuhr bestimmter gefährlicher Chemikalien ⁽²⁾, die am 29. November 1992 in Kraft trat, wurde das Notifizierungssystem durch das Verfahren der „vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung“ (prior information consent, PIC) erweitert, das vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) gemeinsam ausgearbeitet wurde und dem zufolge das einführende Land nach Abwägung von Vorteilen und Risiken über die Einfuhr von Chemikalien entscheidet. Die Entscheidungen des Einfuhrlandes über den Import von Chemikalien, die dem PIC-Verfahren unterworfen sind, werden in Anhang II der oben genannten Verordnung aufgenommen und sind dann für Exporteure der Gemeinschaft rechtlich verbindlich. Ferner sind Exporteure gefährlicher Stoffe verpflichtet, diese gemäß den Bestimmungen für das Inverkehrbringen im Binnenmarkt zu verpacken und bei der Etikettierung die Sprache(n) des einführenden Landes zu berücksichtigen. Die Mitgliedstaaten sind für Maßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung dieser Bestimmungen zuständig.

Das Übereinkommen über chemische Waffen kann nicht das Problem der Produktsicherheit lösen. Wenn durch Verträge zur Nichtweiterverbreitung Ziele der Produktsicherheit verfolgt werden sollen, wäre die Australien-Gruppe vielleicht ein geeigneteres Forum. Was die Einbeziehung von Pestiziden in die Verbotliste von Produkten mit doppeltem Verwendungszweck betrifft, richtet sich die Kommission streng nach der Politik der Mitgliedstaaten, die für die Erstellung entsprechender Listen in den einschlägigen nationalen Gremien zuständig sind. Das Parlament hat deshalb am 23. Juni 1993 diese Frage ordnungsgemäß mit dem Vorsitz besprochen.

(1) ABl. Nr. L 155 vom 22. 6. 1988.

(2) ABl. Nr. L 251 vom 29. 8. 1992.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1708/93

von Heinz Köhler (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(29. Juni 1993)

(94/C 234/27)

Betrifft: Parlamentsvorbehalt des Deutschen Bundestages für die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Entschließung vom 2. Dezember 1992 einen Parlamentsvorbehalt formuliert, der vor dem Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion eine Bewertung durch den Bundestag vorsieht. Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Votum des Bundestages zu respektieren (Drucksache 12/3906 vom 2. Dezember 1992).

1. Inwiefern wird nach Ansicht der Kommission der Vertrag von Maastricht durch diesen Beschluß des Deutschen Bundestages berührt?
2. Welche Haltung nimmt die Kommission gegenüber dem Beschluß des Deutschen Bundestages ein?

Antwort von Herrn Delors
im Namen der Kommission

(22. November 1993)

In rechtlicher Hinsicht wird der Vertrag über die Europäische Union von dem Parlamentsvorbehalt des Bundestags nicht berührt; letzterem soll damit lediglich ermöglicht werden, sich zu dem Standpunkt zu äußern, den Deutschland bei den nach Artikel 109j des Unionsvertrags vorgesehenen Abstimmungen einnehmen wird.

Die Festlegung des bei Abstimmungen der Gemeinschaftsorgane einzunehmenden Standpunkts ist ein interner Vorgang, der ausschließlich in die Zuständigkeit des jeweiligen Mitgliedstaats fällt.

Darüber hinaus läßt der Parlamentsvorbehalt des Bundestags erkennen, welchen Wert Deutschland darauf legt, daß bei der Entscheidung über den Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion die Vertragsbestimmungen hinsichtlich der Konvergenzkriterien beachtet werden.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1725/93

von Klaus Hänsch (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(29. Juni 1993)

(94/C 234/28)

Betrifft: Zerstörung der Naturschutzgebiete am Acheloosfluß in Griechenland durch EG-finanzierte Bewässerungssysteme

1. Trifft es zu, daß die Gemeinschaft entschlossen ist, den Bau der Staudämme am Acheloosfluß mitzufinanzieren, und in welcher Höhe soll das geschehen?

2. Welche Zielsetzung hat das Projekt?
3. Lagen der Kommission vor ihrer Entscheidung über die Mitfinanzierung die Ergebnisse einer umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung vor, wie sie bei einem Projekt dieses Ausmaßes durch EG-Recht vorgeschrieben ist, und sind bei der Prüfung unter anderem die vom World Wide Fund for Nature vorgetragene schwerwiegenden Bedenken berücksichtigt worden?
4. Wird die Kommission angesichts der Proteste aus Gründen des Naturschutzes und der Verpflichtungen der Gemeinschaft aus internationalen Abkommen wie der Berner Konvention ihre Entscheidung noch einmal überprüfen?

**Antwort von Herrn Millan
im Namen der Kommission**
(10. Dezember 1993)

Die Kommission hat ihre Haltung zum Projekt Acheloos schon mehrmals dargelegt. Abgesehen von den bereits im Rahmen der Integrierten Mittelmeerprogramme finanzierten Arbeiten wurden keine Entscheidungen für eine Finanzierung dieses Projekts getroffen, das die Umleitung eines Teils des Flußwassers nach Thessalien vorsieht. Bevor eine Entscheidung ergeht, werden alle Aspekte, einschließlich der Umweltaspekte, eingehend geprüft werden.

Im Rahmen der Integrierten Mittelmeerprogramme wurden Gemeinschaftszuschüsse in Höhe von 55,2 Millionen ECU für Arbeiten am Staudamm Messochora, einen Umleitungskanal bei Sykia und einen Versuchsstollen an der Stelle der geplanten Umleitung gewährt.

Es wurden Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgelegt, deren Ergebnisse bei den durchgeführten Arbeiten als ausreichend angesehen wurden.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1736/93

von Alexandros Alavanos (CG)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(29. Juni 1993)

(94/C 234/29)

Betrifft: Währungsentwicklung und Wettbewerbsfähigkeit griechischer Erzeugnisse

Nach der ersten Währungskrise vom 13. Mai 1993 wurde erneut abgewertet, und zwar die spanische Peseta um 8 % und der portugiesische Escudo um 6,5 %.

Die griechische Regierung betreibt eine Politik der „harten Drachme“. Infolgedessen gilt die griechische Währung in Finanzkreisen als überbewertet.

1. Liegen der Kommission Informationen darüber vor, wie sich die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Erzeugnisse in Anbetracht der Wechselkursschwankungen in den Gemeinschaftsländern entwickelt hat?

2. Ist sie der Ansicht, daß die griechische Währung durch die vor kurzem in Kraft getretene Teilliberalisierung des Kapitalverkehrs unter Spekulationsdruck geraten kann?

**Antwort von Herrn Christophersen
im Namen der Kommission**

(24. November 1993)

1. Im Rahmen ihrer laufenden Analysen der Wirtschafts- und Währungsentwicklung legt die Kommission Schätzungen über die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der wichtigsten Währungen vor. Diese Schätzungen können für kurz zurückliegende Zeiträume nur provisorisch sein. Anhand dieser Indikatoren läßt sich jedoch sagen, daß die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Drachme im zweiten Quartal von 1993 annähernd auf dem gleichen Niveau lag wie im zweiten Quartal von 1992. Die währungspolitischen Schwierigkeiten der letzten zwölf Monate haben die Wettbewerbsfähigkeit griechischer Produkte also offenbar nicht beeinflusst.

2. Das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes setzt die vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs voraus. Für den Krisenfall sieht der Vertrag über die Europäische Union jedoch Schutzmaßnahmen vor.

Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs unterstreicht die Notwendigkeit solider wirtschaftlicher Grunddaten insofern, als Kapital in der Regel erst dann abfließt, wenn aufgrund der Wirtschaftsentwicklung und wirtschaftspolitischer Entscheidungen ungünstige Aussichten entstehen. Dieser Umstand dürfte ein zusätzlicher Anreiz für die Regierungen sein, im Rahmen eines freien Marktes, der die Grundlage für eine bessere Allokation der Ressourcen und künftiges Wachstum darstellt, eine umsichtige Wirtschaftspolitik zu betreiben.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1748/93

von Gianfranco Amendola (V)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(2. Juli 1993)

(94/C 234/30)

Betrifft: Umsetzung der Richtlinie 91/156/EWG über Abfälle in den Mitgliedstaaten und Pflichterfüllung der Kommission

Die Mitgliedstaaten sollten ihre Rechtsvorschriften bis zum und nicht nach dem 1. April 1993 an die Richtlinie 91/156/EWG ⁽¹⁾ zur Änderung der Richtlinie 75/442/EWG über Abfälle ⁽²⁾ anpassen.

Innerhalb dieser Frist hätte auch die Kommission ein Verzeichnis von Abfällen erstellen sollen, die unter die Abfallgruppen des Anhangs I dieser Richtlinie fallen.

Bis heute haben aber weder alle Mitgliedstaaten noch die Kommission die obengenannten Fristen eingehalten.

Gemäß Artikel 155 des Vertrags obliegt es der Kommission, „... für die Anwendung... der von den Organen aufgrund dieses Vertrages getroffenen Bestimmungen Sorge zu tragen“.

1. Kann die Kommission die Gründe für die Verzögerung bei der Vorlage des obengenannten Verzeichnisses von Abfällen erläutern und erklären, wie sie diese Lage für die reguläre Anwendung der Richtlinie 91/156/EWG in den Griff bekommen will?
2. Kann die Kommission erläutern, wie die Mitgliedstaaten die Richtlinie 91/156/EWG umsetzen sollen und die Kommission hierüber wachen soll, wenn die Kommission selbst die in der obengenannten Richtlinie angegebenen Fristen nicht einhält?
3. Teilt die Kommission die Ansicht, daß die Gemeinschaft mit der verzögerten Verabschiedung des Verzeichnisses der Abfälle gemäß Artikel 1 der Richtlinie 91/156/EWG ihre Pflichten nicht erfüllt hat?

(1) ABl. Nr. L 78 vom 26. 3. 1991, S. 32.

(2) ABl. Nr. L 194 vom 25. 7. 1975, S. 39.

**Antwort von Herrn Paleokrassas
im Namen der Kommission**

(10. November 1993)

Die Erstellung eines Abfallverzeichnisses, des sogenannten „Europäischen Abfallkatalogs“, wozu die Kommission im Rahmen der Richtlinie 91/156/EWG verpflichtet ist, stellt eine schwierige und komplexe Aufgabe dar. Die Kommission mit Unterstützung des in der Richtlinie vorgesehenen Ausschusses sind bereits seit 18 Monaten mit dieser Aufgabe befaßt. Dem Ausschuß wurden nacheinander mehrere Versionen des Katalogs vorgelegt, ohne daß bisher ein Einvernehmen über dessen Struktur oder Inhalt zustande gekommen wäre. Darüber hinaus sind die offiziellen Stellungnahmen der Mitglieder zum Katalog erst verspätet bei der Kommission eingegangen und die Anmerkungen der Industrie wurden erst zwischen Februar und April 1993, das heißt erst wenige Wochen vor dem Stichtag 1. April 1993, übermittelt. Die Einarbeitung dieser Stellungnahmen und Anmerkungen in den Katalog hat wiederum einen hohen Arbeitsaufwand verursacht.

Der Ausschuß konnte auf seiner Sitzung vom 18. Juni 1993 eine grundsätzliche Einigung über die allgemeine Struktur des Katalogs erzielen. Der Katalog wurde auf der Sitzung vom 12. Oktober 1993 vom Ausschuß verabschiedet.

Die Anwendung der Richtlinie 91/156/EWG hängt jedoch nicht davon ab, daß die Kommission das in Artikel 1 vorgesehene Abfallverzeichnis erstellt. Die in Artikel 1 Buchstabe a) Absatz 1 gegebene Definition von Abfällen ist ausreichend genau und ermöglicht die Umsetzung der Richtlinie durch die Mitgliedstaaten.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1754/93

von José Apolinário (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(2. Juli 1993)

(94/C 234/31)

Betrifft: Spongiforme Enzephalopathie bei Rindern

Kann die Kommission Auskunft darüber geben, ob die portugiesischen Behörden die nachweislichen Fälle von spongiformer Enzephalopathie bei Rindern in Portugal gemeldet haben (jährliche Mitteilung)?

**Antwort von Herrn Steichen
im Namen der Kommission**

(13. Dezember 1993)

Der Kommission sind fünf Fälle von Verdacht auf spongiforme Enzephalopathie bei Rindern in Portugal gemeldet worden, die bisher noch nicht offiziell bestätigt wurden. Bei den verdächtigen Fällen handelte es sich um aus dem Vereinigten Königreich eingeführte Tiere.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1759/93

von Cristiana Muscardini (NI)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(2. Juli 1993)

(94/C 234/32)

Betrifft: Umweltverschmutzung

Die Umweltverschmutzung ist ein vielfältiges Phänomen und die Ergebnisse einer kürzlich durchgeführten Überprüfung der Straßen von Mailand stellen einige Gemeinplätze in bezug auf die akustische und atmosphärische Umweltverschmutzung auf den Kopf, wobei die Konzentration gefährlicher Umweltgifte wie beispielsweise Benzol und die Gefährlichkeit des Daheimbleibens während der Nachtstunden besonders hervorzuheben sind.

Wird die Kommission eine Studie über die herkömmlichen Meßstationen durchführen und dabei nicht nur einige wenige Stoffe, beispielsweise Kohlenmonoxide oder Stickstoffdioxide, sondern auch Benzol und die aromatischen Kohlenwasserstoffe analysieren?

**Antwort von Herrn Paleokrassas
im Namen der Kommission**

(22. November 1993)

Gegenwärtig werden von den Richtlinien über die Luftqualität lediglich fünf Schadstoffe abgedeckt. Es handelt sich um

— Schwefeldioxid und Schwebstaub (Richtlinie 80/779/EWG, geändert durch die Richtlinie 89/427/EWG) ⁽¹⁾;

— Blei (82/884/EWG) ⁽²⁾;

- Stickstoffdioxid (85/203/EWG) ⁽³⁾;
- Ozon (92/72/EWG, ab April 1994 in Kraft) ⁽⁴⁾.

Im Rahmen dieser Richtlinien werden von den Mitgliedstaaten Meßstationen eingerichtet, um zu überprüfen, ob die in den Richtlinien festgelegten Schwellenwerte überschritten werden.

Die Konzentrationen der anderen von der Frau Abgeordneten erwähnten Schadstoffe in der Atmosphäre (Kohlendioxid, Benzol und aromatische Kohlenwasserstoffe) werden derzeit im Rahmen der bestehenden Richtlinien nicht überwacht.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 201 vom 14. 7. 1989.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 378 vom 31. 12. 1982.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 87 vom 27. 3. 1985.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 297 vom 13. 10. 1992.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1763/93

von Ernest Glinne (PSE) und
Jaak Vandemeulebroucke (ARC)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(2. Juli 1993)

(94/C 234/33)

Betrifft: Ausbreitung der „spongiformen Enzephalopathie“ bei Schafen und Rindern

Die spongiforme Enzephalopathie, eine Krankheit, die bereits 1755 im Schafbestand in Großbritannien entdeckt wurde, hat sich in den letzten Jahren ausgebreitet: Die spongiforme Enzephalopathie der Rinder, eher bekannt unter der englischen Abkürzung BSE (Bovine Spongiform Encephalopathy) und vor allem unter der Krankheitsbezeichnung der „Kuhwahnsinnskrankheit“ in Großbritannien wegen der unkontrollierten Bewegungen des Tieres kurz vor der Agonie, hat den britischen Gesetzgeber angesichts des Wiederaufflackers der Krankheit veranlaßt, seit Juli 1988 die Schlachtung und Verbrennung von etwa 100 000 Kühen anzuordnen. Die Krankheit hat sich auf Herden in Dänemark, Deutschland, in der Schweiz, Irland und Frankreich ausgebreitet, und mehrere Regierungen haben diesbezüglich Rechts- bzw. Verwaltungsvorschriften erlassen.

Das Problem tritt nunmehr auch in den Vereinigten Staaten auf, was zur Folge hatte, daß die Food and Drug Administration (FDA) am 31. März d. J. eine öffentliche Anhörung veranstaltete. Jenseits des Atlantiks wird das betroffene Vieh nicht wahnsinnig, sondern legt sich hin und stirbt (downer cows). Dies erregt Besorgnis, vor allem in bezug auf die Nahrungsmittelkette hin zum Menschen. Die Rinder ziehen sich diese Krankheit zu, da man ihnen zur Erhöhung ihrer Proteindosis Pulver aus Resten von Schaffleisch und geschlachteten Kühen gibt, das ihrem normalen Futter beigemischt wird.

Dr. Hansen von der Consumers Union sowie ein im Juli 1981 von Michael Osborne für das veterinärmedizinische

Zentrum der FDA veröffentlichter Artikel schließen die Möglichkeit einer Übertragung auf den Menschen nicht aus. Die einschlägigen Studien werden fortgesetzt.

Welche Haltung nehmen die Kommission und die Mitgliedstaaten nunmehr angesichts der Ausbreitung von Tierkrankheiten ein, die gegenüber allen bekannten Mitteln resistent sind? Mit welchen Ergebnissen?

Ist es zu einer ergänzenden Zusammenarbeit mit der FDA und den o. g. amerikanischen Behörden gekommen, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

**Antwort von Herrn Steichen
im Namen der Kommission**

(26. November 1993)

Die Symptome der bovinen spongiformen Enzephalopathie (BSE) können mit denen anderer Krankheiten verwechselt werden, vor allem, wenn diese ebenfalls mit unkontrollierten Bewegungen der Gliedmaßen einhergehen. Aus diesem Grund ist die BSE seit April 1990 in der gesamten Gemeinschaft anzeigepflichtig. Dies bedeutet, daß alle verdächtigen Fälle untersucht und die Fälle, in denen sich die Diagnose BSE bestätigt, der Kommission mitgeteilt werden müssen.

Die sogenannten „Downer cows“ können durchaus als BSE-Verdachtsfälle untersucht werden, in den meisten Fällen handelt es sich jedoch um Stoffwechselstörungen oder um Krankheiten aufgrund traumatischer Einwirkungen in der Zeit kurz vor oder kurz nach dem Abkalben. In den Vereinigten Staaten gerieten diese Tiere in Verdacht, weil es vereinzelt Hinweise darauf gab, daß ihr Fleisch, an Zuchtnerze verfüttert, für das Auftreten von spongiformen Enzephalopathien bei diesen Tieren verantwortlich sein könnte. Festzuhalten ist aber, daß sich die Diagnose BSE in den Vereinigten Staaten bisher noch in keinem Fall bestätigt hat.

Die Haltung der Kommission zu den spongiformen Enzephalopathien hängt natürlich davon ab, um welche Krankheit es sich handelt.

In bezug auf Scrapie, die von Tier zu Tier übertragen werden kann, enthält die Richtlinie 91/68/EWG des Rates vom 28. Juli 1991 zur Regelung tierseuchenrechtlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Schafen und Ziegen Vorschriften, die bestimmte grundlegende Garantien in bezug auf die Haltung von aus dem Betrieb verkauften Zuchtschafen bieten.

Bei der BSE jedoch ist wissenschaftlich anerkannt, daß der einzige wichtige Übertragungsweg bei Rindern die Verfütterung von infiziertem und nicht ausreichend behandeltem Fleisch und Knochenmehl ist.

Daher wurde im Juli 1988 die Verwendung von Wiederkäuerproteinen bei der Herstellung von Wiederkäuerfuttermitteln im Vereinigten Königreich gesetzlich verboten. Im Jahr 1990 folgte dann das generelle Verbot der Verwendung von Gewebe der „spezifizierten Rinderschlachtabfälle“ bei der Herstellung von Tierfuttermitteln.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1764/93von **Madron Seligman (PPE)**

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(2. Juli 1993)

(94/C 234/34)

Betrifft: Mit dem Binnenmarkt unvereinbare Praktiken

Wie die Briten behalten sich die Franzosen das Recht vor, zur Bekämpfung von Terrorismus, Drogenhandel und sonstigen Formen von Kriminalität auch künftig Einreisekontrollen durchzuführen.

Die Franzosen sollten jedoch britische Lastwagenfahrer nicht dadurch benachteiligen, daß sie von ihnen bei der Einreise Papiere verlangen, während sie ihre eigenen Landsleute ohne weiteres passieren lassen, selbst wenn diese genau die gleichen Waren befördern.

Ein Bürger meines Wahlkreises, der seinen Lebensunterhalt durch Fischtransporte verdient, wurde von den Behörden in Cherbourg in den vergangenen Monaten insgesamt dreizehnmal angehalten.

Billigt die Kommission diese Praxis? Wenn nein, was gedenkt sie dagegen zu tun?

Antwort von Herrn Vanni d'Archirafi

im Namen der Kommission

(3. November 1993)

Die Kommission ist über den angesprochenen Sachverhalt nicht unterrichtet. Sie wird daher die zuständigen französischen Behörden um ergänzende Auskünfte bitten, damit sie dazu Stellung nehmen kann.

Ihre Haltung zur Aufhebung der Kontrollen an den Binnengrenzen hat die Kommission in der Antwort auf die mündliche Anfrage Nr. 54/93 von Herrn Turner anlässlich der Plenarsitzung vom Mai 1993 dargelegt⁽¹⁾.

⁽¹⁾ Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Nr. 3-431 (Mai 1993).

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1783/93von **Raymonde Dury (PSE)**

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(12. Juli 1993)

(94/C 234/35)

Betrifft: Kopplung des Zugangs zur Wirtschafts- und Währungsunion an soziale Konvergenzkriterien

Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ist ein Ziel, das jedem Mitgliedstaat äußerst einschneidende haushaltspolitische Sanierungsmaßnahmen abverlangt. Die Sparmaßnahmen gehen sehr weit, was in einer Zeit, in der

Europa von einer Rezession heimgesucht wird, natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die öffentliche Meinung bleibt.

Wäre es nicht zweckmäßig, auch wenn bei der „Wachstumsinitiative“ der Gemeinschaft die Probleme des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherheit etwas stärker einbezogen werden, die Konvergenzkriterien um „soziale“ Normen zu ergänzen, indem insbesondere der Zugang zur WWU an eine Arbeitslosenhöchstquote gekoppelt wird?

Wie denkt die Kommission darüber?

Antwort von Herrn Christophersen

im Namen der Kommission

(26. November 1993)

Bei den Vorarbeiten zum Vertrag über die Europäische Union wurde sehr eingehend über die Voraussetzungen für die Teilnahme an der Währungsunion gesprochen. Bei den Konvergenzkriterien hielt sich der Rat an die Faktoren, die er für die Existenzfähigkeit der Union als am wichtigsten erachtete. Auch wenn die Arbeitslosigkeit ein wichtiger Aspekt der Konvergenz ist, so könnte sie doch die Existenzfähigkeit der Union nicht so unmittelbar beeinflussen wie etwa instabile Haushaltslagen oder ein starkes Inflationsgefälle.

Mittelbar enthält der Vertrag jedoch auch ein „soziales“ Kriterium. In Artikel 109j Absatz 1 ist vorgesehen, daß die Kommission und das Europäische Währungsinstitut (EWI) vor Beginn von Stufe III dem Rat „berichten, inwieweit die Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion ihren Verpflichtungen bereits nachgekommen sind“. Das heißt, es ist zu prüfen, in welchem Maße die Mitgliedstaaten die Konvergenzkriterien erfüllen. Darüber hinaus haben die Berichte von Kommission und EWI auch andere Faktoren zu berücksichtigen, u. a. „die Ergebnisse bei der Integration der Märkte“. Dies bezieht sich zweifellos auch auf die Auswirkungen der Integration auf den Arbeitsmarkt in den einzelnen Mitgliedstaaten. Bestehen in einem Land Beschäftigungsprobleme, so ist damit sichergestellt, daß der Rat ihnen entsprechend Rechnung trägt. Nach Auffassung der Kommission braucht also kein neues „soziales“ Kriterium zu den Regeln des Vertrages hinzugefügt werden.

Auf jeden Fall gehört es nach Artikel 2 des Vertrages zu den Grundzielen der künftigen Europäischen Union, ein hohes Beschäftigungsniveau und ein hohes Maß an sozialem Schutz herbeizuführen, so daß der Kommission die Aufgabe zukommt, die soziale Konvergenz zu fördern, im Sinne der Empfehlung 92/442/EWG des Rates vom 27. Juli 1992 über die Konvergenz der Ziele und Maßnahmen im Bereich des sozialen Schutzes. Daher wird die Kommission nach Festlegung der sozialen Ziele die Mitgliedstaaten auffordern, eine Politik in diesem Sinne zu führen, und sie wird die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen beobachten, u. a. dadurch, daß sie in periodisch erstellten Berichten beurteilt, inwieweit die Ziele erreicht sind.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1810/93

von Ria Oomen-Ruijten (PPE), Elmar Brok (PPE), Raphaël Chanterle (PPE), Viviane Reding (PPE), Marc Reyman (PPE), Pol Marck (PPE) und Miguel Arias Cañete (PPE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(13. Juli 1993)

(94/C 234/36)

Betrifft: Erweiterung der Gemeinschaft

Die notwendige Erweiterung der Gemeinschaft und ihre innere Entwicklung stehen im Zusammenhang. Die Balance zwischen Vertiefung und Erweiterung ist dabei eine wesentliche Aufgabe. Möge die Kommission folgende Fragen beantworten:

1. Welche Bedingungen müssen für den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit beitragswilligen EFTA-Staaten erfüllt sein und welchen Stellenwert hat dabei die Ratifizierung des Maastricht-Abkommens und des EWR-Vertrags?
2. Welcher Zeitplan besteht?
3. Welche Bedeutung hat die Regierungskonferenz '96 für weitere Beitrittsverhandlungen über die EFTA-Staaten hinaus?

**Antwort von Herrn Van den Broek
im Namen der Kommission**

(16. Dezember 1993)

1. Der Europäische Rat beschloß auf seiner Tagung in Lissabon im Juni 1992, daß die offiziellen Verhandlungen mit den EFTA-Beitrittskandidaten aufgenommen werden, sobald der Vertrag über die Europäische Union ratifiziert und eine Einigung über die künftige Finanzierung erzielt worden ist.

Auf seiner Tagung in Edinburgh im Dezember 1992 beschloß der Europäische Rat angesichts der Einigung über die künftige Finanzierung und der Aussichten für eine rasche Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Union durch alle Mitgliedstaaten, daß die Erweiterungsverhandlungen mit Österreich, Schweden und Finnland Anfang 1993 beginnen: Sie wurden offiziell am 1. Februar eingeleitet. Die Verhandlungen mit Norwegen begannen im April im Anschluß an die Stellungnahme der Kommission. Die Erweiterungsverhandlungen mit diesen vier Ländern werden nunmehr parallel geführt.

Der Europäische Rat von Edinburgh stellte fest, daß die Beitrittsverhandlungen in Verhandlungen nach Artikel O des Vertrages über die Europäische Union umgewandelt werden, sobald dieser in Kraft getreten ist.

Die Ratifizierung des EWR-Abkommens ist keine Vorbedingung für den Erweiterungsprozeß. Dennoch werden die in diesem Kontext bereits erzielten Einigungen die Fortschritte mit den EFTA-Ländern erleichtern, mit denen die Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union begonnen haben.

2. Der Europäische Rat erklärte auf seiner Tagung in Kopenhagen am 21. und 22. Juni 1993, daß er entschlossen ist, alles zu tun, damit das Ziel der ersten Erweiterung der Europäischen Union am 1. Januar 1995 Wirklichkeit wird. Dies bedeutet, daß die Verhandlungen so rechtzeitig beendet werden müssen, daß die nationalen Ratifizierungsverfahren bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen sein können.

3. Die für 1996 geplante Regierungskonferenz wird die Bestimmungen des Vertrags über die Europäische Union prüfen, für die gemäß den Zielen in Artikel A und B eine Revision vorgesehen ist. Eine Erweiterung der Union nach diesem Zeitpunkt wird sich auf das Acquis Communautaire, wie es dann besteht, stützen müssen, zu dem dann auch die Beschlüsse dieser Konferenz gehören werden.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1825/93

von Friedrich Merz (PPE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(13. Juli 1993)

(94/C 234/37)

Betrifft: Zusammensetzung der Bediensteten der Kommission

Wie setzt sich nach dem Stand vom 1. April 1993 das Personal der Kommission nach Staatsangehörigkeit, Laufbahngruppen und Besoldungsgruppen zusammen?

**Antwort von Herrn Van Miert
im Namen der Kommission**

(15. Dezember 1993)

Die Kommission wird dem Herrn Abgeordneten und dem Generalsekretariat des Parlaments ihre Antwort direkt übermitteln, da diese umfangreich ist und zahlreiche Tabellen enthält.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1827/93

von Mary Banotti (PPE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(13. Juli 1993)

(94/C 234/38)

Betrifft: Wettbewerbsregeln im Telekommunikationsbereich

Im Anschluß an die Veröffentlichung des Grünbuchs der Kommission über die Telekommunikation von 1987 wurden Leitlinien für die Anwendung der EG-Wettbewerbsre-

geln im Telekommunikationsbereich ⁽¹⁾ festgelegt. Telecom Eireann, das irische Monopolunternehmen im Telefonbereich, hat kürzlich seine Gebühren um 400 % erhöht.

Kann die Kommission mitteilen, ob sie bereit ist, diesen Fall zu prüfen, in dem gegen die EG-Wettbewerbsregeln und die erklärten Ziele der Kommission verstoßen wird, einen stärkeren Wettbewerb in diesem Sektor einzuführen, was derzeit in Irland sicher nicht der Fall ist?

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 233 vom 6. 9. 1991, S. 2.

**Antwort von Herrn Van Miert
im Namen der Kommission**

(22. Oktober 1993)

Nach den Leitlinien der Kommission für die Anwendung der EG-Wettbewerbsregeln im Telekommunikationsbereich sollte „das allgemeine Prinzip der Kostenorientierung das maßgebliche Ziel sein, um u. a. sicherzustellen, daß die Preise keine Ungerechtigkeiten zwischen den Benutzern schaffen“ (Ziffer 103). Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegt kein Hinweis dafür vor, daß die Gebührenerhöhungen der Telecom Eireann nicht durch die zugrundeliegenden Kosten gerechtfertigt sind. Die Kommission beabsichtigt daher nicht, eine förmliche Untersuchung einzuleiten.

Es ist allerdings nicht auszuschließen, daß die zugrundeliegenden Kosten überhöht sind. Da im Fernsprehdienst in Irland kein Wettbewerb besteht, kann das Kostenniveau jedoch nicht durch Vergleiche mit anderen Unternehmen überprüft werden.

In anderen Wirtschaftszweigen hat sich der Wettbewerb als wirkungsvolles Instrument erwiesen, um Unternehmen mit beherrschender Stellung zu veranlassen, Kosten zu dämpfen und den Kundendienst zu verbessern. Daher hat die Kommission in ihrer Mitteilung an den Rat vom 28. April 1993 vorgeschlagen, die Sprachtelefondienste ab Januar 1998 für den Wettbewerb zu öffnen. Die irische Regierung hat für die Einführung des Wettbewerbs in Irland jedoch eine zusätzliche Übergangsfrist bis zu fünf Jahren beantragt, um die erforderlichen strukturellen Anpassungen — insbesondere der Gebühren — vorzunehmen. Diesen Antrag hat der Rat in seiner Entschließung vom 16. Juni 1993 zur Prüfung der Lage des Telekommunikationssektors gebilligt.

Am 16. Juni 1993 legte der Rat auch einen gemeinsamen Standpunkt zu dem Richtlinienvorschlag zur Einführung des offenen Netzzugangs (ONP) beim Sprachtelefondienst ⁽¹⁾ fest. Diese Richtlinie soll gewährleisten, daß alle Benutzer auf ein Mindestangebot an Telefondiensten mit bestimmter Qualität zurückgreifen können. Wenn die Richtlinie in Kraft getreten ist, müssen Gebührenerhöhungen wie die der Telecom Eireann nach dem in Artikel 12 genannten Kostenorientierungsprinzip begründet werden können.

⁽¹⁾ Dok. KOM(92) 247.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1839/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(15. Juli 1993)

(94/C 234/39)

Betrifft: Nutzung des Wassers aus dem Stimfalia-See für ein Bewässerungsvorhaben

Der Regionalverband der Städte und Gemeinden der Region Korinth fordert die Aufnahme des umfassenden Bewässerungsprojekts zur Nutzung des Wassers aus dem Stimfalia-See in den Zusatzvorschlag zu dem Gemeinschaftlichen Förderkonzept (GFK) 1994—1997/Delors II. Der Antrag der Region Peloponnes ist noch nicht endgültig und es liegen auch keine Angaben über den voraussichtlichen finanziellen Umfang des Programms vor; ferner ist das Fertigstellungsverfahren von seiten der zuständigen nationalen Behörden noch nicht abgeschlossen. In Anbetracht dessen wird die Kommission um Mitteilung gebeten, ob sie beabsichtigt, für die am Stimfalia-See geplante Anstauung des sich im Winter ansammelnden Wassers sowie für die Verbesserungsarbeiten am zentralen Bewässerungskanal Mittel zu Verfügung zu stellen?

**Antwort von Herrn Steichen
im Namen der Kommission**

(10. November 1993)

Die Kommission weiß nicht, ob das von dem Herrn Abgeordneten erwähnte Bewässerungsvorhaben am Stimfalia-See im Rahmen des neuen GFK für Griechenland finanziert werden wird.

Nach Vorlage des neuen Programms für den Zeitraum 1994—1999 und nach Abschluß des Genehmigungsverfahrens wird die Kommission in Partnerschaft mit den griechischen Behörden die Möglichkeit einer Finanzierung dieses Vorhabens im Rahmen der von Griechenland vorgelegten Operationellen Programme prüfen. Das Vorhaben muß von dem Mitgliedstaat vorgeschlagen werden und gewährleisten, daß die landwirtschaftliche Erzeugung nach seiner Realisierung den Erfordernissen der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik und den Umweltschutzauflagen entspricht.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1858/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(15. Juli 1993)

(94/C 234/40)

Betrifft: Einhaltung der Richtlinie über die wildlebenden Vogelarten durch Griechenland

Wieviele Beschwerden sind bei der Kommission eingegangen im Zusammenhang mit dem besonderen Schutz wildle-

bender Vogelarten, die in Griechenland zur Verwirklichung der Richtlinie über die wildlebenden Vogelarten ausgerufen worden sind? Welches ist der Tenor dieser Beschwerden, wer genau hat sie eingereicht, und in welchem Stadium befindet sich ihre Prüfung? Wie beurteilt die Kommission das Niveau der Anpassung der Mitgliedstaaten an die genannte Richtlinie, insbesondere von seiten Griechenlands?

**Antwort von Herrn Paleokrassas
im Namen der Kommission**

(19. November 1993)

Aus Datenschutzgründen kann die Kommission keine Angaben über Beschwerden machen, die bei ihr eingereicht wurden. Die angeforderten Auskünfte zur Anwendung der Richtlinie 79/409/EWG über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten in den verschiedenen Mitgliedstaaten, insbesondere in Griechenland, kann der Herr Abgeordnete dem „Zehnten Jahresbericht an das Europäische Parlament über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts“, den die Kommission für das Jahr 1992 veröffentlicht hat ⁽¹⁾, insbesondere dem Teil G über Umwelt entnehmen.

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 233 vom 30. 8. 1993.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1860/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(15. Juli 1993)

(94/C 234/41)

Betrifft: Transport lebender Tiere

Es ist bekannt, daß vielfach nicht die geeigneten Infrastrukturen und die günstigen Witterungsbedingungen vorhanden sind, um die Tiere beim Transport auf Schiffen, Zügen und anderen Verkehrsmitteln nicht bis zur Erschöpfung zu quälen. An die Kommission wird deshalb die Frage gerichtet, ob sie Initiativen ergreifen wird, um Fortschritte in diesem Bereich zu erzielen.

**Antwort von Herrn Steichen
im Namen der Kommission**

(1. Dezember 1993)

Die Richtlinie 91/628/EWG des Rates über den Schutz von Tieren beim Transport ⁽¹⁾ gilt für den Transport von Tieren innerhalb eines Mitgliedstaats sowie für den innergemeinschaftlichen Handel. Sie enthält Vorschriften über die Vorkehrungen für den Transport der Tiere sowie Vorschrif-

ten, die gewährleisten, daß die Spediteure bei der Routenplanung alle wichtigen Faktoren einschließlich des Wetters berücksichtigen.

Die Kommission hat außerdem vor kurzem in einer Mitteilung an den Rat ⁽²⁾ bestimmte Aspekte des Transports von Tieren einschließlich der für bestimmte Arten notwendigen Fütterungs-, Tränk- und Ruhezeiten behandelt; dieser Mitteilung war ein Vorschlag zur Änderung der o. g. Richtlinie und zur Einbeziehung dieser Aspekte beigefügt.

Bei Genehmigung wird dieser Kommissionsvorschlag die Umsetzung der Richtlinie durch die Mitgliedstaaten erleichtern.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 340 vom 11. 12. 1991.

⁽²⁾ Dok. KOM(93) 330 endg.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1883/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(15. Juli 1993)

(94/C 234/42)

Betrifft: Antrag der Republik Zypern auf Beitritt zur Gemeinschaft

Einem Bericht der Zeitung *Pontiki* vom 6. Mai 1993 zufolge beabsichtigt die Kommission, die Entwicklung der Republik Zypern in ihrer Stellungnahme zum Beitrittsantrag Zyperns als zufriedenstellend zu kennzeichnen. Gleichzeitig jedoch wird die Auffassung der Kommission bekräftigt, derzufolge Zypern der Gemeinschaft nicht beitreten kann, solange das Zypern-Problem nicht gelöst ist.

Kann die Kommission zuverlässig mitteilen, welchen Standpunkt sie in dieser Frage vertritt und insbesondere, ob es möglich ist, daß der Beitritt der Republik Zypern zur Gemeinschaft davon abhängt, was die türkischen Besatzungskräfte und das Regime von Denktash im nördlichen Teil der Insel in Zukunft unternehmen werden?

**Antwort von Herrn Van den Broek
im Namen der Kommission**

(11. November 1993)

Die Kommission hat am 30. Juni 1993 ihre Stellungnahme zum Antrag der Republik Zypern auf Beitritt zur Gemeinschaft abgegeben ⁽¹⁾.

⁽¹⁾ Dok. KOM(93) 313 endg./2.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1892/93**von Sotiris Kostopoulos (PSE)****an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften***(15. Juli 1993)**(94/C 234/43)**Betrifft:* Den innergemeinschaftlichen Warenverkehr

Vom 1. Januar 1993 an sollte der freie Warenverkehr innerhalb des Binnenmarktes in vollem Umfang verwirklicht sein. Dennoch haben die zuständigen nationalen Behörden — zumindest gelegentlich — auch jetzt noch die Möglichkeit, Unternehmen, die Konkurrenzprodukte aus einem anderen Mitgliedstaat der Gemeinschaft in ihr Land einführen wollen, mit gewissen Verwaltungsvorschriften zu schikanieren, um die Unternehmen von weiteren Einfuhren abzubringen oder um zumindest die Kosten für die von diesen Unternehmen vertriebenen Erzeugnisse in die Höhe zu treiben.

Hat die Kommission sich bereits mit diesem Problem beschäftigt und wie beabsichtigt sie etwas gegen derartige Beeinträchtigungen des freien Warenverkehrs auf dem Binnenmarkt der Gemeinschaft zu unternehmen?

**Antwort von Herrn Vanni d'Archirafi
im Namen der Kommission**

(2. Dezember 1993)

Artikel 30 EWG-Vertrag untersagt mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung zwischen den Mitgliedstaaten.

Nach Auffassung des Gerichtshofes können sich Einzelpersonen vor den nationalen Behörden und Gerichten unmittelbar auf diesen Artikel berufen und sind letztere gehalten, zuwiderlaufende einzelstaatliche Vorschriften nicht anzuwenden (siehe in diesem Zusammenhang insbesondere die Urteile Iannelli vom 22. Mai 1977 in der Rechtssache 74/76, Slg. S. 557, und Fratelli Costanzo vom 22. Juni 1989 in der Rechtssache 103/88, Slg. S. 1861).

Der Gerichtshof hat außerdem erklärt, daß ein Mitgliedstaat grundsätzlich den Schaden wiedergutmachen muß, den Einzelpersonen wegen des Verstoßes einer Behörde dieses Staates gegen eine EG-Vorschrift erlitten haben (Urteil Francovich vom 19. November 1991 in den verbundenen Rechtssachen C-6/90 und C-9/90, Slg. S. I-5357).

Die Kommission untersucht als Hüterin des EWG-Vertrags jedes Jahr eine Menge Beschwerden und von Amts wegen festgestellte Verstöße. Gelangt sie bei dieser Gelegenheit zu der Auffassung, daß die untersuchten nationalen Vorschriften dem Vertrag zuwiderlaufen, so ergreift sie alle zweckdienlichen Maßnahmen, um den betreffenden Mitgliedstaat zur Beseitigung des innergemeinschaftlichen Handelshemmnisses zu bewegen. Notfalls bringt sie die Sache vor den Gerichtshof.

Die Kommission fordert den Herrn Abgeordneten auf, ihr zur Prüfung nach dem EWG-Vertrag alle Rechtsvorschriften

sowie Verwaltungsvorschriften und -praktiken zu melden, bei denen er einen Verstoß gegen die Vorschriften über den freien Warenverkehr vermutet.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1898/93**von Sotiris Kostopoulos (PSE)****an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften***(15. Juli 1993)**(94/C 234/44)**Betrifft:* Den Verbraucherrat der Kommission

Kann die Kommission mitteilen, wann sie beabsichtigt, die Zusammensetzung des Verbraucherrates zu erneuern, damit die Interessen aller Bürger im Rahmen des Binnenmarktes unmittelbar vertreten werden?

**Antwort von Frau Scrivener
im Namen der Kommission**

(11. November 1993)

Die Kommission konsultiert zur Zeit verschiedene im Beratenden Verbraucherrat (BVR) vertretene Verbraucherorganisationen zu einer möglichen Reform der Organisation dieses Gremiums. Der BVR wird erst dann erneuert, wenn dieser Konsultationsprozeß abgeschlossen und eine Entscheidung über sein Ergebnis getroffen worden ist.

In der Zwischenzeit führt der bisherige BVR nach Artikel 5 Absatz 2 des Beschlusses der Kommission vom 17. Dezember 1989 zur Einsetzung des BVR ⁽¹⁾ die Geschäfte weiter. Die Interessen des europäischen Verbrauchers werden daher nach wie vor im Rahmen des Binnenmarktes unmittelbar vertreten.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 38 vom 10. 2. 1990.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1902/93**von Sotiris Kostopoulos (PSE)****an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften***(15. Juli 1993)**(94/C 234/45)**Betrifft:* Nutzung der Wasserressourcen der Inseln der Gemeinschaft und insbesondere der Kykladen und der Inseln des Dodekanes

Die Nutzung der Wasserquellen stellt für viele Inseln der Gemeinschaft und insbesondere die Kykladen und die Inseln des Dodekanes ein großes Problem dar.

Kann die Kommission uns mitteilen, ob ihr von der griechischen Regierung ein Programm zur Nutzung der Wasserquellen dieser Inseln zur Genehmigung vorgelegt

worden ist? Wie gedenkt die Kommission insgesamt das Problem der Nutzung der Wasserquellen auf den Inseln der Gemeinschaft zu lösen?

**Antwort von Herrn Millan
im Namen der Kommission**

(2. Dezember 1993)

Derzeit gibt es kein globales Programm zur Lösung des Problems der Valorisierung der Wasserressourcen auf den Kykladen und den Inseln des Dodekanes.

Die Gemeinschaft hat jedoch entsprechende Studien kofinanziert, beispielsweise eine sehr detaillierte Studie im Jahr 1990, sowie zahlreiche Arbeiten zur Valorisierung der Wasserressourcen auf mehreren dieser Inseln fördert. Diese Maßnahmen erfolgten insbesondere im Rahmen des Integrierten Mittelmeerprogramms für die Ägäis und des Operationellen Programms für die südliche Ägäis und sollen künftig fortgesetzt werden.

Die Kommission weist außerdem darauf hin, daß derartige Studien und Maßnahmen im Rahmen des Kohäsions-Finanzinstruments ⁽¹⁾ finanziell unterstützt werden können.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 79 vom 1. 4. 1993.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1911/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(15. Juli 1993)

(94/C 234/46)

Betrifft: Die Entwicklung der Armut

Die Zunahme der Armut unter Familien, insbesondere unter Alleinerziehenden und Behinderten sowie unter älteren Menschen in Europa erfordert die Ausarbeitung von Studien sowie die Zusammenstellung spezifischer einschlägiger statistischer Daten. Wie steht die Kommission zu dieser Frage?

**Antwort von Herrn Flynn
im Namen der Kommission**

(17. Dezember 1993)

Die Kommission verfolgt aufmerksam die Entwicklung der Fälle von Armut und sozialer Ausgrenzung in der Gemeinschaft. So hat sie am 23. Dezember 1992 eine Mitteilung „Auf dem Weg zur Europäischen Solidargemeinschaft den Kampf gegen die soziale Ausgrenzung intensivieren, die Eingliederung fördern“ ⁽¹⁾ verabschiedet, in der die möglichen Leitlinien für Gemeinschaftsinitiativen auf diesem Gebiet vorgestellt werden. Außerdem hat sie im Rahmen ihres mittelfristigen Aktionsprogramms zur wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung der am stärksten benachteiligten Personengruppen — bekanntgeworden als Pro-

gramm „Armut 3“ (1989—1994) ⁽²⁾ verschiedene Untersuchungen und statistische Arbeiten in Angriff genommen, um Ausmaß und Entwicklung dieses Problembereichs und die Lage verschiedener Bevölkerungskategorien im Hinblick darauf besser zu erfassen. Diese statistischen Arbeiten setzen einen umfangreichen Aufwand zur Vergleichbarmachung der vorhandenen nationalen Daten und die Lösung zahlreicher methodischer Schwierigkeiten voraus. Erste Ergebnisse sind in dem Zwischenbericht über die Umsetzung des Programms beschrieben, den die Kommission am 22. September 1993 veröffentlicht hat ⁽³⁾.

Was darüber hinaus die älteren Menschen betrifft, so legen die Berichte der Europäischen Beobachtungsstelle den Schwerpunkt auf den Lebensstandard der älteren Menschen in den einzelnen Mitgliedstaaten.

Darüber hinaus will die Kommission in ihrem nächsten Forschungsrahmenprogramm Forschungsarbeiten über die soziale Ausgrenzung entwickeln.

⁽¹⁾ Dok. KOM(92) 542 endg.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 224 vom 2. 8. 1989.

⁽³⁾ Dok. KOM(93) 435.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1914/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(15. Juli 1993)

(94/C 234/47)

Betrifft: Tierquälerei und Tötung von Tieren im Rahmen von Veranstaltungen

In einigen Mitgliedstaaten werden nach wie vor Tausende von Tieren im Rahmen von Veranstaltungen, Wettkämpfen und öffentlichen Spielen gequält und getötet. Beispiele hierfür sind Stierkämpfe, Hundekämpfe, Hahnenkämpfe sowie die öffentliche Zurschaustellung von an Ketten gebundenen Bären und Affen.

Beabsichtigt die Kommission, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit diese mit der Zivilisation unvereinbaren Praktiken in Europa de facto abgeschafft werden?

**Antwort von Herrn Steichen
im Namen der Kommission**

(1. Dezember 1993)

Wie sie bereits in früheren Antworten ⁽¹⁾ auf diesbezügliche Fragen festgestellt hat, möchte die Kommission ein weiteres Mal betonen, wie sehr sie solche blutigen und grausamen Veranstaltungen mißbilligt, die jedoch nicht in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaft fallen. Bei den Vorschlägen, die die Kommission im Rahmen ihrer Agrar- und Umweltpolitik zum Thema Tierschutz vorgelegt hat, war sie stets darum bemüht, bestmögliche Normen für das Wohlbefinden der Tiere durchzusetzen. Es besteht nicht die Absicht, solche Vorschriften für den Bereich der Tierkämpfe

einzuführen. Die Kommission kann nur erneut an die Regierungen der Mitgliedstaaten appellieren, daß sie sich für eine Einschränkung solcher Praktiken einsetzen.

Was die Zurschaustellung von an Ketten gebundenen Tieren anbelangt, so ist die Kommission in der Vergangenheit immer dann eingeschritten, wenn im Hinblick darauf mit Tieren gehandelt und folglich gegen die Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 3626/82 (geänderte Fassung) zur Anwendung des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und wild wachsender Pflanzen der Gemeinschaft ⁽²⁾ verstoßen wurde. Die Kommission kann nicht intervenieren, wenn die betreffenden Tiere nicht unter den Schutz dieser Verordnung fallen.

⁽¹⁾ Vgl. u. a. die gemeinsame Antwort auf die schriftlichen Anfragen Nrn. 2536/87 und 2547/87 (ABl. Nr. C 303 vom 28. 11. 1988) und Antwort auf die schriftliche Anfrage Nr. 1914/92 (ABl. Nr. C 16 vom 21. 1. 1993).

⁽²⁾ ABl. Nr. L 384 vom 31. 12. 1982.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1918/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(15. Juli 1993)

(94/C 234/48)

Betrifft: Entschädigungen für die Gemeinde Ampelakia im Verwaltungsbezirk Larisa

Im Laufe des Winters erlitten die Weinreben- und Olivenbaumbestände in der Gemeinde Ampelakia im Verwaltungsbezirk Larisa in erster Linie aufgrund des Frostes beträchtliche Schäden. Natürlich erwarteten die Einwohner dieser Gemeinde, daß eine wie auch immer geartete Einschätzung der Schäden erfolgen würde und daß sie irgendwelche Entschädigungen erhalten würden. Die Antwort der griechischen Behörden lautete jedoch, daß das Entschädigungsprogramm der Gemeinschaft 1992 ausgelaufen war.

Kann die Kommission mitteilen, ob eine Lösung gefunden werden kann und ob die Landwirte der Gemeinde Ampelakia eine Entschädigung für die Zerstörung ihrer Kulturen erhalten können?

Antwort von Herrn Steichen
im Namen der Kommission

(2. Dezember 1993)

Die Kommission prüft derzeit nach Maßgabe der im derzeitigen Gemeinschaftlichen Förderkonzept verfügbaren Mittel, ob in dem operationellen Agrarstrukturprogramm für Griechenland eine Verlängerung der Maßnahmen zur Entschädigung der durch Naturkatastrophen an Dauerkulturen entstandenen Schäden vorgesehen werden kann, um den Landwirten auch für die Schäden des Jahres 1993 eine Entschädigung gewährleisten zu können.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1919/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(15. Juli 1993)

(94/C 234/49)

Betrifft: Einhaltung gemeinschaftlicher Vorschriften durch griechische Wursthersteller

Einer Erklärung des Generaldirektors des Wurstherstellungsbetriebs Edesma-Titan AG, Herrn Dimitris Hatzigeorgiou, zufolge genügen nur zwei der insgesamt 400 griechischen Wursthersteller den gemeinschaftlichen Vorschriften. Welche Maßnahmen beabsichtigt die Kommission in dieser Frage zu ergreifen?

Antwort von Herrn Steichen
im Namen der Kommission

(2. Dezember 1993)

Alle Fleischerzeugnisse müssen in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Richtlinie 77/99/EWG des Rates zur Regelung gesundheitlicher Fragen bei der Herstellung und dem Inverkehrbringen von Fleischerzeugnissen und einigen anderen Erzeugnissen tierischen Ursprungs ⁽¹⁾ erzeugt werden.

Diese Erfordernisse gelten, soweit es den innergemeinschaftlichen Handelsverkehr betrifft, seit 1977. Mit der Richtlinie 92/5/EWG ⁽²⁾ wurden im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarktes auch die Inlandsmärkte in den Geltungsbereich der Richtlinie 77/99/EWG einbezogen. Um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten, sind dabei vorübergehende, aber auch permanente Ausnahmegestimmungen vorgesehen.

Nach den vorübergehenden Ausnahmegestimmungen haben die Betriebe bis zum 1. Januar 1996 Zeit, um die notwendigen strukturellen Verbesserungen zur Erfüllung der Kriterien dieser Richtlinie vorzunehmen.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 57 vom 2. 3. 1992.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1928/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(19. Juli 1993)

(94/C 234/50)

Betrifft: Aufnahme von Hypotheken bei ausländischen Banken

Auch nach dem 1. Januar 1993 gibt es keine gemeinschaftliche Vorschriften über den Schutz von Verbrauchern, die bei ausländischen Banken eine Hypothek aufnehmen wol-

len. Damit haben die Verbraucher keinerlei Sicherheit. Wann gedenkt die Kommission etwas zu tun, um diesen Mißstand zu beheben?

**Antwort von Herrn Vanni d'Archirafi
im Namen der Kommission
(14. Dezember 1993)**

Es trifft zu, daß die Zweite Bankrechtskoordinierungsrichtlinie 89/646/EWG ⁽¹⁾ seit dem 1. Januar 1993 die Hindernisse beseitigt hat, die einen Bürger der Gemeinschaft daran hinderten, ein Hypothekendarlehen bei einer Bank aufzunehmen, die nicht im Hoheitsgebiet seines Wohnsitzmitgliedstaates niedergelassen ist.

Derzeit sind zwei Fälle denkbar:

1. Das Darlehen wird für den Kauf oder den Bau von Wohneigentum bewilligt, das im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaates belegen ist, in dem der betreffende Staatsangehörige wohnhaft ist. In diesem Fall besteht für ihn keine Rechtsunsicherheit, da die Hypothek nach dem Recht dieses Mitgliedstaates eingetragen wird, das dem Verbraucher ohne weiteres zugänglich ist.
2. Das Darlehen wird für den Kauf oder den Bau von Wohneigentum bewilligt, das in einem anderen Mitgliedstaat als dem Wohnsitzmitgliedstaat des betreffenden Staatsangehörigen belegen ist. Auch in diesem Fall erfolgt die Eintragung der Hypothek nach dem Recht des Staates, in dem die Immobilie belegen ist (*lex rei sitae*). Der Verbraucher kann sich mühelos über den Inhalt dieser Rechtsvorschriften informieren. Auf jeden Fall erhält er genau den gleichen Schutz wie die in diesem Mitgliedstaat wohnhaften Verbraucher.

Unter diesen Umständen hält es die Kommission — vor allem auch in Anbetracht des Subsidiaritätsprinzips — nicht für erforderlich, Maßnahmen zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften über die Eintragung von Hypotheken auf Gemeinschaftsebene zu ergreifen.

In ihrem Dreijahresprogramm auf dem Gebiet der Verbraucherpolitik ⁽²⁾ hat die Kommission hingegen angekündigt, daß sie sich um die Vergleichbarkeit der Hypothekarzinsen bemühen werde.

⁽¹⁾ ABl. Nr. 386 vom 30. 12. 1989.

⁽²⁾ Dok. KOM(93) 378.

**SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1929/93
von Sotiris Kostopoulos (PSE)
an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften
(19. Juli 1993)
(94/C 234/51)**

Betrifft: Energiepreise

Ist die Kommission bemüht, in der ganzen Gemeinschaft vernünftige Preise für zu Heizzwecken und landwirtschaftlich genutzte Energie durchzusetzen?

**Antwort von Herrn Matutes
im Namen der Kommission**

(26. November 1993)

Erdgas

In der Empfehlung 83/230/EWG vom 21. April 1983 ⁽¹⁾ hat der Rat festgelegt und den Mitgliedstaaten empfohlen, daß die Preise und Tarife für Erdgas in der Gemeinschaft auf gemeinsame Grundsätze gestützt werden.

Die Preisbildung für Erdgas sollte vor allem eine bestmögliche Nutzung der Vorkommen und eine optimale Verteilung unter Berücksichtigung der Produktions-, Bezugs- und Vertriebskosten ermöglichen. Bei der Preisbildung sind die rationelle Energienutzung und der Marktwert von Erdgas im Verhältnis zu den Preisen der anderen konkurrierenden Energieträger zu berücksichtigen.

Die Verbraucherpreise für Erdgas sollten deshalb dem Marktwert im Verhältnis zum Preis der Substitutionsenergieträger möglichst nahe kommen und Einnahmen garantieren, die die Kosten für die Belieferung der Verbraucher decken.

Preise, die im Verhältnis zur Marktlage und zu den Kosten künstlich niedrig sind, wodurch bestimmte Verbrauchskategorien oder bestimmte Verwendungszwecke subventioniert und/oder eine Vergeudung begünstigt würden, sollten nicht angewandt werden.

Die Empfehlung wird im allgemeinen gut eingehalten. Die Kommission sah keine Notwendigkeit, die Kompetenz der Mitgliedstaaten bei der Festlegung der Preise und Tarife für Erdgas in Frage zu stellen.

Mineralölerzeugnisse

Im Rahmen der Preistransparenz verfolgt die Kommission jede Woche die Entwicklung der Preise für Mineralöle, die dem Endverbraucher in der Gemeinschaft berechnet werden. In Anbetracht der Kompatibilität der in den einzelnen Mitgliedstaaten geltenden Preisbildungssysteme mit dem EWG-Vertrag darf die Kommission nicht in die Preisbildung eingreifen.

Auf der Ebene der Preise einschließlich Steuern sind in der Richtlinie 92/82/EWG ⁽²⁾ vom 19. Oktober 1992 Verbrauchssteuermindestsätze für Mineralöle vorgesehen. Ferner ermöglicht die Richtlinie 92/81/EWG vom 19. Oktober 1992 ⁽²⁾ den Mitgliedstaaten die Anwendung der Steuerbefreiung oder teilweisen Senkung der Mindestsätze für Verbrauchssteuern auf Mineralölerzeugnisse unter anderem bei Arbeiten in Landwirtschaft oder Gartenbau.

Elektrizität

Bei der Beheizung von Haushalten muß darauf hingewiesen werden, daß der Preis der verbrauchten Elektrizität sehr stark schwankt. Die entscheidenden Faktoren sind nationale Tarife und die Merkmale der betreffenden Anlage (herkömmlicher Akkumulator „9 Stunden“, Akkumulator „2 Stunden“, direkte Heizung), aufgrund der Nachttarife und/oder Schwachlastzeiten genutzt werden können. Eine endgültige Antwort auf die Frage des Herrn Abgeordneten ist daher nicht möglich. Als Hinweis für eine Größenord-

nung sind nachstehend die Elektrizitätspreise (einschließlich Steuer) für Haushalte (1 200 kWh/Jahr) von Anfang 1992 aufgeführt. Es ist festzustellen, daß diese Preise zwischen 9,07 ECU/100 kWh (Italien) und 19,46 ECU/100 kWh (Deutschland) schwanken:

**Elektrizitätspreis (einschließlich Steuern) für Haushalte
(1 200 kWh/Jahr — 2/92)**

	<i>(In ECU/100 kWh)</i>
Belgien	19,11
Dänemark	16,44
Deutschland	19,46
Griechenland	9,54
Spanien	17,35
Frankreich	14,71
Irland	12,33
Italien	9,07
Luxemburg	15,19
Niederlande	12,28
Portugal	15,93
Vereinigtes Königreich	16,22

⁽¹⁾ ABL. Nr. L 123 vom 11. 5. 1983.

⁽²⁾ ABL. Nr. L 316 vom 31. 10. 1992.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1939/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(19. Juli 1993)

(94/C 234/52)

Betrifft: Schutz des Weinbaus

Das vielleicht schwerwiegendste Problem im Bereich des Pflanzenschutzes in Griechenland sind die Rebkrankheiten; unter diesen nehmen die Viruskrankheiten den wichtigsten Platz ein. Ein grundlegender Faktor für die Fortsetzung des Weinbaus in Griechenland ist die Produktion und Verwendung gesunden Saatguts. Beabsichtigt die Kommission angesichts dieser Tatsache, zusätzliche Maßnahmen zum Schutz des griechischen Weinbaus vor Krankheiten zu ergreifen?

**Antwort von Herrn Steichen
im Namen der Kommission**

(6. Dezember 1993)

Die Richtlinie 68/193/EWG ⁽¹⁾ über den Verkehr mit vegetativem Vermehrungsgut von Reben betrifft ausschließlich die Erzeugung von Rebenvermehrungsgut, das gewerbsmäßig in den Verkehr gebracht wird, nicht jedoch Nachbaupflanzgut der Winzer.

Diese Richtlinie mißt der Qualität des in der Gemeinschaft vermarkteten Vermehrungsguts große Bedeutung bei. Sie wurde mehrfach geändert, um dem wissenschaftlichen Fortschritt und der Entwicklung auf diesem Gebiet Rechnung zu tragen und um sicherzustellen, daß sie mit der Politik in Einklang steht, die die Gemeinschaft im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation für Wein (Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates) ⁽²⁾ betreibt.

Der Kommission ist jedoch klar, daß weitere Verbesserungen erforderlich sind; besonderes Augenmerk gilt daher Viren und anderen durch Veredelung übertragenen Krankheitserregern (Viroide, Mykoplasmen und Bakterien). Nach Auffassung von Wissenschaftlern und Weinspezialisten müssen die Behörden ebenso wie die Weinbauverbände die Winzer davon überzeugen, nur zertifiziertes Rebenvermehrungsgut zu verwenden.

Darüber hinaus hat die Kommission 1993 die gemeinschaftlichen Ringversuche zusammengefaßt, mit denen die Qualität des in der Gemeinschaft vermarkteten Vermehrungsmaterials geprüft wurde.

⁽¹⁾ ABL. Nr. L 93 vom 17. 4. 1968.

⁽²⁾ ABL. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1958/93

von John McCartin (PPE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(19. Juli 1993)

(94/C 234/53)

Betrifft: Besteuerung von Gebrauchtwagen in Irland

In ihrer Antwort auf meine mündliche Anfrage H-406/93 ⁽¹⁾ erklärte die Kommission, daß die Rechtmäßigkeit der von der irischen Regierung auf Gebrauchtwagen erhobenen künstlichen Steuer derzeit überprüft werde. Kann die Kommission mitteilen, ob sie ihre diesbezüglichen Untersuchungen abgeschlossen hat und ob sie diese Form der Besteuerung für einen Verstoß gegen das Gemeinschaftsrecht hält?

⁽¹⁾ Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Nr. 3-430 (April 1993).

**Antwort von Frau Scrivener
im Namen der Kommission**

(11. November 1993)

Nach den Informationen, die der Kommission derzeit über die irische Zulassungssteuer auf Kraftfahrzeuge vorliegen, scheint die Erhebung dieser Steuer auf Neuwagen nicht gegen Artikel 95 EWG-Vertrag zu verstoßen, da nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes in der Rechtssache 47/88, Kommission der Europäischen Gemeinschaften gegen Königreich Dänemark, vom 11. Dezember 1990 bei Fehlen einer inländischen Produktion keine schützende Wirkung vorliegen kann.

Was Gebrauchtwagen betrifft, so schreibt das Gemeinschaftsrecht nicht vor, daß die Mitgliedstaaten den realen Wert des Fahrzeugs als Besteuerungsgrundlage für diese Art von Steuer, die auf Gemeinschaftsebene nicht harmonisiert ist, zugrundelegen müssen.

Die Schätzung des Werts eines Fahrzeugs anhand von Tabellen wird immer ein wenig willkürlich sein, doch ist sie angesichts des breiten Spektrums steuerpflichtiger Gegenstände oft die einfachste Methode für die Bestimmung der Besteuerungsgrundlage. Eine solche Schätzung stützt sich auf den Durchschnittswert von Fahrzeugen. Nur wenn man die Besteuerungsgrundlage Modell für Modell, ja sogar Wagen für Wagen mit dem jeweiligen Kaufpreis vergleicht, kann man feststellen, ob die Kriterien für die Schätzung insgesamt mit diesem Durchschnittswert übereinstimmen.

Anzumerken ist, daß für die irische Steuer eine gleitende Tabelle zur Schätzung des Werts von Gebrauchtwagen verwendet wird, während beim dänischen System ungeachtet des Alters des Wagens ein Mindestsatz galt. Unter diesen Umständen läßt sich kaum der Schluß ziehen, daß das irische System zu einer übermäßigen Besteuerung von und Diskriminierung gegen Gebrauchtwagen aus anderen Mitgliedstaaten führt und somit gegen Artikel 95 des EWG-Vertrags verstößt. In einzelnen Fällen könnte allerdings eine Diskriminierung vorliegen, wenn nämlich nachgewiesen werden kann, daß ein bestimmtes Fahrzeug oder eine bestimmte Fahrzeugkategorie höher besteuert wird als vergleichbare Fahrzeuge, die sich bereits auf dem irischen Markt befinden.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1994/93

von Virginio Bettini (V)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(19. Juli 1993)

(94/C 234/54)

Betrifft: Ausstieg der italienischen und britischen Bahn aus dem Europäischen Gepäcktarif

Seit Frühjahr 1992 sind die italienische Bahn Ferrovie dello Stato und Großbritanniens British Railways nicht mehr dem Europäischen Gepäcktarif (TEB) angeschlossen, der europäischen Reisenden die Leistung eines europaweiten Gepäcktransports zu gleichen Tarifen gewährleistet.

Eine dieser Dienstleistungen ist zum Beispiel der Transport von unbegleitetem Reisegepäck, das auf Vorlage der Fahrkarte aufgegeben werden kann; diese Leistung ist sehr nützlich für diejenigen europäischen Bürger, die aus beruflichen oder familiären Gründen bzw. zu Studienzwecken oft umziehen müssen.

Für diejenigen, die aus Italien und Großbritannien ab- oder dorthin reisen, ist es jetzt nicht mehr möglich, die vom TEB gewährleisteten Dienste in Anspruch zu nehmen, es sei denn zu überzogenen Preisen.

Der aus Gründen der Kostenbeschränkung vollzogene Ausstieg Italiens und Großbritanniens aus dem TEB beeinträchtigt jedoch schwer das Angebot des gesamten europäischen Eisenbahnsystems und hält die Fahrgäste davon ab, mit der Bahn zu fahren.

Hat die Kommission daher schon etwas zur Wiederherstellung eines gemeinsamen europäischen Tarifsystems für Bahngepäck unternommen, das den europäischen Fahrgästen günstige und interessante Bedingungen bietet, und wenn ja, was?

**Antwort von Herrn Matutes
im Namen der Kommission**

(6. Dezember 1993)

Die Kommission hat die Ausführungen des Herrn Abgeordneten über die Gepäckbeförderung per Bahn zur Kenntnis genommen.

Die Zuständigkeit für Regelungen betreffend die Beförderung des Reisegepäckes liegt bei den mitgliedstaatlichen Bahnverwaltungen; die Kommission beabsichtigt nicht, diesbezügliche Rechtsvorschriften vorzuschlagen.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2007/93

von Anita Pollack (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(19. Juli 1993)

(94/C 234/55)

Betrifft: Luftverkehr

Die spanische Fluggesellschaft Iberia International Airlines unterhält als einzige Gesellschaft eine Fluglinie zwischen London und Santiago de Compostela, Spanien. Im Mai 1993 kostete der billigste voll flexible Flugschein 450 Pfund Sterling.

1. Hält die Kommission diesen Preis für vertretbar und kostengerecht?
2. Ist die Kommission überzeugt, daß Iberia hier nicht ihr Monopol ausnutzt und die Flugpreise auf einem hohen Niveau hält, um dadurch für andere Flugverbindungen einen finanziellen Ausgleich zu schaffen?

**Antwort von Herrn Matutes
im Namen der Kommission**

(6. Dezember 1993)

Gemäß den Verordnungen (EWG) Nr. 2408/92 und Nr. 2409/92⁽¹⁾ des Rates haben Luftfahrtunternehmen der Gemeinschaft freien Zugang zu Strecken des innergemeinschaftlichen Flugverkehrs und können ihre Tarife frei

festsetzen. Obgleich Iberia ein De-facto-Monopol auf der Strecke London—Santiago de Compostela haben mag, ist der Kommission nichts bekannt, was einen Wettbewerber daran hindern würde, diese Strecke ebenfalls zu bedienen und der Iberia mit seinen Preisen und seinem Service Konkurrenz zu machen.

Gemäß der Schutzklausel in Artikel 6 der Verordnung (EWG) Nr. 2409/92 kann ein Mitgliedstaat einen Grundpreis außer Kraft setzen, der im Verhältnis zu den langfristig voll zugewiesenen einschlägigen Kosten übermäßig hoch ist. Bezüglich des von Iberia auf der Strecke London—Santiago de Compostela berechneten Flugpreises haben die betroffenen Mitgliedstaaten von dieser Schutzklausel bislang keinen Gebrauch gemacht und ist die Kommission auch nicht aufgefordert worden, prüfend tätig zu werden. Nur wenn die Kommission gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2409/92 befaßt würde, könnte sie den betreffenden Flugpreis eingehend prüfen und sich zu seiner Angemessenheit äußern. Hierbei kann auch das Passagieraufkommen auf der betreffenden Strecke eine Rolle spielen; auf aufkommensschwachen Strecken ist den Verbraucherinteressen möglicherweise mehr mit dem Fortbestand des Flugdienstes gedient als mit der Untersagung eines zu hohen Flugpreises, durch die der betreffende Flugdienst insgesamt in Frage gestellt werden könnte.

(¹) ABl. Nr. L 240 vom 24. 8. 1992.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2019/93

von Karel Dillen (DR)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(23. Juli 1993)

(94/C 234/56)

Betrifft: Sprachgebrauch seitens der Kommissionsmitglieder

Es wird der Kommission nicht entgangen sein, daß viele Vertreter der zahlenmäßig kleineren Sprachgruppen im Europäischen Parlament über den Fortbestand und die Respektierung der strikten Sprachgleichheit gemäß Artikel 79 der Geschäftsordnung des Parlaments besorgt sind.

Die Beobachtung, daß Mitglieder der Kommission, die diesen kleineren Sprachgruppen angehören, sich im Europäischen Parlament häufig einer anderen Sprache bedienen, ist in dieser Hinsicht zumindest eigenartig. Ein Beispiel unter vielen: Der flämische, niederländischsprachige Kommissar Karel Van Miert bediente sich in der Plenartagung vom 28. Mai 1993 ausschließlich der französischen und englischen Sprache, sogar zur Beantwortung von Fragen niederländischsprachiger Abgeordneter.

Hält die Kommission es nicht für angebracht, daß ihre Mitglieder zum Zeichen der Achtung der Sprachenvielfalt in Europa sich beim Auftreten vor dem Europäischen Parlament grundsätzlich ihrer eigenen Sprache bedienen?

Antwort von Herrn Delors im Namen der Kommission

(18. November 1993)

Die Kommission erinnert den Herrn Abgeordneten daran, daß ihre Mitglieder, wenn sie in einem anderen Gemeinschaftsorgan das Wort ergreifen, einzig und allein dazu verpflichtet sind, in einer Amtssprache der Gemeinschaft zu sprechen.

Herr Van Miert bedient sich im Europäischen Parlament gewöhnlich der Sprache, von der er glaubt, daß sein Gesprächspartner sie am besten beherrscht.

Auf der Tagung vom 28. Mai 1993, auf die sich der Herr Abgeordnete bezieht, hatte Herr Van Miert unvorhergesehenweise für andere Kommissionsmitglieder das Wort zu ergreifen, für die die entsprechenden Dokumente in englischer oder französischer Sprache vorbereitet waren.

Diese Dokumente enthielten im wesentlichen technische Angaben, deren ad-hoc-Übersetzung unbefriedigend gewesen wäre.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2035/93

von Carlos Perreau de Pinninck Domenech (RDE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(23. Juli 1993)

(94/C 234/57)

Betrifft: Schwierigkeiten bei der Beteiligung spanischer Unternehmen der Agrarnahrungsmittelindustrie an der Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft zugunsten der Dritten Welt

Die Produkte der Agrarnahrungsmittelindustrie, die die Gemeinschaft als Nahrungsmittelhilfe in die Dritte Welt liefert, müssen bestimmten, durch Vorschriften geregelten Voraussetzungen genügen, welche die üblicherweise in Spanien hergestellten Produkte nicht immer erfüllen.

Kann die Kommission bestätigen, daß der Anteil der spanischen Agrarnahrungsmittelindustrie an den Ausschreibungen der Kommission im Jahr 1992 für Nahrungsmittelhilfe im Umfang von 33,331 Milliarden ECU nur 0,28 %, d. h. den 210. Teil des Anteils von Frankreich als hauptbegünstigtem Land oder rund ein Neuntel des Anteils von Irland betrug? Beabsichtigt die Kommission, falls dies zutrifft, geeignete Maßnahmen zur Beseitigung dieser Ungleichgewichte zu ergreifen?

Antwort von Herrn Marín im Namen der Kommission

(9. Dezember 1993)

Die Erzeugnisse der Nahrungsmittelindustrie, die die Gemeinschaft als Nahrungsmittelhilfe an andere Länder liefert, werden ausschließlich im Wege öffentlicher Aus-

schreibungen gekauft, die im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* erscheinen; letzteres wird noch am Tage der Veröffentlichung an die spanische Post zur Verteilung in Spanien weitergeleitet.

Die Normen für die Qualität und die Verpackung der Erzeugnisse werden von der Kommission festgesetzt⁽¹⁾. Diese Normen sind allen Lieferanten in der Gemeinschaft bekannt, auch den spanischen.

Nur bei ihren Sofortprogrammen greift die Kommission auf beschränkte Ausschreibungen zurück, in deren Rahmen sie im Hinblick auf einen möglichst großen Wettbewerb direkt mit Unternehmen Kontakt aufnimmt, die sich regelmäßig an Ausschreibungen beteiligt haben, sowie mit jedem anderen in der Gemeinschaft niedergelassenen Unternehmen, das in dieses Ausschreibungsverzeichnis aufgenommen werden möchte. Im allgemeinen gehen bei diesem System mehr Angebote ein, als bei dem sonst üblichen Verfahren.

Bei der Auftragsvergabe erhält außer in Ausnahmefällen (z. B. mangelnde Zuverlässigkeit des Lieferanten) stets das beste Angebot den Zuschlag.

Rund 15 % der Käufe werden in Entwicklungsländern getätigt. Dabei handelt es sich um Erzeugnisse, die auf dem europäischen Markt normalerweise nicht angeboten werden oder die aufgrund der Jahreszeit nicht in genügend großen Mengen zur Verfügung stehen oder zu teuer sind.

Der Kommission ist die geringe spanische Beteiligung an diesen Ausschreibungen bekannt; sie wird alles in ihrer Macht stehende tun, um dies zu ändern. Andererseits kann die Kommission natürlich auf keinen Fall vom Grundsatz unparteiischer, transparenter, allen Anbietern offenstehender Ausschreibungen mit freiem Wettbewerb abweichen.

Die Kommission arbeitet derzeit eine Veröffentlichung über ihre Nahrungsmittelhilfe und die entsprechenden Verfahren aus und wird diese an alle interessierten Stellen verteilen. Darüber hinaus plant sie, in der nächsten Zeit die Kontakte zu den Industrie- und Handelskammern und anderen Einrichtungen zu intensivieren, um die Ausschreibungsverfahren direkt und umfassend zu erläutern.

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2039/93

von Ian White (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(23. Juli 1993)

(94/C 234/58)

Betrifft: Verbundglas

Würde die Kommission die Einführung einer europäischen Norm erwägen, um zu gewährleisten, daß die gehärteten Qualitäten, die seit vielen Jahren bei bestimmten Verbundgläsern existieren, anerkannt werden und eine einheitliche Sicherheitsnorm als positive Maßnahme für Personen eingeführt wird, die diese Gläser benutzen?

Antwort von Herrn Bangemann im Namen der Kommission

(10. November 1993)

Im Bereich Gesundheit und Sicherheit ist die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips besonders wichtig; die Mitgliedstaaten sollten hier die Vorreiterrolle übernehmen. Die Kommission würde sich nur dann einschalten, wenn sich herausstellt, daß die Einführung einer europäischen Norm aufgrund unterschiedlicher nationaler Vorschriften unmöglich ist.

Der Kommission ist bekannt, daß die Glasindustrie im allgemeinen Vorbehalte hat gegenüber der Verwendung von Hartglas in Bereichen, in denen Lebensmittel bzw. viele Menschen betroffen sind. Hartglas ist in diesen Situationen gefährlicher, da die Splitter meist herumfliegen, wenn es zerbricht. Bei herkömmlichem Glas, das für die Herstellung von Trinkgläsern verwendet wird, ist die Gefahr umherfliegender Splitter beim Zerschlagen geringer. Vor der Verabschiedung einer Norm müßten die Sicherheitsaspekte von Glas eingehender geprüft werden.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2041/93

von Wilhelm Piecyk (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(23. Juli 1993)

(94/C 234/59)

Betrifft: EG-Fördermittel für Schleswig-Holstein

In welcher Höhe und für welche einzelnen Maßnahmen/Projekte sind in den Jahren 1991 und 1992 Mittel nach Schleswig-Holstein geflossen aus

1. dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE);
2. dem Europäischen Sozialfonds (ESF);
3. dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL)
 - Abteilung Garantie,
 - Abteilung Ausrichtung inklusive Umstrukturierung/Förderung Fischerei und Aquakultur;
4. den Forschungsprogrammen der Gemeinschaft;
5. den Programmen der Gemeinschaft im Sektor
 - Energie,
 - Umwelt;
6. Mitteln der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. der Europäischen Investitionsbank;
7. den Programmen der Gemeinschaft im Bereich der Förderung von Bildung, Ausbildung und Jugendaustausch;

8. den Programmen der Gemeinschaft in den Bereichen Soziales und Kultur;
9. aus sonstigen Programmen bzw. Haushaltstiteln der Gemeinschaft (z. B. Frauenförderung, Förderung sprachlicher/kultureller Minderheiten etc.)?

**Antwort von Herrn Delors
im Namen der Kommission**

(16. Dezember 1993)

Die Kommission wird dem Herrn Abgeordneten und dem Generalsekretariat des Parlaments ihre Antwort direkt übermitteln, da diese umfangreich ist und zahlreiche Tabellen enthält.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2044/93

von Robert Delorozoy (LDR)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(23. Juli 1993)

(94/C 234/60)

Betrifft: Handelsbeziehungen der Gemeinschaft mit den Ländern Mittel- und Osteuropas und Rußland

Seit einem Jahr hat die Gemeinschaft die Handelsabkommen mit den Ländern in Mittel- und Osteuropa (Ungarn, Polen, Tschechische und Slowakische Republik, Rumänien und Bulgarien) durch Assoziierungsabkommen ersetzt.

Mehrere Sektoren der französischen Industrie (Fernmeldewesen, Kabel, Eisen und Stahl, Chemie) haben sich auf eine aktive Zusammenarbeit eingelassen, damit diese Länder jetzt unter Bedingungen produzieren und verkaufen, die mit der Marktwirtschaft vereinbar sind.

Leider sind große Schwierigkeiten aufgrund des Betriebes von Industrieanlagen dieser Länder aufgetreten, die ohne Rücksicht auf Erwägungen der Selbstkostenpreise und die Regeln des Marktes geführt werden. Dies gilt insbesondere für Industriezweige wie Stahl, Düngemittel, Aluminium und natürliches Uranium.

Neue Gefahren zeichnen sich in den Bereichen metallverarbeitende Zulieferbetriebe, Gießerei, Holz und Papierverarbeitung ab.

Übrigens werden gemäß der Empfehlung der Kommission an den Rat für das Gipfeltreffen von Edinburgh, „die größtmögliche Flexibilität bei der Festlegung der Importkontingente für die Länder Mittel- und Osteuropas und beim Abbau der Abschöpfungen und Zollabgaben an den Tag zu legen“, die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Einfuhren aus diesen Ländern in die Gemeinschaft zu verstärken, außerdem ist ein Abbau der Tarife und Kontingente für sensible Erzeugnisse der Wirtschaft vorgesehen.

Es ist sogar eine große Freihandelszone in Europa vorgesehen, die die Gemeinschaft, die EFTA-Staaten und die Länder in Mittel- und Osteuropa vereinen soll.

Ohne den Grundsatz einer Öffnung unserer Märkte für die Erzeugnisse aus den Ländern Mittel- und Osteuropas zu beeinträchtigen, erscheint es hingegen notwendig, daß die Integration der Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas mit denen Westeuropas schrittweise und unter Berücksichtigung der industriellen und sozialen Gegebenheiten der Länder der Gemeinschaft erfolgt.

Welche Maßnahmen wurden getroffen:

1. um vor jedem Beschluß die Folgen in den betreffenden beruflichen Sektoren der Mitgliedstaaten zu analysieren;
2. um Wettbewerbsverzerrungen während der Zeit zu vermeiden, die die Länder Osteuropas dazu benötigen, um ihren effektiven Übergang zur Marktwirtschaft zu bewerkstelligen und ihre Netze umzustrukturieren;
3. um a priori und a posteriori die Einfuhren zu überwachen;
4. um von Zeit zu Zeit die Grundpreise für den Import von Erzeugnissen aus den Ländern Mittel- und Osteuropas zu aktualisieren;
5. um mit den Ländern Mittel- und Osteuropas für bestimmte sensible Erzeugnisse, wie z. B. Stahl, die Beibehaltung von zulässigen Importkontingenten während eines bestimmten Zeitraums erneut auszuhandeln.

**Antwort von Sir Leon Brittan
im Namen der Kommission**

(4. November 1993)

Mit sechs Ländern in Mittel- und Osteuropa (Ungarn, Polen, Tschechische Republik und Slowakische Republik, Rumänien und Bulgarien) hat die Gemeinschaft durch den Abschluß der Europa-Abkommen und der Interimsabkommen den Prozeß der Errichtung einer Freihandelszone eingeleitet.

1. In dem Wunsch, die derzeitigen Reformen in diesen Ländern zu unterstützen, hat der Europäische Rat von Kopenhagen beschlossen, den in diesen Abkommen vorgesehenen Zeitplan für die Beseitigung oder die Senkung der Einfuhrzölle der Gemeinschaft zu beschleunigen. Bekanntlich hat das Parlament in seiner Entschliebung vom 26. und 27. Mai die Vorschläge der Kommission in dieser Richtung begrüßt.

Bei den bisherigen Maßnahmen handelt es sich im wesentlichen um eine Verkürzung des Zeitraums für den Zollabbau für gewerbliche Waren um ein oder zwei Jahre und um die Einräumung der Agrarzugeständnisse sechs Monate früher als vorgesehen (ohne diese jedoch zu ändern). Obgleich diese von großer politischer Bedeutung sind, wurde dabei weitgehend die wirtschaftliche Situation innerhalb der Gemeinschaft berücksichtigt.

2. Die Europa-Abkommen und die Interimsabkommen enthalten Bestimmungen über Schutzmaßnahmen oder ein Eingreifen im Falle von Dumpingpraktiken im Einklang mit den GATT-Regeln. In diesen Abkommen verpflichten sich die assoziierten Länder, die gleichen Wettbewerbsregeln anzuwenden, wie sie in der Gemeinschaft gelten.

Die Kommission ist davon überzeugt, daß die Verbesserung des Zugangs zum Gemeinschaftsmarkt von ausschlaggebender Bedeutung ist für den Erfolg des schwierigen Übergangsprozesses in Mitteleuropa. Die Kommission ist ebenfalls entschlossen, im Falle unlauteren Wettbewerbs einzugreifen. Antidumpingmaßnahmen gelten derzeit gegenüber einem oder mehreren dieser Länder für zwölf Erzeugnisse. Weitere Fälle werden zur Zeit geprüft.

3. Die vorherige Überwachung der Stahleinfuhren wurde mit der Empfehlung 3772/92/EGKS vom 22. Dezember 1992 ⁽¹⁾ für 1993 fortgeschrieben. Die nachträgliche Überwachung dieser Einfuhren wurde mit der Entscheidung der Kommission 3773/92/EGKS vom 22. Dezember 1992 beibehalten.

Im Textilsektor sieht das Zusatzprotokoll zu den Europa-Abkommen (Beschluß 92/625/EWG des Rates vom 27. Dezember 1992 ⁽²⁾) besondere Maßnahmen für die Erzeugnisse vor, für die keine mengenmäßigen Beschränkungen mehr gelten. Diese Maßnahmen ermöglichen die Einführung eines Überwachungssystems und gegebenenfalls die vorübergehende Wiedereinführung von geeigneten Höchstmengen.

Für die anderen besonders empfindlichen gewerblichen Waren (ohne Stahl und Textilien) wurde ein System eingeführt, bei dem zwei Empfindlichkeitsgrade unterschieden werden:

- Für die Erzeugnisse, für die Zollkontingente gelten, werden die Zölle automatisch wiedereingeführt, wenn der Präferenzbetrag erreicht ist, und zwar im Rahmen einer täglichen, sehr stark informatisierten Verwaltung, die gemeinsam von der Kommission und den Mitgliedstaaten gewährleistet wird.
 - Für die Erzeugnisse, für die Zollplafonds gelten, können die Zölle von der Kommission nach einer fallweisen Beurteilung insbesondere anhand der Einfuhrstatistiken, die der Kommission von den Mitgliedstaaten monatlich mitgeteilt werden, in nicht automatischer Form wiedereingeführt werden.
4. Aktualisierte Basispreise für die Einfuhr von Stahlerzeugnissen wurden im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* Nr. C 98 vom 7. April 1993 veröffentlicht und werden jedesmal angepaßt, wenn dies nach der Preissituation gerechtfertigt ist.
5. Die Interimsabkommen, die nach befürwortender Stellungnahme des Europäischen Parlamentes mit den Ländern Mitteleuropas geschlossen worden sind, sehen die sofortige Abschaffung der mengenmäßigen Beschränkungen sowohl für Stahlerzeugnisse als auch für

die anderen gewerblichen Waren vor; eine Ausnahme bilden Textilien. Die Schutzklausel ermöglicht jedoch ein rasches und wirksames Handeln im Falle von Störungen auf dem Gemeinschaftsmarkt. So wurde 1993 mit der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik eine Kontingentregelung für die Einfuhr bestimmter EGKS-Erzeugnisse in die Gemeinschaft vereinbart, derzufolge höhere Zölle auf die Lieferungen erhoben werden, die die Kontingente übersteigen.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 383 vom 29. 12. 1992.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 410 vom 31. 12. 1992.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2069/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(23. Juli 1993)

(94/C 234/61)

Betrifft: Erhöhte Beförderungstarife der Luft- und Schifffahrtsgesellschaften: ein ernstes Problem für Familienreisen

Die hohen Beförderungstarife der Luftverkehrs- und mancher Schifffahrtsgesellschaften sind ein ernstes Problem für Familien, die auf Reisen gehen möchten. Besonders kinderreiche Familien, alleinerziehende Eltern und Familien mit Minderjährigen ohne Eltern sind meistens finanziell nicht in der Lage, diese Verkehrsmittel zu benutzen. Die einzige Lösung stellen hier Billigtarife zumindest für die sogenannten „benachteiligten“ Familien dar.

Hat sich die Kommission bereits mit diesem Problem beschäftigt und wie gedenkt sie zu dessen Lösung beizutragen?

**Antwort von Herrn Matutes
im Namen der Kommission**

(8. Dezember 1993)

Bei der Antwort auf die Frage des Herrn Abgeordneten ist zwischen dem Luftverkehrs- und dem Seeverkehrssektor zu unterscheiden.

Was zunächst den Luftverkehr anbelangt, wurde durch die am 1. Januar 1993 in Kraft getretene Verordnung (EWG) Nr. 2409/92 des Rates ⁽¹⁾ generell die freie Preisbildung im Luftverkehr innerhalb der Gemeinschaft, einschließlich der Inlandsstrecken der Mitgliedstaaten, eingeführt. Einzige Ausnahme von der freien Preisbildung bildet der Sonderfall der Flugtarife, die aufgrund gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen im Sinne des Artikels 4 der ebenfalls am 1. Januar 1993 in Kraft getretenen Verordnung (EWG) Nr. 5408/92 des Rates ⁽¹⁾ festgesetzt werden.

Der durch die Verordnung (EWG) Nr. 2408/92 vorgesehene freie Marktzugang dürfte sich in Zukunft dahingehend auswirken, daß auf den Strecken, auf denen die Flugtarife im

Vergleich zu den Kosten übermäßig hoch erscheinen, neue Luftfahrtunternehmen auftreten dürften. Darüber hinaus wird den Mitgliedstaaten und — in bestimmten Fällen — der Kommission gemäß den Artikeln 6 und 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2409/92 die Möglichkeit eingeräumt, Grundpreise außer Kraft zu setzen, die im Verhältnis zu den langfristig voll zugewiesenen Kosten der betreffenden Luftfahrtunternehmen zum Nachteil der Benutzer übermäßig hoch sind. Bei der Kommission wurden bisher keine Beschwerden bezüglich bestimmter Flugtarife in Griechenland eingelegt.

Was danach den Seeverkehr anbelangt, dürfte sich die Verordnung (EWG) Nr. 3577/92 vom 7. Dezember 1992 ⁽²⁾ zur Anwendung des Grundsatzes des freien Dienstleistungsverkehrs auf den Seeverkehr in den Mitgliedstaaten (Seekabotage) ebenfalls in einer verschärften Konkurrenz auf den innerstaatlichen Märkten niederschlagen und Preissenkungen bewirken. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß nach der Verordnung Verträge über Verkehrsdienste aufgrund von Verpflichtungen des öffentlichen Dienstes bis zu ihrem Ablaufdatum gültig bleiben und für die fünf südlichen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zeitweilige Ausnahmeregelungen gelten. Artikel 6 der Verordnung sieht vor, daß die Linienpassagier- und -fährdienste im Festland- und Inselverkehr in diesen Ländern bis zum 1. Januar 1999 von der Anwendung der Verordnung ausgenommen werden. Aus Gründen des sozioökonomischen Zusammenhalts wird die vorstehende Sonderregelung im Falle Griechenlands für Linienpassagier- und -fährdienste sowie für Beförderungsdienstleistungen durch Schiffe von weniger als 650 BRZ im Inselverkehr bis zum 1. Januar 2004 verlängert. Durch diese Ausnahmeregelungen wird sich der freie Marktzugang für andere Betreiber verzögern, doch ermöglichen sie den Mitgliedstaaten, deren Kabotagemärkte bisher geschützt waren, eine leichtere Umstellung auf die Liberalisierung.

Die Vorschriften der Verordnung enthalten jedoch keinen Hinweis auf die Tarife.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 240 vom 24. 8. 1992.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 364 vom 12. 12. 1992.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2072/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(23. Juli 1993)

(94/C 234/62)

Betrifft: Inanspruchnahme von Mitteln aus bereits abgelaufenen Gemeinschaftsprogrammen durch die Nationale Fürsorgeorganisation

Gemäß einer Meldung der Zeitung *Pontiki* vom 20. Mai 1993 soll die Nationale Fürsorgeorganisation nachträglich eine Lieferung von Ausrüstungsgegenständen in Höhe von mehreren Millionen Drachmen bestellt haben, um Mittel aus Gemeinschaftsprogrammen zu verbrauchen, die bereits am 31. Dezember 1991 abgelaufen waren. Zur formellen Richtigstellung wurden Rechnungen ausgestellt, die mit

dem Datum des Tages, an dem die Programme ablaufen, versehen sind. Wird die Kommission sich für eine Prüfung dieser Angelegenheiten einsetzen?

Antwort von Herrn Millan
im Namen der Kommission

(7. Dezember 1993)

Der Kommission ist nicht bekannt, daß die Strukturfonds zugunsten der Nationalen Sozialversicherungsanstalt Griechenlands (IKA) Maßnahmen finanziert haben, die am 31. Dezember 1991 abgelaufen sein sollen.

Hingegen wurden insbesondere im Rahmen des Integrierten Mittelmeerprogramms „Informatik“ und einiger Regionalprogramme verschiedene Maßnahmen zugunsten der IKA beschlossen. Die Frist für die entsprechenden rechtlichen Verpflichtungen seitens der griechischen Behörden reicht aber über den 31. Dezember 1991 hinaus (in der Regel bis zum 31. Dezember 1993).

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2078/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(23. Juli 1993)

(94/C 234/63)

Betrifft: Fälle von Betrügereien, bei denen Verantwortliche für den Verkehr mit und die Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vor Gericht gebracht wurden

Kann die Kommission uns mitteilen, wieviele Fälle von Betrügereien, bei denen Verantwortliche für den Verkehr mit und die Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vor Gericht gebracht wurden, in letzter Zeit zu verzeichnen waren? Wieviele davon entfielen auf Griechenland und auf welche landwirtschaftlichen Erzeugnisse bezogen sie sich?

Antwort von Herrn Schmidhuber
im Namen der Kommission

(11. November 1993)

Die Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinzahlung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 ⁽¹⁾, begründet für die Mitgliedstaaten in Artikel 5 die Verpflichtung, die Kommission über die Verfahren, die infolge der nach Artikel 3 mitgeteilten Unregelmäßigkeiten eingeleitet wurden, zu unterrichten und die Verwaltungs- oder Gerichtsbeschlüsse mit Bezug auf die Unregelmäßigkeiten oder die Hauptpunkte der Beschlüsse über den Abschluß dieser Verfahren

zu übermitteln. Der Kommission wurden seit dem Inkrafttreten dieser Verordnung von allen Mitgliedstaaten insgesamt 31 Fälle, die Gegenstand eines Gerichtsverfahrens sind, zur Kenntnis gebracht.

Die beiden in Griechenland durchgeführten Verfahren betreffen den Weinbau und den Getreidebereich.

(¹) ABl. Nr. L 67 vom 13. 3. 1991.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2088/93

von Florus Wijsenbeek (LDR)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(23. Juli 1993)

(94/C 234/64)

Betrifft: Durchführung von Artikel 4 der Vogelschutzrichtlinie

Hat die Kommission Kenntnis von einem Artikel in der Zeitschrift *Nederlandse Jager* Nr. 11 von 1993, in der die verhängnisvollen Auswirkungen des Verbots der Jagd auf Kiebitze, Uferschnepfen und Austernfischer in Naturschutzgebieten dargelegt werden?

Kann die Kommission auch im Hinblick auf die ausführliche Antwort vom 27. Mai 1993 auf die schriftlichen Anfragen Nrn. 1710/92 (¹) und 3135/92 (²) mitteilen, ob sie den in diesem Artikel vertretenen Standpunkt teilt.

Ist die Kommission nicht der Ansicht, daß das von der Vereniging Natuurmonumenten verhängte Jagdverbot negative Auswirkungen auf den Erhaltungsstatus der genannten Vogelarten in der Europäischen Gemeinschaft gehabt hat, da die Niederlande für die genannten Arten ein wichtiger, wenn nicht gar der wichtigste Brutplatz in ganz Europa sind?

Ist die Kommission bereit, bei der Vereniging Natuurmonumenten zu intervenieren, um den Vogelbestand vor einem weiteren Rückgang zu bewahren und das Jagdverbot aufheben zu lassen?

(¹) ABl. Nr. C 258 vom 22. 9. 1993, S. 7.

(²) ABl. Nr. C 185 vom 7. 7. 1993, S. 29.

**Antwort von Herrn Paleokrassas
im Namen der Kommission**

(17. Dezember 1993)

Nach Angaben der niederländischen Regierung ist der Rückgang der Kiebitze, Uferschnepfen und Austernfischer in dem an das Fochteloërveen angrenzende landwirtschaftlich genutzte Gebiet auf eine Intensivierung der Landwirtschaft zurückzuführen und daher kein Beweis dafür, daß zwischen dem Rückgang dieser Vogelarten und dem Verbot der Fuchsjagd in dem Naturschutzgebiet ein Zusammenhang besteht.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2092/93

von Jessica Larive (LDR)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(23. Juli 1993)

(94/C 234/65)

Betrifft: Krankenversicherungen und Binnenmarkt

Der Binnenmarkt ist zum 1. Januar 1993 verwirklicht worden, dadurch wurde der freie Dienstleistungsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten ermöglicht. Es ist denkbar, daß es zu einer Zunahme der Zahl von Personen kommen wird, die sich in einem anderen Mitgliedstaat niederlassen, entweder auf Dauer oder vorübergehend (dabei wird beispielsweise an die Zahl der älteren Menschen gedacht, die sich nach der Pensionierung in einem wärmeren Land niederlassen).

Teilt die Kommission die Auffassung,

1. daß die Krankenkassen und private Versicherungsgesellschaften die Krankheitskosten ihrer Kunden in ganz Europa übernehmen müssen;
2. daß bestimmte Vorschriften wie die Erstattung der entstandenen Kosten in einem Radius von beispielsweise 40 Kilometern oder die Bestimmung, daß in dem betreffenden Land, in dem die Versicherung abgeschlossen wurde, das notwendige Fachwissen nicht vorhanden ist, einem freien Dienstleistungsverkehr im Weg stehen und somit eine Verletzung der europäischen Rechtsvorschriften darstellen?
3. Falls ja, ist in diesem Bereich mit Maßnahmen der Kommission zu rechnen?

**Antwort von Herrn Flynn
im Namen der Kommission**

(21. Dezember 1993)

Private Versicherungsgesellschaften können nicht zur Übernahme der Krankheitskosten in der gesamten Gemeinschaft verpflichtet werden. Die Versicherungsgesellschaften und ihre Kunden können daher in den Versicherungsverträgen die Erstattung von Kosten auf bestimmte Leistungen beschränken, die sie von in einem bestimmten Land niedergelassenen Leistungserbringern erhalten.

Die Kommission betrachtet diese restriktiven Bedingungen nicht als eine Behinderung des freien Dienstleistungsverkehrs; in der Tat sollte der freie Dienstleistungsverkehr zu verbesserten Auswahlmöglichkeiten der Versicherten führen, die nun fordern können, daß ihre Versicherung das gesamte Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten abdeckt.

Die Kommission prüft jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Auswirkungen der privaten Krankenversicherung auf den freien Personenverkehr in der Gemeinschaft. Die Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und Nr. 574/72 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, enthalten bereits Vorschriften, die es

Pensions- und Rentenempfängern ermöglichen, Leistungen im Krankheitsfall (Krankenpflege) in dem Mitgliedstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben, gemäß den Bestimmungen dieses Mitgliedstaates und Sachleistungen entweder von dem zuständigen Staat oder dem Staat, in dem sie ihren Wohnsitz haben, zu erhalten (Abschnitt 5 des Kapitels 1, Teil III der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71).

Diese koordinierenden Bestimmungen betreffen jedoch nur die gesetzlichen Sozialversicherungssysteme und nehmen die Privatsysteme oder die vertraglichen Privatversicherungen aus. Die Notwendigkeit einer erneuten Risikoabdeckung der privaten Krankenversicherung bei Wechsel des Aufenthaltslandes kann in gewissen Fällen die Freizügigkeit der Personen beeinträchtigen. Die Kommission beabsichtigt, dem Rat, dem Europäischen Parlament und dem Wirtschafts- und Sozialausschuß eine Mitteilung über dieses Problem vorzulegen.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2100/93

von Renzo Imbeni (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(23. Juli 1993)

(94/C 234/66)

Betrifft: Frieden auf dem Balkan

Vor drei Jahren, d. h. vor und nach dem Fall der Berliner Mauer, faßte der Präsident der Kommission die strategischen Zielsetzungen der Gemeinschaft folgendermaßen zusammen: Einigung und Integration im Westen, Demokratisierung im Osten.

Die Zeit nach Maastricht und die kriegerischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien und in der ehemaligen Sowjetunion sind unmißverständliche Hinweise auf die Krise, die dieser Prozeß durchmacht. Damit die Europäische Union ihre Glaubwürdigkeit wiedererlangen kann, muß endlich die oberste Priorität in den Vordergrund treten: der Friede auf dem Balkan. Die Zukunft Europas, nicht nur der Gemeinschaft, sondern des gesamten Kontinents, und die Zukunft der Beziehungen zwischen Europa, den Vereinigten Staaten und den anderen Kontinenten hängt von der Fähigkeit Europas ab, dem Krieg auf dem Balkan ein Ende zu machen.

Die Kommission muß eine ausdrücklich kritische Haltung gegenüber den Regierungen jener Länder einnehmen, die nationale Interessen höher bewertet haben als internationale. Jede Drohung mit militärischen Interventionen ist absurd und überflüssig, wenn nicht gleichzeitig der Wille oder die Möglichkeit vorhanden ist, ein Embargo konsequent durchzusetzen, um den Nachschub von Kriegsgütern für die kriegführenden Balkanländer zu verhindern.

Sobald die Kommission entschlossen und eindeutig zu erkennen gibt, daß sie diese Priorität unterstützt, wird sie in Einklang mit dem Europäischen Parlament und der euro-

päischen Öffentlichkeit stehen. Sie wird dann auch in den Bereichen Soziales und Demokratie glaubwürdiger erscheinen.

**Antwort von Herrn Van den Broek
im Namen der Kommission**

(14. Dezember 1993)

Die Kommission teilt die Auffassung des Herrn Abgeordneten, daß dem Frieden auf dem Balkan für die Stabilität und den Frieden auf dem gesamten europäischen Kontinent eine große Bedeutung zukommt.

Die Kommission setzt ihre Bemühungen fort, die von Kommissionspräsident Delors nach dem Fall der Berliner Mauer vorgezeichneten Ziele zu verwirklichen. Seither hat die Kommission mit Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien, der Slowakei und der Tschechischen Republik Europa-Abkommen ausgehandelt und unterzeichnet. Außerdem erklärte der Europäische Rat auf seiner Tagung vom 21. und 22. Juni 1993 in Kopenhagen seine Bereitschaft, die beitragswilligen assoziierten Länder in Mittel- und Osteuropa in die Europäische Union aufzunehmen, sobald sie die Voraussetzungen dafür erfüllen. Ferner wurden Kooperationsabkommen mit Albanien und Slowenien unterzeichnet.

Alle diese Abkommen und die Hilfe der Gemeinschaft (PHARE, allgemeine Finanzhilfe) tragen dazu bei, die Umstrukturierung der Wirtschaft und die Demokratisierung in diesen Ländern zu unterstützen. Damit leistet die Gemeinschaft auch einen Beitrag zum Frieden und zur Stabilisierung auf dem Balkan.

Noch vor Inkrafttreten der sechs Europa-Abkommen hatte die Kommission bereits den in den Abkommen vorgesehenen Politikdialog mit den sechs Vertragspartnern in Mittel- und Osteuropa eingeleitet. Dadurch haben diese die Möglichkeit, sich zu der Entwicklung der bilateralen Beziehungen und den verschiedenen internationalen Problemen zu äußern, die für beide Seiten von Interesse sind.

Wie der Herr Abgeordnete, so bedauert auch die Kommission die kriegerischen Auseinandersetzungen in den Gebieten des ehemaligen Jugoslawiens und der ehemaligen Sowjetunion. Die Europäische Politische Zusammenarbeit soll ebenfalls verhindern, daß einzelne Regierungen ihre nationalen Interessen über die internationalen stellen.

Zur Einhaltung des Embargos gegen Serbien-Montenegro hat die Kommission insofern beigetragen, als sie den Koordinator der Sanktionen aufgenommen und den Ausschuß zur Koordinierung der Sanktionen finanziell und personell unterstützt hat.

Die Kommission wird sich auch weiterhin mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln um Frieden, Stabilität und Vereinigung in Europa im allgemeinen und insbesondere auf dem Balkan bemühen und hofft, auf diese Weise mit dem Parlament und der europäischen Öffentlichkeit im Einklang zu bleiben.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2109/93von **Sotiris Kostopoulos (PSE)**

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(26. Juli 1993)

(94/C 234/67)

Betrifft: Maßnahmen zur Unterstützung der ländlichen Gemeinschaften in der Umgebung der Nationalparks

Könnte die Kommission in Anbetracht dessen, was die ländlichen Gemeinschaften, die in der Umgebung der Nationalparks der Mitgliedstaaten leben, zum Schutz und zur Verbesserung der Umwelt beitragen, gemeinschaftliche Maßnahmen für die Unterstützung und die Verbesserung des Lebensstandards dieser Gemeinschaften vorschlagen?

**Antwort von Herrn Steichen
im Namen der Kommission**

(10. November 1993)

Die Kommission ist der Auffassung, daß die Maßnahmen zur Unterstützung der von dem Herrn Abgeordneten genannten ländlichen Gemeinschaften gegebenenfalls Gegenstand der agrarstrukturpolitischen Vorschläge sein könnten, die von den Mitgliedstaaten vorzulegen sind, um dann im Rahmen der Partnerschaft als Grundlage für die Erstellung der Gemeinschaftlichen Förderkonzepte und der Programme für den neuen Strukturzeitraum 1994—1999 zu dienen.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2115/93von **Sotiris Kostopoulos (PSE)**

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(26. Juli 1993)

(94/C 234/68)

Betrifft: Griechische Weinproduktion

Die Lage auf dem griechischen Weinmarkt ist problematisch, da die großen Lagerbestände (fast die Hälfte der griechischen letztjährigen Erzeugung, d. h. mehr als 240 000 Tonnen) die Preise drücken und große Probleme für die neue Ernte schaffen, die ebenfalls einen Anstieg aufweist.

Um der Lage Herr zu werden, fordern die griechischen Weinerzeuger eine Reihe von Maßnahmen. So fordert zum Beispiel der griechische genossenschaftliche Dachverband der Weinerzeuger, Keosoe, daß:

1. griechische Weinexporte finanziell unterstützt werden;
2. die gemeinschaftlichen Subventionen auf Weinexporte in Drittländer ausgeweitet werden und
3. für zur Destillation bestimmten Wein Subventionen gewährt werden.

Beabsichtigt die Kommission angesichts dieser Tatsachen, Maßnahmen zur Bewältigung der Probleme der griechischen Weinerzeuger zu ergreifen, und wenn ja, welche?

**Antwort von Herrn Steichen
im Namen der Kommission**

(6. Dezember 1993)

Die Interventionsmaßnahmen für den Weinsektor werden jeweils zu Beginn eines Wirtschaftsjahres auf Basis der vorläufigen Vorausschätzungsbilanz festgelegt, die ihrerseits anhand der offiziellen Mitteilungen der Mitgliedstaaten erstellt wird.

So weisen die von den griechischen Behörden mitgeteilten und bisher noch nicht berichtigten Zahlen für das Wirtschaftsjahr 1992/93, ausgehend von der Erzeugung, den Beständen und dem voraussichtlichen Verbrauch einen Bestandsrückgang um nahezu 600 000 Hektoliter aus, was aber anscheinend nicht den Tatsachen entspricht.

Einmal abgesehen von diesen Zahlen weiß die Kommission, daß es überall in der Gemeinschaft hohe strukturelle Überschüsse gibt und daß die konjunkturellen Maßnahmen, wie sie der Herr Abgeordnete fordert und wie sie bereits zum Teil bestehen, also Ausfuhrerstattungen sowie vorbeugende und Stützungsdestillation, nicht ausreichen, um ein dauerhaftes Gleichgewicht auf dem Weinmarkt herzustellen.

Die Kommission hat daher entsprechend ihren Zusagen eine Mitteilung über die Zukunft der Weinbaupolitik ⁽¹⁾ erstellt. Sie sieht darin als wichtigstes Instrument für eine Reform dieses Sektors eine geordnete Anpassung des Produktionspotentials im Rahmen mehrjähriger regionaler Anpassungsprogramme für die Weinwirtschaft vor.

⁽¹⁾ Dok. KOM(93) 380 endg.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2120/93von **Anita Pollack (PSE)**

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(26. Juli 1993)

(94/C 234/69)

Betrifft: EAGFL-Beihilfe für einen Betrieb zur Verarbeitung von Eiern aus Batteriehaltung

Trifft es zu, daß im Rahmen des Europäischen Ausrichtung- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) eine Beihilfe von rund 200 000 ECU für eine Geflügelfarm mit Batteriehaltung und Eierverarbeitungsbetrieb vergeben wurde, den das Unternehmen Horizon Poultry Farms auf einem Gelände bei Corby, Northhamptonshire (VK) errichten will, das zu einem Gebiet von besonderem landschaftlichen Reiz erklärt wurde?

Wie läßt sich die Unterstützung dieses Vorhabens rechtfertigen, da zum einen das fragliche Gelände Teil eines

schützenswerten landschaftlichen Gebiets ist, und da sich zum anderen der Veterinärausschuß der Europäischen Gemeinschaft gegen Geflügelfarmen mit Batteriehaltung ausgesprochen hat?

**Antwort von Herrn Steichen
im Namen der Kommission**

(29. Oktober 1993)

Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 866/90 u. a. für einen Sortierungs- und Verpackungsbetrieb für Eier in Corby, Northamptonshire, eine Beihilfe aus dem EAGFL beantragt.

Für Fragen im Zusammenhang mit der Umweltverträglichkeit und der Landschaftspflege an einem bestimmten Standort sowie für die Einhaltung besonderer diesbezüglicher Bedingungen sind die Planungsbehörden der Mitgliedstaaten zuständig.

Der EAGFL gewährt keine Beihilfe für einen Eierproduktionsbetrieb an diesem Standort. Darüber hinaus wurde der Kommission mitgeteilt, daß etwa 35 % des Durchsatzes der Verpackungsanlage aus Nichtbatteriehaltungsbetrieben stammen.

Was den Bericht des Wissenschaftlichen Veterinärausschusses anlangt, so ist die Problematik komplexer als in der Anfrage des Herrn Abgeordneten dargelegt, da der Ausschuß darauf hingewiesen hat, daß auch einige alternative Produktionssysteme mit Nachteilen für die Tiere verbunden sind. Die Kommission wird den Bericht genau prüfen, bevor sie über mögliche weitere geeignete Maßnahmen beschließen wird.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2132/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(26. Juli 1993)

(94/C 234/70)

Betrifft: Anpassung des griechischen Umweltrechts an die entsprechenden Gemeinschaftsvorschriften

Die Anpassung des griechischen Umweltrechts an die entsprechenden Gemeinschaftsvorschriften weist große und vielfältige Mängel auf. Am schwerwiegendsten ist die verzögerte Veröffentlichung der notwendigen Verordnungsakte, aber auch die lückenhafte Durchführung der erforderlichen Maßnahmen. Dies ist die Hauptschlußfolgerung einer Konferenz, die kürzlich von der Abteilung Politische Wissenschaften und Öffentliche Verwaltung der Universität Athen in Zusammenarbeit mit der griechischen Sektion des World Wildlife Fund und mit Unterstützung der Kommission veranstaltet worden ist.

Gemäß den Schlußfolgerungen der Tagung ist es u. a. erforderlich, zunächst das nationale und das gemeinschaft-

liche Umweltrecht zu kodifizieren und schließlich eine besondere Broschüre herauszugeben, die in einfacher Form die Rechte des Bürgers im Bereich des Umweltschutzes beschreibt. Wie gedenkt die Kommission ihr Interesse daran zu bekunden, daß Griechenland im Bereich des Umweltschutzes nicht den übrigen Mitgliedstaaten hinterherhinkt?

**Antwort von Herrn Paleokrassas
im Namen der Kommission**

(29. November 1993)

Als Hüterin der Verträge wacht die Kommission über die gute Umsetzung der Gemeinschaftsrichtlinien innerhalb der vorgesehenen Fristen.

Sofern ein Mitgliedstaat seine nationalen Durchführungsmaßnahmen für die Gemeinschaftsvorschriften nicht rechtzeitig mitteilt, leitet die Kommission das in Artikel 169 EWG-Vertrag vorgesehene Verfahren ein, das zur Feststellung durch den Gerichtshof führen kann, daß der betreffende Mitgliedstaat gegen die Verpflichtungen aus dem Vertrag verstoßen hat. Das gleiche Verfahren wird im Falle einer nicht ordnungsgemäßen Umsetzung einer Akte der Gemeinschaftsgesetzgebung angewandt.

In Ausübung der ihr mit Artikel 169 übertragenen Befugnisse zur Umsetzung der Richtlinien sorgt die Kommission für eine gute und ordnungsgemäße Umsetzung dieser Richtlinien in die Rechtsordnung aller Mitgliedstaaten.

Diese Bestimmungen und Befugnisse gelten auch für den Bereich Umweltschutz.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2139/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(26. Juli 1993)

(94/C 234/71)

Betrifft: Besteuerung der griechischen Landwirte

Die Gleichbehandlung ist eine grundlegende Voraussetzung für die erfolgreiche Anwendung steuerlicher Maßnahmen. Die Absicht der griechischen Regierung, die Landwirte stärker zu besteuern, gewährleistet keine gerechtere Verteilung der Steuerlast unter den Bürgern, wenn Freiberufler mit hohem Einkommen mit Duldung der griechischen Behörden steuerflüchtig sind (oder von den Steuern befreit werden), während die Einkommen von 91 % der landwirtschaftlichen Bevölkerung Griechenlands unterhalb des Existenzminimums liegen.

Wird die Kommission in Erwägung dessen und der Tatsache, daß die griechischen Landwirte auf der Grundlage des Bruttoeinkommens besteuert werden, fordern, daß das Einkommen der Landwirte die gleiche steuerliche Behandlung erfährt wie das der Freiberufler und der abhängig Beschäftigten?

**Antwort von Frau Scrivener
im Namen der Kommission**
(14. Dezember 1993)

Die Einkommensteuer unterliegt innerstaatlichem Recht. Beim gegenwärtigen Stand seiner Entwicklung steht das Gemeinschaftsrecht nicht der Anwendung der einzelstaatlichen Vorschriften für die Einkommensteuer der natürlichen Personen entgegen, sofern diese Vorschriften die entsprechenden Grundsätze und Grundfreiheiten des EG-Vertrags gewährleisten.

Deswegen können die griechischen Behörden nach Ansicht der Kommission ohne weiteres die Modalitäten festlegen, die sie zur Besteuerung der Landwirte für notwendig halten.

Nach den der Kommission vorliegenden Angaben ist nicht anzunehmen, daß die Einkommensbesteuerung der griechischen Landwirte eine Verletzung des EG-Vertrags darstellt.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2145/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(26. Juli 1993)

(94/C 234/72)

Betrifft: Beihilfen für Olivenöl

Eine geänderte Form der Beihilfen für Olivenöl fordern die Erzeuger aus Melivoia bei Larissa. Sie fordern die Zuschüsse auf der Grundlage der tatsächlich erzeugten Mengen in Kilogramm und die Abschaffung der Unterscheidung zwischen Groß- und Kleinerzeugern sowie, daß bei der Festlegung der Beihilfen die Ölbaumanbauzonen kein entscheidendes Kriterium mehr sein sollen.

Kann die Kommission in dem Bewußtsein, daß das geltende System den Olivenölerzeugern nur für 30 bis 50 % ihrer Produktion Beihilfen verschafft, so daß sie erhebliche Einkommensverluste erleiden, mitteilen, ob die Olivenöl-Verordnungen geändert werden können?

**Antwort von Herrn Steichen
im Namen der Kommission**
(1. Dezember 1993)

Die Kommission prüft derzeit, inwieweit sich das Verfahren zur Berechnung der Beihilfe für die Olivenölerzeugung vereinheitlichen läßt. Es hängt vom Ergebnis dieser Prüfung ab, ob sie dem Rat möglicherweise entsprechende Vorschläge unterbreiten wird.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2158/93

von Carmen Llorca Vilaplana (PPE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(26. Juli 1993)

(94/C 234/73)

Betrifft: Radwanderwege

In verschiedenen Gegenden Spaniens liegen Pläne für den Ausbau von Radwanderwegen, deren Streckenführung und Nutzung vor (beispielsweise Art des Belags, Wartung und sehenswerte Landschaften). Gibt es hierfür in anderen Mitgliedstaaten Durchführungsvorschriften bzw. Kriterien oder Beispiele?

**Antwort von Herrn Matutes
im Namen der Kommission**

(8. Dezember 1993)

Die Bereitstellung von Radwanderwegen ist eine Angelegenheit, die am besten auf regionaler oder kommunaler Ebene behandelt wird. Für die nationalen Vorschriften und Normen sind die Behörden in den Mitgliedstaaten zuständig. Die Kommission beabsichtigt nicht, Rechtsvorschriften auf diesem Gebiet zu erlassen.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2170/93

von Christine Oddy (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(28. Juli 1993)

(94/C 234/74)

Betrifft: Erdgipfel in Rio de Janeiro

Kann die Kommission mitteilen, welche praktischen Schritte sie zur Weiterbehandlung des Erdgipfels in Rio de Janeiro im Juni 1992 unternommen hat?

**Antwort von Herrn Paleokrassas
im Namen der Kommission**

(1. Dezember 1993)

Die Umsetzung der Ergebnisse der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) — Agenda 21, die Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung, die Grundsatzerklärung zum Schutz der Wälder, die Übereinkommen über Klimawechsel und biologische Vielfalt — ist ein langfristiger, sektorübergreifender Prozeß, der fast alle Aspekte der Gemeinschaftspolitik (intern und extern) beeinflußt, auch die Entwicklungs- und Kooperationspolitik.

Informationen zu diesem Thema enthielt bereits die Antwort der Kommission auf die mündliche Anfrage H-593-93 ⁽¹⁾. Ferner legte die Gemeinschaft auf der ersten Arbeitssitzung der Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) im Juni 1993 in New York einen umfassenden Zwischenbericht über die bisherigen Folgemaßnahmen zur UNCED vor. Exemplare dieses Berichts werden der Frau Abgeordneten und dem Generalsekretariat des Parlaments direkt übermittelt.

⁽¹⁾ Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Nr. 3-432 (Juni 1993).

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2186/93

von Gerardo Fernández-Albor (PPE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(28. Juli 1993)

(94/C 234/75)

Betrifft: Reaktion der Gemeinschaft auf die Erklärungen des Präsidenten von Bolivien

Die kürzlichen Erklärungen des Präsidenten von Bolivien, Jaime Paz Zamora, die das geringe Interesse der neuen Regierung in Washington für Lateinamerika zum Gegenstand hatten, könnten von der Europäischen Gemeinschaft zum Anlaß genommen werden, das konkrete und echte Interesse, das sie Lateinamerika ihrerseits entgegenbringt, in den Vordergrund zu stellen.

In einer Zeit, in der Lateinamerika in der Welt-Geopolitik eine immer wichtigere Rolle spielt, erscheint es angebracht, genau zu prüfen, in welchem Maße Lateinamerika für die Außenpolitik der Europäischen Gemeinschaft von Bedeutung ist, und geeignete Instrumente zu entwickeln, um die neue Dimension der Beziehungen der Gemeinschaft zu Lateinamerika zu begründen und ihr konkrete Form zu geben, in dem Bewußtsein, daß das mangelnde Interesse der neuen amerikanischen Regierung durch ein größeres Engagement der Gemeinschaft in dieser Region ausgeglichen werden kann.

Kann die Kommission Auskunft darüber geben, ob die diesbezüglichen Erklärungen des bolivianischen Präsidenten vom für auswärtige Angelegenheiten zuständigen Kommissionsmitglied und den entsprechenden Dienststellen zur Kenntnis genommen wurden und ob sie zum Anlaß genommen werden könnten, zu prüfen, welche Interessen die Gemeinschaft in dieser Region verfolgt, und die möglichen Auswirkungen eines stärkeren Engagements der Gemeinschaft in Lateinamerika zu bewerten?

**Antwort von Herrn Marín
im Namen der Kommission**

(14. Dezember 1993)

Seit mehreren Jahren bereits ist sich die Kommission klar darüber, welche Bedeutung einer Festigung der politischen

und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern Lateinamerikas zukommt und handelt auch dementsprechend. So hat die Kommission eine immer aktivere Politik gegenüber den Ländern Lateinamerikas eingeschlagen, die im einzelnen wie folgt aussieht:

Die politischen Beziehungen zu Lateinamerika wurden durch den Dialog von San José und mit der Gruppe von Rio gestärkt:

- Abkommen über gegenseitige Anerkennung wurden mit regionalen Organisationen wie ALADI, Mercosur, JUNAC, SELA und OEA unterzeichnet.
- Innerhalb der Kommission wurde eine ausschließlich für die Beziehungen zu den Ländern Lateinamerikas zuständige Direktion geschaffen. Darüber hinaus wurden Delegationen in verschiedenen südamerikanischen Hauptstädten eingerichtet (vier in den letzten drei Jahren, und zwar in Montevideo, Buenos Aires, Lima und Bogota).

Die handelspolitischen Beziehungen wurden intensiviert durch

- die Einräumung von Zugeständnissen für tropische Erzeugnisse im Rahmen der Uruguay-Runde, was sich insbesondere auf die Ausfuhren Lateinamerikas auswirkt. Außerdem werden die Zugeständnisse im Agrarbereich als Ergebnis der letzten GATT-Verhandlungen hilfreich für die lateinamerikanischen Ausfuhren nach Europa und der restlichen Welt sein;
- die Einbeziehung der ärmsten Länder des Andenpaktes und Zentralamerikas in das System allgemeiner Präferenzen der Gemeinschaft (APS), um diesen Ländern bei der Drogenbekämpfung bzw. dem Wiederaufbau unter die Arme zu greifen.

Die Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen wurde insbesondere wie folgt verstärkt:

- Für die Jahre 1991 bis 1995 belief sich die finanzielle und technische Zusammenarbeit in Form nichtrückzahlbarer Zuschüsse auf 1 Milliarde ECU, was im Vergleich zu den letzten fünf Jahren davor einer Steigerung um 100 % entspricht. Die Nahrungsmittelhilfe und die humanitäre Hilfe machten insgesamt 300 Millionen ECU aus.
- Kooperationsabkommen wurden mit Argentinien, Chile, Uruguay und Paraguay geschlossen. Die bereits bestehenden Kooperationsabkommen wurden verlängert (Abkommen der dritten Generation) und befassen sich schwerpunktmäßig mit der Förderung des privaten Sektors, um so die europäische Investitionstätigkeit in der Region anzuregen und den Technologietransfer zu erleichtern.
- Erstmals ist es der Europäischen Investitionsbank aufgrund einer kürzlich getroffenen Vereinbarung möglich, in Lateinamerika tätig zu werden; hierfür stehen der Bank jährlich 250 Millionen ECU zur Verfügung.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2190/93

von José Lafuente López (PPE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(28. Juli 1993)

(94/C 234/76)

Betrifft: Gemeinschaftspavillon zur Förderung des regionalen Fremdenverkehrs auf internationalen Tourismussmessen

Fachleute halten die Beteiligung an Fachmessen zur Förderung des Fremdenverkehrs, die um Touristen werben, von denen die Fremdenverkehrsindustrie der jeweiligen Gemeinschaftsregion profitiert, weiterhin für äußerst lohnend.

Allerdings sind die Kosten einer solchen Teilnahme manchmal sehr hoch, weshalb die Beteiligung an Tourismussmessen innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft nur in unverzichtbaren Fällen bezahlt wird. Deshalb haben verschiedene Betreiber von touristischen Werbekampagnen aus verschiedenen Gemeinschaftsregionen angeregt, an den wichtigsten internationalen Tourismussmessen in Form einer zeitweiligen Vereinigung teilzunehmen, so daß sie sich in einem einzigen Ausstellungspavillon vorstellen können, was eine erhebliche Kostensenkung und eine Steigerung der Besucherzahlen aus aller Welt mit sich bringen würde.

Zu diesem Zweck wurde vorgeschlagen, daß die Behörden für Fremdenverkehrsförderung der verschiedenen Regionen der Mitgliedstaaten sich gemeinsam an einem einzigen Ausstellungspavillon unter der Schirmherrschaft der Europäischen Gemeinschaft beteiligen könnten. Diese würde die Trägerschaft für diesen Pavillon übernehmen und ihn als Teil der Förderung des gemeinschaftlichen Fremdenverkehrs betrachten.

Wäre die Kommission bereit, mit einem Gemeinschaftspavillon die Förderung des Fremdenverkehrs von verschiedenen Gemeinschaftsregionen auf internationalen Tourismussmessen zu organisieren?

**Antwort von Herrn Vanni d'Archirafi
im Namen der Kommission**

(16. Dezember 1993)

Im Rahmen des Aktionsplans der Gemeinschaft zur Förderung des Tourismus (Beschluß 92/421/EWG des Rates vom 13. Juli 1992) ⁽¹⁾ kann die Gemeinschaft Pilotprojekte unterstützen, deren Ziel die Förderung Europas in seiner Gesamtheit als Ziel des Tourismus auf den Märkten im Wachstum begriffener ferner Länder ist.

Gemäß dem Prinzip der Subsidiarität fällt die touristische Förderung bestimmter Gemeinschaftsregionen nicht in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaft.

Wenn sich die Gemeinschaftsregionen allerdings anlässlich von internationalen Tourismussmessen zusammenschließen sollten, um ihre Teilnahme an einem einzigen Gemein-

schaftspavillon zu organisieren, könnte sich die Kommission bereiterklären, die Schirmherrschaft für eine solche Initiative zu übernehmen.

(1) ABl. Nr. L 231 vom 13. 8. 1992.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2193/93

von Víctor Arbeloa Muru (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(28. Juli 1993)

(94/C 234/77)

Betrifft: Wirtschaftshilfe der Gemeinschaft für die besetzten Gebiete

Nachdem ich am 22. Mai während der Tagung in Straßburg Vizepräsident Marín über die Wirtschaftshilfe der Gemeinschaft für die von Israel besetzten Gebiete habe reden hören, möchte ich genauere Angaben über die wichtigsten Elemente dieser Hilfe — Exporte, Wiederaufbau von Häusern, Flüchtlinge usw. — erhalten, um diese meinerseits weiterzuverbreiten, da diese Hilfe in der europäischen öffentlichen Meinung fast vollkommen unbekannt ist.

**Antwort von Herrn Marín
im Namen der Kommission**

(23. November 1993)

1. Die EG-Hilfe für die besetzten Gebiete fällt unter vier Hauptrubriken:

- a) Hilfe für die Flüchtlinge über die UNRWA. Diese Hilfeleistung erfolgt größtenteils in Form von Beiträgen zum regulären UNRWA-Haushalt für Bildungs-, Gesundheits- und Nahrungsmittelhilfeprogramme. Im Zeitraum 1971 bis 1992 belief sich diese Hilfe auf etwa 518 Millionen ECU. Sie ist für alle Flüchtlinge bestimmt, auch für die, die nicht in den besetzten Gebieten leben. Da diese ungefähr 62 % aller Flüchtlinge ausmachen, betrug die Hilfe unter dieser Rubrik für die besetzten Gebiete im Zeitraum 1971 bis 1992 rund 197 Millionen ECU.

Über eine neue Übereinkunft für den Zeitraum 1993—1995 wird zur Zeit verhandelt. Sie soll im Laufe des Jahres 1993 getroffen werden und beinhaltet eine Anhebung der Gemeinschaftsbeiträge zum Haushalt der UNRWA.

- b) Hilfe durch gemeinsame Finanzierungen mit europäischen Nichtregierungsorganisationen (NRO). 1979—1992 betrug der Beitrag der Gemeinschaft 12,6 Millionen ECU. Das entspricht einem Beitrag zu den Projekten (Gesamtwert von über 32 Millionen ECU) von 38,4 %.
- c) Die direkte Entwicklungshilfe aufgrund der Haushaltslinien B7-406 und B7-701 belief sich 1991 auf 70 Millionen ECU (einschließlich 60 Mio. ECU außerordentlicher Hilfe) und 1992 auf 17 Millionen ECU (ein-

schließlich 5 Millionen ECU außerordentlicher Hilfe). 1993 wird sie 15 Millionen ECU erreichen. Insgesamt betrug die Hilfe im Rahmen dieser Haushaltslinien von 1987 bis 1993 119 Millionen ECU.

Hierbei werden hauptsächlich folgende Bereiche unterstützt:

- arbeitsplatzschaffende Kleinprojekte oder -maßnahmen in Landwirtschaft und Industrie, hauptsächlich durch Unterstützung von Maßnahmen im Agrarsektor, die zu einer Erhöhung des Eigenversorgungsgrades bei Nahrungsmitteln führen;
 - Bildung/Ausbildung, vor allem Berufs- und Fachbildung;
 - Ausbau örtlicher palästinensischer Institutionen wie Kommunalbehörden, Universitäten und Colleges, Berufsverbänden usw., hauptsächlich durch Partnerschaften mit ähnlichen Institutionen in der Gemeinschaft, Fortbildung im Lande und Seminare;
 - privates palästinensisches Gesundheitswesen.
- d) Hilfe zur Förderung direkter palästinensischer Ausfahrten aus den besetzten Gebieten in die Gemeinschaft. Dies wurde 1988 möglich, nachdem das Europäische Parlament auf eine Initiative der Kommission hin Druck gemacht hatte. Die Gemeinschaft finanziert zwei Landwirtschaftsexperten, einen für den Gaza-Streifen und einen für Westjordanland. Vom ersten bis zum zweiten Landwirtschaftsjahr verfünffachte sich das Exportvolumen. Das dritte Jahr war durch Rückläufigkeit infolge des Golfkriegs gekennzeichnet. Im vierten Jahr lagen die Ausfahrten wegen eines strengen Winters ebenfalls niedrig. Die Aussichten für das fünfte Jahr (1992/93) sind nicht besser, obwohl die Gemeinschaft die Gesamthöhe kurzfristiger Ausfuhrkredite erheblich angehoben hat. Es gibt bislang immer noch logistische Probleme, die die Ausfahrten weniger wettbewerbsfähig machen, weshalb die Exporte auch im letzten Jahr auf niedrigem Niveau blieben.

Die Gemeinschaft hat ab Januar 1993 die Einfuhrabschöpfungen für bestimmte palästinensische Agrarprodukte auf null gesenkt.

2. Abgesehen von dieser Hilfe gibt es noch Soforthilfe- und außerordentliche Hilfemaßnahmen:

- im Februar 1990 wurden über die UNRWA 370 000 ECU zur Versorgung von Verwundeten und Kranken im Zusammenhang mit den Intifadah-Unruhen gewährt; im Mai 1990 erhielten MSF und UNRWA 500 000 ECU, um einem dringenden Bedarf an medizinischer Versorgung infolge des Massakers von Rishon Lezion und späterer Zwischenfälle abzuwehren; 1991 und 1992 wurden 13,79 Millionen ECU für außerordentliche Nahrungsmittelhilfe (insgesamt: 14,47 Millionen ECU) über die UNRWA bewilligt. Im Dezember 1990 bewilligte die Gemeinschaft 4,5 Millionen ECU für Soforthilfe über das niederländische Rote Kreuz zwecks Unterstützung privater palästinensischer Krankenhäuser für ihre laufenden Kosten.

- 1992 bewilligte die Gemeinschaft einen Beitrag von 5 Millionen ECU zu den laufenden Kosten palästinensischer Krankenhäuser. Sie werden 1993/1994 ausbezahlt. Im Dezember 1992 bewilligte die Gemeinschaft der UNRWA 6 000 Tonnen (936 000 ECU) Weizenmehl für die Gaza-Flüchtlinge und im Juni 1993 weitere 600 Tonnen Weizenmehl, 600 Tonnen Reis und 600 Tonnen Zucker für Flüchtlinge und andere Bewohner des Gaza-Streifens (1993 2,45 Millionen ECU für außerordentliche Nahrungsmittelhilfe).

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2200/93

von Ben Visser (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(29. Juli 1993)

(94/C 234/78)

Betrifft: Ausbildungsanforderungen für das Personal in der Zivilluftfahrt

Ein wesentlicher Aspekt hierbei ist JAR 65 (Ausbildungsanforderungen für das Personal). Hierüber besteht immer noch keine Übereinstimmung. Nach Auffassung der AEI beginnt die Gewährleistung eines hohen Sicherheitsstandards mit einer guten Ausbildung des Personals.

AEI will ein standardisiertes Wartungsdiplomniveau, das in allen Ländern gleich ist und durch JAA oder RLD (Niederl. „Reichsluftfahrtamt“) kontrolliert wird. Nur auf diese Weise besteht eine vernünftige Aussicht auf die Gewährleistung eines guten Ausbildungsniveaus. Dies bestimmten anerkannten Betrieben zu überlassen, hieße, die Ausbildungsanforderungen ganz und gar von der wirtschaftlichen Lage abhängig zu machen. Das Ausbildungsniveau soll sich so regulierend auf den Personalzustrom auswirken.

Die AEI dringt darauf, die Ausbildung an staatlich anerkannten Schulen durchzuführen (JAR 147).

Ferner fordert die AEI Schutzgarantien für das derzeitige vorhandene technische Personal und die für sie geltenden Ausbildungsanforderungen sowie ein Grundniveau für alle Kategorien von technischem Personal.

Was die Ausbildung betrifft, so müssen die Behörden die Niveauüberwachung besser in den Griff bekommen. Das beste Mittel hierfür ist ein staatliches Examen.

Jetzt scheint die JAA diese mehr den Betrieben überlassen zu wollen. Hält die Kommission dies für richtig?

**Antwort von Herrn Matutes
im Namen der Kommission**

(7. Dezember 1993)

Eine gute Ausbildung des Wartungspersonals ist eine wesentliche Voraussetzung für die Gewährleistung der Sicherheit im Luftverkehr. In dieser Hinsicht hält die Kommission die Standards, die zur Zeit in der JAR 65 entwickelt werden, für angemessen.

Die Frage der Überwachung dieser Standards ist wichtig, damit die Aufrechterhaltung der vorgeschriebenen Niveaus sichergestellt wird. Letztlich obliegt diese Aufgabe den nationalen Zivilluftfahrtbehörden der Mitgliedstaaten, und zwar entweder direkt im Falle nationaler Ausbildungsprogramme oder Ausbildungsstellen oder indirekt durch die Überwachung anerkannter Wartungsbetriebe im Falle unternehmensinterner Ausbildungsprogramme. In beiden Fällen muß die Ausbildung den Anforderungen der JAR 65 genügen.

Die Kohärenz der Standards zwischen den Mitgliedstaaten zu gewähren, ist Aufgabe der JAA, die hierbei, soweit erforderlich, durch Rechtsvorschriften der Gemeinschaft unterstützt wird.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2223/93

von Alexandros Alavanos (CG)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(29. Juli 1993)

(94/C 234/79)

Betrifft: Tabakanbau im Verwaltungsbezirk Rodopi

Der Verwaltungsbezirk Rodopi gehört bekanntlich zu der am stärksten benachteiligten und rückständigsten Region der Gemeinschaft — Thrakien — und sieht sich derzeit höchst akuten wirtschaftlichen und sozialen Problemen gegenüber, da seine einzige Einkommensquelle der Tabak ist, der auf Kleinparzellen angebaut wird.

167 Tabakbauern aus diesem Bezirk protestieren, daß sich die Produktion, die sich auf 250 Tonnen beläuft und ihre einzige Einkommensquelle darstellt, seit 1991 nicht mehr rentiert.

Kann die Kommission darlegen, was sie zur Verbesserung der Einkommenslage der nicht unerheblichen Zahl von Erzeugern in dieser besonders empfindlichen und rückständigen Region der Gemeinschaft zu tun gedenkt?

Antwort von Herrn Steichen
im Namen der Kommission

(30. November 1993)

Seit der Ernte 1991 sieht die gemeinsame Marktorganisation (GMO) für Tabak vor, daß der Erzeuger mit einem Unternehmen der ersten Verarbeitungsstufe einen Anbauvertrag abgeschlossen haben muß, um Anspruch auf die in der GMO vorgesehenen Leistungen zu haben. Diese Verpflichtung wurde in die Gemeinschaftsregelung aufgenommen, um die Gemeinschaftserzeugung stärker auf marktgängige Sorten auszurichten.

In dem Operationellen Programm für Ost-Makedonien und Thrakien war im übrigen eine Maßnahme zur Umstellung von Tabakflächen vorgesehen, an der sich die Tabakerzeuger beteiligen konnten.

Die Kommission ist außerdem bereit, im Rahmen der Planungen für den nächsten Strukturfondszeitraum und unter Wahrung des Grundsatzes der Partnerschaft jeden von dem betreffenden Mitgliedstaat und der Region ausgehenden Vorschlag für Maßnahmen zur Förderung der Umstrukturierung der Erzeugung zu prüfen.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2239/93

von Virginio Bettini (V)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(30. Juli 1993)

(94/C 234/80)

Betrifft: Mobile Verbrennungsanlagen auf Lastkraftwagen

Das spanische Unternehmen Seguridad Ecologica hat mobile Verbrennungsanlagen für Krankenhäuser in Betrieb genommen. Dabei handelt es sich um Lastkraftwagen, die mit Verbrennungs- und Nachverbrennungskammern ausgerüstet sind, in welchen Rückstände bei einer Temperatur von 1 000 Grad und theoretisch auch Dioxine in einem chemischen Oxydierungsprozeß beseitigt werden. Bei dem 10 Minuten dauernden Verbrennungsvorgang werden angeblich Viren und Bakterien abgetötet.

Was gedenkt die Kommission angesichts des Verbots von Verbrennungsschiffen zu unternehmen, um die mobilen Verbrennungsanlagen auf Rädern zu kontrollieren?

Antwort von Herrn Paleokrassas
im Namen der Kommission

(22. November 1993)

Es gibt keine spezielle Regelung der Gemeinschaft über in Lastkraftwagen installierte Verbrennungsanlagen für Krankenhäuser. Zur Zeit fallen solche Anlagen ausschließlich unter einzelstaatliches Recht. Für den Fall, daß solche mobilen Verbrennungsanlagen in der Gemeinschaft künftig Verbreitung finden sollten, könnte sich die Kommission veranlaßt sehen, das Problem erneut zu prüfen.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2248/93

von Yves Frémion (V)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(30. Juli 1993)

(94/C 234/81)

Betrifft: Mangelnde Transparenz bei der Tätigkeit der Referate „Europa der Bürger“

1. Kann die Kommission uns im einzelnen beschreiben, welches für 1993 und 1994 die Arbeitsprioritäten der folgenden Referate der Generaldirektion X, Direktion C,

sind: Referat 2, Europa der Bürger: Koordinierung und Maßnahmen zugunsten der Jugendlichen; Referat 3: Europa der Bürger: Fraueninformation; Referat 4: Europa der Bürger: Informationskampagnen, Maßnahmen für die breite Öffentlichkeit sowie Sportveranstaltungen sowie Referat 5: Europa der Bürger: Ländlicher Raum und Umwelt?

2. Könnte sie uns eine vollständige Liste der Veranstaltungen und Aktivitäten (einschließlich Konferenzen und Studien) vorlegen, die 1991 und 1992, und wenn möglich 1993, von diesen Referaten unterstützt worden sind, mit Nennung des genauen Betrags für jede einzelne Aktion?

Wie hoch war der Gesamtbetrag der von diesen Referaten vergebenen Zuschüsse?

Auf welche Haushaltslinien gehen sie zurück?

3. Könnte die Kommission uns angeben, warum diese Finanzierungsmöglichkeiten niemals im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* angekündigt werden? Ist sie nicht der Auffassung, daß diese Praxis, Gelder an Leute zu vergeben, denen es gelungen ist, sich durch ihre persönlichen Kontakte auf dem laufenden zu halten, oder die sich einen Berater leisten können, in jeder Hinsicht gegen das Gebot der Transparenz und gegen die demokratischen Spielregeln verstößt, und daß dies das Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber der Gemeinschaft verstärkt?

Gibt es einen Tätigkeitsbericht?

Hat die Kommission Pläne, wie sie die Transparenz in Zukunft verbessern kann?

**Antwort von Herrn Pinheiro
im Namen der Kommission**

(22. November 1993)

Aufgabe der für das „Europa der Bürger“ zuständigen Referate der Generaldirektion X ist es, der Öffentlichkeit die Bedeutung des europäischen Einigungsprozesses zu vermitteln und die Arbeitsweise der Gemeinschaftsinstitutionen sowie Inhalt und Zielsetzung der Gemeinschaftspolitiken verständlich darzustellen. In erster Linie ist dafür eine umfassende Information der Bürger nötig, damit diese motiviert und in der Lage sind, ihre politische Verantwortung als Wähler — bei europäischen wie nationalen, regionalen und kommunalen Wahlen wie auch als Steuerzahler zu übernehmen.

Bei der Tätigkeit der von dem Herrn Abgeordneten genannten Referate stehen jeweils unterschiedliche Zielgruppen im Vordergrund. Die von dem Herrn Abgeordneten erbetene Veröffentlichung der Unterlagen zu den verschiedenen Aktionen wäre wegen der Fülle und Vielfalt des Materials (Veranstaltungen für die Öffentlichkeit, Vorträge, Seminare, Studien usw.) nicht angebracht. Die Kommission hält für den Herrn Abgeordneten jedoch alle sachdienlichen Informationen bereit. Im übrigen erfolgt ihre Unterstützung (Übernahme von Schirmherrschaften ohne finanzielle Beteiligung und/oder Bereitstellung bescheidener Mittel) häufig als Reaktion auf entsprechende Anregungen seitens der Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Es sei auch darauf hingewiesen, daß die Vertretungen der Kommission in den Mitgliedstaaten zwischen 20 und 25 % ihrer Mittel für Aktionen rund um das Thema „Europa der Bürger“ verwenden und eine wichtige Rolle bei der Durchführung dieser Programme spielen. Insgesamt standen für diese Tätigkeiten in den letzten drei Jahren folgende Beträge zur Verfügung: 1991: 6 750 804 ECU; 1992: 6 719 239 ECU; 1993: 6 161 000 ECU (Haushaltslinien in Kapitel 30).

Die Kommission teilt nicht die Auffassung des Herrn Abgeordneten, daß es bei der Verwaltung dieser Aktivitäten an Transparenz mangle. Ihr Vorgehen bei der Verwendung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit unterscheidet sich nicht von dem der übrigen Organe, einschließlich des Europäischen Parlaments; zudem handelt es sich bei den für Einzelvorhaben bereitgestellten Mittel um relativ kleine Beträge, so daß eine Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften wenig zweckmäßig erscheint. Hervorzuheben ist allerdings, daß die Beschlüsse über die wichtigen Rahmenprogramme und der Haushaltsplan der Europäischen Gemeinschaft im Amtsblatt veröffentlicht werden.

Derzeit werden Möglichkeiten zur Umstrukturierung der Generaldirektion X geprüft. Vorrangiges Ziel der Kommission ist dabei, daß dem Informationsbedürfnis der europäischen Bürger künftig noch besser Rechnung getragen und das bestmögliche Kosten-Nutzen-Verhältnis erreicht wird.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2265/93

von Gordon Adam (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(1. September 1993)

(94/C 234/82)

Betrifft: Vorherige Mitteilung von Programmen zum Abbau von Produktionskapazitäten im Kohlesektor

Kann die Kommission bestätigen, daß die EGKS-Entscheidung Nr. 22-66 vom 16. November 1966⁽¹⁾ über die Auskunftserteilung der Kohle- und Stahlunternehmen betreffend ihre Investitionen noch gültig ist?

Kann die Kommission im Zusammenhang mit den jüngsten Grubenschließungen im Vereinigten Königreich bestätigen, daß gemäß der obengenannten Entscheidung alle Auskünfte erteilt und vorhergehende Mitteilungen über die Schließungen gemacht wurden?

⁽¹⁾ ABl. Nr. 219 vom 29. 11. 1966, S. 3728/66.

**Antwort von Herrn Christophersen
im Namen der Kommission**

(5. November 1993)

Die Kommission bestätigt, daß die EGKS-Entscheidung Nr. 22/66 noch immer gültig ist. In dieser Entscheidung heißt es

in Artikel 6, daß „die Unternehmen des Kohlenbergbaus und der Eisen- und Stahlindustrie der Gemeinschaft der Hohen Behörde die Programme mitzuteilen haben, die bei einem oder mehreren der in Anlage I des Vertrages genannten Erzeugnisse eine Einschränkung ihrer Produktionskapazitäten nach sich ziehen“.

Was die vom Herrn Abgeordneten erwähnten Grubenschließungen betrifft, so hat die Kommission zusätzliche Auskünfte bei den betroffenen Unternehmen angefordert.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2287/93

von Concepció Ferrer (PPE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(1. September 1993)

(94/C 234/83)

Betrifft: Programme zur Erhaltung des kulturellen und architektonischen Erbes

Das kulturelle und das architektonische Erbe sind von entscheidender Bedeutung für die Bestimmung der eigenen kulturellen Identität. Die diesbezüglichen Aktionsprogramme der Gemeinschaft sind aber unzulänglich und wenig wirkungsvoll, weil eine koordinierte Planung fehlt.

Kann die Kommission eine Liste aller Projekte zur Verfügung stellen, die in Spanien im Rahmen des Programms Kaleidoskop und des Programms zur Erhaltung des Kulturerbes bewilligt wurden, und kann sie Auskunft darüber geben, wie diese Projekte finanziert wurden?

**Antwort von Herrn Pinheiro
im Namen der Kommission**

(22. November 1993)

Die Kommission ist sich darüber im klaren, daß die Gemeinschaftsmaßnahmen im kulturellen Bereich besser strukturiert werden müssen und eine größere Kohärenz bei ihrer Weiterentwicklung anzustreben ist.

Als Bezugsrahmen dienen die Leitlinien für künftige gemeinsame Maßnahmen, welche die für Kulturfragen zuständigen Minister am 12. November 1992 verabschiedet haben. Diese Leitlinien bilden die Grundlage für eine Politik, die vor allen Dingen die europäischen Bürger im Auge hat und verstärkt den Dialog mit den verschiedenen Akteuren im kulturellen Bereich sucht.

Was das Programm zur Erhaltung des kulturellen und architektonischen Erbes und das Programm Kaleidoskop angeht, so veröffentlicht die Kommission alljährlich in Form einer Pressemitteilung die Ergebnisse der im Rahmen dieser Programme durchgeführten Maßnahmen sowie eine Übersicht über die geförderten Vorhaben. Die Pressemitteilungen der Jahre 1992 und 1993 werden dem Herrn Abgeordneten und dem Generalsekretariat des Parlaments direkt zugeleitet werden.

Im Rahmen des Programms zur Erhaltung des architektonischen Erbes wurden die spanischen Projekte 1992 mit 330 000 ECU und 1993 mit 286 800 ECU unterstützt. Bei den im Rahmen des Programms Kaleidoskop ausgewählten Projekten sind jeweils mindestens drei Mitgliedstaaten beteiligt, und zwar sowohl bei der Teilnahme als auch bei der eigentlichen Durchführung einer bestimmten Veranstaltung. Aus diesem Grunde lassen sich die bereitgestellten Beträge nur annäherungsweise beziffern. Für die von einer spanischen Einrichtung vorgeschlagenen Projekte wurden 1992 rund 145 000 ECU und 1993 rund 300 000 ECU gewährt.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2337/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(1. September 1993)

(94/C 234/84)

Betrifft: Schaffung eines Europäischen Medienkodexes

Welche Aussichten bestehen nach Auffassung der Kommission für die Schaffung eines Europäischen Medienkodexes in absehbarer Zeit, in dem die Grundsätze der Wahrung des journalistischen Berufsethos für Einzelpersonen, Eigentümer von Medienunternehmen und Journalisten festgelegt sein sollen?

**Antwort von Herrn Pinheiro
im Namen der Kommission**

(29. November 1993)

In Anbetracht des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung und der unterschiedlichen Einstellungen zum journalistischen Berufsethos in den einzelnen Mitgliedstaaten ist die Kommission der Ansicht, daß zunächst die Journalisten selbst und, falls notwendig, die Mitgliedstaaten in dieser Angelegenheit tätig werden sollten.

Da die Gemeinschaft in dieser Materie keine Zuständigkeit besitzt und außerdem das Subsidiaritätsprinzip zu beachten ist, beabsichtigt die Kommission nicht, Maßnahmen vorzuschlagen.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2418/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(1. September 1993)

(94/C 234/85)

Betrifft: Deponien

Die Deponien, insbesondere jene, auf denen zum Beispiel Abfälle der chemischen Industrie gelagert werden, verursa-

chen durch die Verschmutzung der Wasserquellen sowie durch die Beeinträchtigung von Flora und Fauna der umliegenden Gebiete enorme Schäden für die Volksgesundheit. Kann die Kommission uns mitteilen, ob ihres Erachtens in diesem Bereich unverzüglich eine Gemeinschaftsmaßnahme getroffen werden muß, und ob sie selbst beabsichtigt, eine einschlägige Initiative zur ergreifen?

**Antwort von Herrn Paleokrassas
im Namen der Kommission**

(22. November 1993)

Der Herr Abgeordnete wird aufgefordert, den Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über Abfaldeponien ⁽¹⁾ einzusehen, der nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments ⁽²⁾ geändert wurde und zur Zeit dem Rat zur Prüfung vorliegt.

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 190 vom 22. 7. 1991.

⁽²⁾ ABl. Nr. C 212 vom 5. 8. 1993.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2433/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(1. September 1993)

(94/C 234/86)

Betrifft: Einführung von Subventionen für die Wartung von Fischereinetzen

Hat die Kommission zur Unterstützung der Fischereitätigkeit die Einführung von Subventionen für die Wartung von Fischereinetzen geprüft, die durch Delphine, Robben, Schildkröten und allgemein den geschützten Tierarten beschädigt werden?

**Antwort von Herrn Paleokrassas
im Namen der Kommission**

(23. November 1993)

Die Kommission ist nicht der Auffassung, daß für die Reparatur von Fischereinetzen ein Gemeinschaftszuschuß im Rahmen der Strukturbeihilfen beantragt werden kann, die sie gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 4028/86 ⁽¹⁾ über Gemeinschaftsmaßnahmen zur Verbesserung und Anpassung der Strukturen im Bereich der Fischerei und der Aquakultur gewährt.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 376 vom 31. 12. 1986.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2499/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(1. September 1993)

(94/C 234/87)

Betrifft: Die Beschränkung der problematischen Tabaksorten in Griechenland

Kann uns die Kommission erläutern, weshalb die griechischen Behörden die Erzeugung der problematischen Tabaksorten nicht drastisch eingeschränkt und sie durch geeignetere Sorten unter Nutzung der Möglichkeiten ersetzt haben, die ihnen die Verordnungen (EWG) Nr. 1096/88 ⁽¹⁾ und 768/89 ⁽²⁾ sowie die Ausgleichszahlungen aufgrund der GATT-Beschlüsse bieten?

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 110 vom 29. 4. 1988, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 84 vom 29. 3. 1989, S. 8.

**Antwort von Herrn Steichen
im Namen der Kommission**

(18. November 1993)

Die Kommission kann eine Frage, die eigentlich an die griechischen Behörden gerichtet ist, nur schwer beantworten.

Die Kommission ist jedoch der Ansicht, daß mit Verabschiedung der beiden genannten Verordnungen andere Ziele verfolgt wurden, die die Möglichkeit einer Umstellung der Tabakerzeugung auf weniger problematische Sorten nur beiläufig einschließen.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2526/93

von Mario Melis (ARC), Andrea Raggio (PSE) und
Virginio Bettini (V)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(1. September 1993)

(94/C 234/88)

Betrifft: Mißbrauch einer marktbeherrschenden Stellung durch die Papierfabriken Burgo

Hat die Kommission

— unter Hinweis auf Artikel 86 des EWG-Vertrags,

in der Erwägung,

— daß der Markt für die Herstellung und den Vertrieb des weißen Papiers für Telefonbücher in Italien von dem faktischen Monopol der Papierfabriken Burgo beherrscht wird,

— daß der einzige Käufer dieses Papiers die SEAT-STET (Gesellschaft mit überwiegend staatlicher Beteiligung) ist, die alleinige Erbringerin von Telefondienstleistungen,

- daß das Monopol die Folge des Mißbrauchs der wirtschaftlich und juristisch marktbeherrschenden Stellung der Papierwerke Burgo ist, da diese sich die von der Papierfabrik Arbatax, die damals von demselben Verwaltungsrat wie die Papierfabrik Burgo geleitet wurde, an die SEAT-STET gelieferte Produktionsquote angeeignet hat,
- daß dieses Monopol einen beträchtlichen Teil des Gemeinschaftsmarkts (italienischer Markt für den gesamten Sektor) verzerrt und sich nachteilig auf die Verbraucher auswirkt (Erhöhung von 100 Lire pro/kg im Vergleich zum Arbatax-Preis) und das sozioökonomische Gefüge einer großen Region, die unter das Ziel 1 fällt, beeinträchtigt (Suspendierung der Arbeitsverträge und drohende Entlassung für die Belegschaft der Papierfabrik Arbatax wegen Einstellung der Tätigkeit),
- daß der begrenzte Erwerb von Papier für die gelben Seiten auf dem ausländischen Markt (nicht auf dem italienischen Markt hergestellt) nichts am Mißbrauch der marktbeherrschenden Stellung durch die Papierfabrik Burgo ändert,

nicht die Absicht, entsprechende Initiativen gegenüber der italienischen Regierung einzuleiten, damit die Bedingungen des freien Marktes wiederhergestellt werden und der Papierfabrik Arbatax und allen Interessenten die Möglichkeit wieder offensteht, der Gesellschaft mit überwiegend staatlicher Beteiligung SEAT-STET im freien Wettbewerb die Artikel anzubieten, die heute das Monopol Burgo liefert?

**Antwort von Herrn Van Miert
im Namen der Kommission**

(26. November 1993)

Die Kommission hat von der Situation des Marktes für die Herstellung und Vermarktung von weißem Papier, das für Telefonbücher in Italien bestimmt ist, Kenntnis genommen.

Bei der Untersuchung des Falls wird sich herausstellen, ob ein Mißbrauch einer marktbeherrschenden Stellung vorliegt und auf welcher — der gemeinschaftlichen oder nationalen — Ebene gegebenenfalls eine Intervention der Wettbewerbsbehörden in Frage kommt.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2548/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(1. September 1993)

(94/C 234/89)

Betrifft: Schutz des Flusses Pinios im Regierungsbezirk Larissa

Für Larissa ist der Fluß Pinios nicht mehr ein Lebensquell. Die Verschmutzung durch Siedlungs- und Industrieabfälle und die drastische Reduzierung der Wassermenge haben den Fluß in einen Seuchenherd verwandelt. Im vergangenen

Jahr wurde die Wasserversorgung der Stadt Larissa ausgesetzt während 5 000 Agrarbetriebe in der Region zur Bewässerung der Kulturen eine geringfügige Menge nur nach schweren Protestaktionen erhalten konnten.

Da die Gefahr eines Verlusts der Agrarproduktion besteht, schlägt die Organisation für Landverbesserungsmaßnahmen im Piniostal vor, die erforderlichen Staudämme zu bauen. Die griechischen Behörden haben darauf jedoch noch nicht reagiert. Kann die Kommission eine finanzielle Unterstützung zur Bekämpfung der Verschmutzung und allgemein zum Schutz des Flusses Pinios bereitstellen?

**Antwort von Herrn Paleokrassas
im Namen der Kommission**

(18. November 1993)

Die Kommission erinnert den Herrn Abgeordneten daran, daß es gemäß dem Subsidiaritätsprinzip und dem Verursacherprinzip zunächst den Mitgliedstaaten obliegt, die zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung und die Erhaltung der natürlichen Ressourcen erforderlichen Anlagen zu finanzieren.

Da der Bezirk Larissa für die Unterstützung sowohl im Rahmen der Strukturfonds als auch im Rahmen des Kohäsionsfonds in Betracht kommt, wird die Kommission Projekte, die die griechische Regierung im Rahmen dieser Finanzierungsinstrumente einreicht, mit besonderer Aufmerksamkeit prüfen.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2562/93

von Hiltrud Breyer (V)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(1. September 1993)

(94/C 234/90)

Betrifft: Waschmittel

1. In welcher Größenordnung sind Waschmittel mit gentechnisch hergestellten Enzymen auf dem EG-Markt?
2. Welche Garantien bestehen dafür, daß diese Waschmittel den Vorschriften der Richtlinie 90/220/EWG entsprechen?
3. Wurde für die betreffenden Produkte eine Umweltrisikoprüfung erarbeitet? Liegen der Kommission Angaben über die kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen der Waschmittel auf Mensch und Umwelt vor?

**Antwort von Herrn Paleokrassas
im Namen der Kommission**

(29. November 1993)

Viele verschiedene Enzymarten — auch solche, die Waschmitteln hinzugefügt werden — werden unter Verwendung

von genetisch veränderten Mikroorganismen hergestellt. Da diese Enzyme jedoch weder lebende Organismen enthalten noch aus solchen bestehen, fallen sie nicht in den Anwendungsbereich der Richtlinie 90/220/EWG des Rates über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt ⁽¹⁾.

Die Kommission besitzt keinerlei Informationen über die Anzahl der in der Gemeinschaft angebotenen Waschmittel, die Enzyme auf der Grundlage genetisch veränderter Mikroorganismen enthalten.

Die Kommission verfügt dagegen über Daten im Zusammenhang mit dem Umwelteinfluß von Waschmitteln, die vor allem Bestandteile von Waschmitteln betreffen, die umweltspezifisch bedenklich sind (z. B. Phosphate). Allerdings liegen der Kommission keinerlei Angaben zu den Umweltauswirkungen von Enzymen vor, die unter Verwendung von genetisch veränderter Mikroorganismen hergestellt werden und in Waschmitteln Anwendung finden, da diesbezüglich bisher keine umweltbezogenen Bedenken geäußert worden sind.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 117 vom 8. 5. 1990, S. 15.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2563/93

von Hiltrud Breyer (V)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(1. September 1993)

(94/C 234/91)

Betrifft: Zinkmine in Tipperary, Irland

1. Sind der Kommission die Pläne eines US-amerikanischen Unternehmens für eine große Zinkmine in Tipperary (Irland) bekannt?
2. Wenn ja, wo befindet sich der genaue Standort?
3. Wie konkret sind diese Planungen bezüglich der Art der Anlage, der Infrastrukturmaßnahmen, der Aufbereitungsanlagen?
4. Wann soll die Mine in Betrieb genommen werden?
5. Wie lauten deren Kenndaten (Fördermengen, Wasserbedarf usw.)?
6. Wie wird der Wasserbedarf gedeckt?
7. Welche Umweltauflagen bzw. Maßnahmen sind geplant (z. B. Gewässerverschmutzung)?
8. Ist ein Anhörungsverfahren oder etwas Vergleichbares geplant?
9. Wieviel Arbeitsplätze werden geschaffen?
10. Sind der Kommission bereits erhobene Einwände gegen dieses Vorhaben bekannt?

**Antwort von M. Bangemann
im Namen der Kommission**

(22. November 1993)

1. und 2. Es handelt sich um Pläne für eine Zink- und Bleimine in Lisheen in der Grafschaft Tipperary. Aktionäre sind die „Chevron Mineral Corporation“ mit 52,5 % und die „Ivernia West Plc“ mit 47,5 % der Anteile. Die Bergbaulizenzen sind im Besitz von Chevron.
3. Die Durchführbarkeitsstudie wurde im April 1992 begonnen und dürfte nicht vor Ende 1994 fertiggestellt sein. Daher können noch keine Angaben über die Art der Anlage, die Infrastrukturmaßnahmen und die Aufbereitungsanlagen gemacht werden.
4. Es wurde kein Datum genannt.
5. Es liegen keine näheren Informationen vor. Es ist jedoch die Rede von einer Jahresproduktion von ungefähr 1,2 Millionen Tonnen Blei- und Zinkerz, aus denen 250 000 Tonnen Zink und 40 000 Tonnen Blei gewonnen werden können.
6. Dieses Problem wird in der Durchführbarkeitsstudie behandelt.
7. und 8. Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist beinahe abgeschlossen und dürfte Ende 1993 vorliegen. Danach können die Unternehmen die örtliche Planungsgenehmigung und eine Abbaugenehmigung beim Staat beantragen. Bevor die Planungsgenehmigung erteilt wird, muß der Antragsteller allen Bedingungen zustimmen, die in dieser Genehmigung enthalten sind. Vor der Erteilung einer Abbaugenehmigung müssen sich die irischen Behörden durch die Umweltverträglichkeitsprüfung vergewissern, daß das geplante Vorhaben mit den Belangen der Umwelt vereinbar ist.
9. Bei Vollastbetrieb können mehr als 500 Personen in diesem Unternehmen beschäftigt werden.
10. Bis heute sind der Kommission keine Einwände gegen dieses Vorhaben bekannt.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2580/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(1. September 1993)

(94/C 234/92)

Betrifft: Ratifizierung der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951

Kann die Kommission mitteilen, ob alle Mitgliedstaaten der Gemeinschaft die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 ratifiziert haben?

**Antwort von Herrn Flynn
im Namen der Kommission
(2. Dezember 1993)**

Alle Mitgliedstaaten der Gemeinschaft haben die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 sowie das New Yorker Protokoll von 1967 ratifiziert.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2581/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(1. September 1993)

(94/C 234/93)

Betrifft: Schutz der Menschenrechte in der Türkei

Kann die Kommission mitteilen, zu welchen Ergebnissen der in dem Entschließungsantrag von Frau Roth (B 3-469/93) zur Ermordung der Vertreter des Menschenrechtsvereins in der Türkei erwähnte Untersuchungsausschuß, der zur Untersuchung der Mordfälle eingesetzt worden war, gelangt ist, und ob die Vertreter des Menschenrechtsvereins derzeit unter dem besonderen Schutz der türkischen Behörden stehen?

**Antwort von Herrn Van den Broek
im Namen der Kommission
(20. Dezember 1993)**

Untersuchungen, wie sie der Herr Abgeordnete erwähnt, stehen der Kommission nicht zu.

Die türkischen Behörden wissen sehr wohl, welche Bedeutung die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten der Rechtsstaatlichkeit, der vollständigen Achtung der Menschenrechte und der Einhaltung der Verpflichtungen der Türkei im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, des Europarates und den VN-Konventionen beimessen.

Die Kommission wird die Situation in diesem Land aufmerksam verfolgen, zumal sich die türkische Regierung verpflichtet hat, die Menschenrechtssituation zu verbessern, und sie hofft, daß die türkischen Behörden zu diesem Zweck alle erforderlichen Maßnahmen treffen werden.

Die wertvolle und mutige Arbeit der Nichtregierungsorganisationen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte trägt weitgehend zum Schutz des einzelnen und zur Förderung der Menschenrechte im allgemeinen bei. Die Kommission bedauert es daher, daß die Verteidiger der Menschenrechte allzu oft als erste Opfer der Willkür sind, die sie anprangern.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2349/92

von François Guillaume (RDE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(23. September 1992)

(94/C 234/94)

Betrifft: Harmonisierung des Goldgehalts von Schmuckwaren in der Gemeinschaft

Die Juweliere und Schmuckhersteller produzieren und verkaufen in Frankreich garantierten Goldschmuck zu 18 Karat. Landesweit werden Schmuckwaren durch eine strenge und wirksame staatliche Kontrolle und durch Anbringung eines Adlerkopfes zertifiziert, der ihren Goldgehalt bestätigt.

In anderen Mitgliedstaaten dürfen Schmuckwaren zu 9 oder 14 Karat hergestellt und verkauft werden.

Ist eine Harmonisierung der Normen für Herstellung und Verkauf von Goldschmuck vorgesehen? Geht sie auf einen Beschluß der Gemeinschaft oder auf Branchenvereinbarungen zurück?

Welche Garantien werden den Verbrauchern geboten, um den Goldgehalt zu zertifizieren?

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-568/93

von Christine Oddy (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(31. März 1993)

(94/C 234/95)

Betrifft: Feingehaltsstempel

Wie gedenkt die Kommission ein angemessenes System zur Qualitätssicherung zu gewährleisten mit Blick auf die Harmonisierung der Feingehaltsstempel für Gold, Silber und Platin in der Gemeinschaft?

Wird sie sicherstellen, daß die hohe Qualität des im Vereinigten Königreich geltenden Feingehalts-Kennzeichnungssystems nicht untergraben wird?

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-655/93

von Mary Banotti (PPE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(5. April 1993)

(94/C 234/96)

Betrifft: Richtlinie über Edelmetalle

Könnte die Kommission mir betreffend eine geplante Richtlinie über Edelmetalle mitteilen, ob sie für ein Qualitätssicherungssystem oder angemessene Prüfmethode in

der Richtlinie sorgen wird? Ist die Kommission nicht der Auffassung, daß ohne solch ein System die Prüfstellen in Europa gefährdet sein werden? Könnte die Kommission mir mitteilen, wann sie diese Richtlinie vorzulegen gedenkt. Wird sie das Europäische Parlament in dieser Angelegenheit konsultieren?

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2590/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(1. September 1993)

(94/C 234/97)

Betrifft: System der Feingehaltsstempel und Qualitätskontrolle für Schmuckwaren und sonstige Edelmetallgegenstände

1. Der britische Rat für die Kontrolle von Edelmetallen und die Edinburger Goldschmiede-Innung halten den Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie zur Harmonisierung des Systems der Feingehaltsstempel für Edelmetalle nicht für zufriedenstellend.

2. Manche Sachverständigen befürchten, daß das vorgeschlagene System weder Bestimmungen über eine Qualitätsgarantie oder den offiziellen Stempel einer zuständigen Stelle enthält, noch die Bedingungen für die Prüfungen durch Sachverständige oder die Gewährleistung der Qualität durch berechnete Stellen festlegt.

Wird die Kommission diesen Entwurf unter Berücksichtigung der in Punkt 2 enthaltenen Kritiken überprüfen?

**Gemeinsame Antwort von Herrn Bangemann
im Namen der Kommission
auf die schriftlichen Anfragen E-2349/92, E-568/93,
E-655/93 und E-2590/93**

(5. November 1993)

Die Kommission hat im September 1993 den Vorschlag für eine Richtlinie über Arbeiten aus Edelmetallen⁽¹⁾ verabschiedet und an den Rat sowie an das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuß übermittelt.

Dieser Vorschlag soll ein hohes Schutzniveau der Verbraucher sowie die Redlichkeit der Handelsgeschäfte gewährleisten.

Durch den Richtlinienvorschlag sollen die grundlegenden Anforderungen nach Artikel 36 EWG-Vertrag auf der Grundlage der Entschließung des Rates vom 7. Mai 1985 über eine neue Konzeption auf dem Gebiet der technischen Harmonisierung und der Normung⁽²⁾ harmonisiert werden. Diese Anforderungen betreffen insbesondere den Feingehalt, die Zertifizierungsverfahren und die Stempelung.

Drei Zertifizierungsverfahren stehen zur Auswahl: die Konformitätserklärung des Herstellers, der ein zugelassenes Qualitätssicherungssystem unterhält, die Konformitätserklärung des Herstellers, die von einer Zertifizierungsstelle überprüft wird sowie die Kontrolle jedes einzelnen Produkts oder die Kontrolle auf Grundlage statistischer Verfahren durch Dritte. Die Mitgliedstaaten sind nicht verpflichtet, innerhalb ihres Hoheitsgebiets alle geltenden Verfahren anzubieten. Sie melden den anderen Mitgliedstaaten sowie der Kommission die mit der Durchführung der geltenden Verfahren beauftragten Stellen innerhalb ihres eigenen Hoheitsgebiets. Der Hersteller hat die Wahl zwischen diesen gleichwertigen Verfahren. Diese Verfahren entsprechen den in den Mitgliedstaaten angewandten Überwachungsverfahren.

⁽¹⁾ Dok. KOM(93) 322 endg.

⁽²⁾ ABl. Nr. C 136 vom 4. 6. 1985.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2593/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(1. September 1993)

(94/C 234/98)

Betrifft: Schaffung eines europäischen Arzneimittelkodexes

Die Gemeinschaft hat sich im Rahmen des Europarates verpflichtet, einen europäischen Arzneimittelkodex einzuführen. Wann wird die Kommission die zur Anwendung dieses Kodexes erforderlichen Maßnahmen verabschieden, insbesondere um sicherzustellen, daß seine Bestimmungen gegenüber allen technischen Vorschriften Vorrang haben und wann wird sie gemeinsam mit dem für die Schaffung eines europäischen Arzneimittelkodexes zuständigen Ausschuß die Übereinkommen ausarbeiten, die für die Festlegung von technischen Durchführungsbestimmungen der neuen medizinischen Richtlinien erforderlich sind?

**Antwort von Herrn Bangemann
im Namen der Kommission**

(8. Dezember 1993)

Die Zulassungskriterien und -verfahren für Human- und Tierarzneimittel sowie verschiedene andere wichtige Aspekte der Arzneimittelgesetzgebung wurden auf Gemeinschaftsebene harmonisiert. Die Arzneimittelvorschriften erfassen alle industriell hergestellten Arzneimittel, darunter Impfstoffe, Arzneimittel aus menschlichem Blut und radioaktive Arzneimittel. Die Kommission hat versucht, nicht nur die Vorschriften (Verordnungen und Richtlinien), sondern auch die Hinweise für Versuche vor dem Inverkehrbringen eines Arzneimittels, eine Mitteilung an die Antragsteller für eine Genehmigung und detaillierte Leitlinien der guten Herstellungspraxis zu konsolidieren, die in einer mehrbän-

digen Veröffentlichung mit dem Titel „Regelung der Arzneimittel in der Europäischen Gemeinschaft“ zusammengestellt sind.

Die Kommission kann zu einem späteren Zeitpunkt im Lichte der Erfahrungen in anderen Sektoren eine amtliche Kodifizierung ins Auge fassen.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2598/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(1. September 1993)

(94/C 234/99)

Betrifft: Schutz der Jugend vor Genußmittel- und Drogenmißbrauch

Die Jugend raucht und konsumiert Alkohol und Kaffee in besonders hohen Mengen, aber auch der Drogenkonsum ist erheblich. Nach Untersuchungen der Drogenberatungsstelle der Aristoteles-Universität Thessaloniki und des Labors für Hygiene der medizinischen Fakultät dieser Universität an einer repräsentativen Auswahl von 1 600 Jugendlichen der letzten Klassen des Lyzeums in Thessaloniki und Athen ergibt sich, daß 28,8 % der Jungen und 26,7 % der Mädchen systematisch rauchen (mehr als ein Paket pro Tag) und daß sie große Koffeinmengen zu sich nehmen (mehr als 2 Tassen Kaffee pro Tag). 35,1 % der Jungen und 17,5 % der Mädchen konsumieren zudem mehr als 2 Gläser Alkohol zumindestens dreimal wöchentlich. Schließlich nehmen 14,1 % der Jungen und 3,4 % der Mädchen Betäubungsmittel.

Kann die Kommission angesichts dieser und vieler anderer ähnlicher Untersuchungsergebnisse darüber Aufschluß geben, mit welchen Mitteln die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft für den Schutz der Jugend vor diesem Mißbrauch kämpfen?

**Antwort von Herrn Flynn
im Namen der Kommission**

(9. Dezember 1993)

Die Mitgliedstaaten sind sich bewußt, daß die Jugend vor Mißbrauch schädlicher Stoffe geschützt werden muß, und haben deshalb nationale politische Maßnahmen oder Programme zum Schutz der Gesundheit und zur Vorbeugung gegen Konsum von Tabak, Alkohol und Drogen aufgestellt. Die Mitgliedstaaten zeigen ein wachsendes Interesse an Zusammenarbeit und an einer Koordinierung ihrer Bemühungen, was es ermöglicht hat, Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene zu unternehmen zur Förderung der Fähigkeit der Jugendlichen, auf den Konsum schädlicher Stoffe zu verzichten.

Im Bereich des Tabakkonsums, stellen Maßnahmen gegen die Nikotinabhängigkeit einen Schlüsselbereich der Bemühungen der zwei Aktionspläne (1987—1989 und

1990—1994) des Programms „Europa gegen den Krebs“ dar, das zusammen mit den Behörden und den nichtstaatlichen Organisationen in den Mitgliedstaaten durchgeführt wird. Die Jugendlichen sind eine wichtige Zielgruppe für solche Aktionen.

Die Gemeinschaft versucht ferner, ein Umfeld zu schaffen, das ein rauchfreies Verhalten unterstützt, so zum Beispiel die Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen der Mitgliedstaaten über ein Rauchverbot in öffentlich zugänglichen und frequentierten Räumen⁽¹⁾, in der die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, im Wege der Gesetzgebung oder auf anderem Wege das Rauchen zu verbieten in „schulischen und anderen Einrichtungen, in denen Kinder oder Jugendliche aufgenommen oder beherbergt werden“, und in „Hochschulen oder Einrichtungen für die berufliche Bildung“. Die Kommission unterbreitete ihrerseits 1989 dem Rat einen Vorschlag für eine Richtlinie über ein Werbeverbot für Tabakerzeugnisse⁽²⁾. Die Debatte über dieses Thema wird unter der belgischen Präsidentschaft weitergeführt⁽³⁾.

Zum Thema Drogen bestehen einerseits Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten auf einzelstaatlicher Ebene durchführen, und andererseits haben der Rat und die im Rat vereinigten Gesundheitsminister bereits 1986 eine Entschließung⁽⁴⁾ zu einem konzertierten Vorgehen verabschiedet, die zur Lösung des Drogenproblems unter seinen verschiedenen Aspekten beitragen soll, und der europäische Drogenbekämpfungsausschuß hat die Ausarbeitung eines globalen und kohärenten europäischen Plans zur Koordinierung der in den einzelnen Mitgliedstaaten unternommenen Aktionen ermöglicht. Die Kommission bemüht sich, den Erfahrungs- und Informationsaustausch zu fördern, wobei sie den Schwerpunkt einerseits auf die Verhütung, die Gesundheitserziehung und -bildung und andererseits auf die Übernahme der Kosten für die Rehabilitierung von Drogensüchtigen legt. Unter den Maßnahmen zur Koordinierung der einzelstaatlichen Bemühungen ist die zweite europäische Woche der Drogensüchtigen (16. bis 22. November 1992) zu nennen, während der etwa 2 000 Maßnahmen, mit denen die Jugend angesprochen werden sollte, in der gesamten Gemeinschaft auf den Weg gebracht wurden.

Was den Alkoholmißbrauch angeht, haben die meisten Mitgliedstaaten politische Maßnahmen entwickelt, die in erster Linie auf Information und Sensibilisierung der allgemeinen Öffentlichkeit wie auch spezifischer und besonders anfälliger Zielgruppen, wie beispielsweise die Jugendlichen, abzielen. Auf Gemeinschaftsebene wurden ähnliche Aktivitäten durchgeführt von der Kommission und von verschiedenen Organisationen mit finanzieller Unterstützung der Kommission. Diese Aktivitäten stützen sich alle auf die am 29. Mai 1986 vom Rat verabschiedete Entschließung betreffend den Alkoholmißbrauch⁽⁵⁾.

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 189 vom 26. 7. 1989.

⁽²⁾ ABl. Nr. C 124 vom 19. 5. 1993.

⁽³⁾ ABl. Nr. C 129 vom 21. 5. 1992.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. C 283 vom 10. 11. 1986.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. C 184 vom 29. 5. 1986.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2605/93von **Sotiris Kostopoulos (PSE)**

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(1. September 1993)

(94/C 234/100)

Betrifft: Landfrauen werden häufiger Opfer des Brustkrebses

Der Brustkrebs trifft in stärkerem Maße die Frauen auf dem Lande, zumindest in Griechenland. Wie Untersuchungen beweisen, erkranken die griechischen Landfrauen aufgrund mangelnder Aufklärung über die Verhütung und Früherkennung mit größerer Häufigkeit an Brustkrebs als Frauen in Städten oder in der Umgebung von Städten.

Nach den Schlußfolgerungen einer Gruppe von Gesundheitsdienstmitarbeiterinnen der griechischen Landwirte-Krankenkasse von Patras tritt das Leiden bei 37 % der Frauen auf dem Lande, bei 27 % der Frauen in städtischen Gebieten und bei 36 % der Frauen in der Umgebung von Städten auf. Die Referentinnen, die diese Ergebnisse während des 20. Gesamtgriechischen Krankenplegekongresses in Portokaras auf der Chalkidiki vorlegten, unterstrichen, daß ein Großteil der Verantwortung hierfür die Träger des öffentlichen Gesundheitswesens trifft, weil die Aufklärung der landwirtschaftlichen Bevölkerung mangelhaft ist.

Wird sich die Kommission in Kenntnis der genannten Untersuchungsergebnisse in dieser ernstesten Sache an die griechischen Behörden wenden?

**Antwort von Herrn Flynn
im Namen der Kommission
(10. November 1993)**

Der Herr Abgeordnete wird auf die Antwort der Kommission auf seine schriftliche Anfrage Nr. 1890/93 ⁽¹⁾ verwiesen.

Daß in der Verteilung von Brustkrebs Unterschiede zwischen der ländlichen und der städtischen Bevölkerung bestehen, ist eine Tatsache. Die Ursachen dieser Unterschiede sind jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt wissenschaftlich ungeklärt. Es ist daher schwierig, in dieser Hinsicht spezifische Interventionsmaßnahmen zu empfehlen.

Die Kommission hat allerdings im Rahmen ihres Programms zur Krebsbekämpfung eine integrierte Aktion ins Leben gerufen, die neben der Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit — über den europäischen Kodex — auch Projekte zur Früherkennung von Brustkrebs umfaßt. In Griechenland laufen zur Zeit zwei Pilotprojekte in ländlichen Gebieten.

Über den Beratenden Ausschuß, dem Vertreter des griechischen Ministeriums für Gesundheit angehören, unterrichtet

die Kommission regelmäßig und systematisch die nationalen Behörden von den Aufklärungs-, Sensibilisierungs- und Früherkennungsaktionen im Rahmen dieses Programms. Außerdem werden diese Aktionen vom nationalen griechischen Koordinierungsausschuß koordiniert, dem alle Akteure angehören, die zur verstärkten Brustkrebsbekämpfung in Griechenland beitragen könnten.

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 226 vom 16. 8. 1994, S. 18.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2130/93von **Leen van der Waal (NI)**

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(26. Juli 1993)

(94/C 234/101)

Betrifft: Verstöße von RTL 4 gegen die EG-Fernsehrichtlinie

Die Rundfunk- und Fernsehanstalten in der Gemeinschaft sind in bezug auf die Werbung an Vorschriften (Richtlinie 89/552/EWG, Artikel 18) gebunden, um u. a. eine Wettbewerbsverfälschung zu vermeiden ⁽¹⁾.

In Beantwortung von Fragen in der niederländischen Zweiten Kammer hat die niederländische Ministerin H. d'Ancona ausgesagt, daß das „Medienkommissariat“ in den Niederlanden festgestellt hat, daß der kommerzielle Sender RTL 4 die Vorschriften der obengenannten europäischen Richtlinie regelmäßig verletzt. Auch die niederländische „Stichting Etherreclame“ (STER) (Stiftung Ätherwerbung) hat sich mit den Verstößen von RTL 4 befaßt.

Dabei geht es um das Überschreiten des Höchstmaßes von 20 % Reklame pro Stunde. Außerdem beachtet der Sender den Zeitabstand zwischen zwei Reklameblöcken in einem Programm nicht ausreichend. Hinzu kommt, daß sich RTL 4 in vielfältiger Weise der Schleichreklame schuldig macht.

Aufgrund dieser Verstöße hat der kommerzielle Sender RTL 4 im Wettbewerb mit den öffentlichen niederländischen Anstalten eine bessere Ausgangsposition.

Gespräche des „Medienkommissariats“ mit RTL 4 über die Einhaltung der obengenannten Richtlinie blieben offenkundig ohne Ergebnis.

Welche Maßnahmen gedenkt die Kommission, angesichts der Tatsache, daß es sich hier um eine europäische Richtlinie handelt, zu treffen, um den Verstößen von RTL 4 ein Ende zu machen?

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 298 vom 17. 10. 1989, S. 23.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2642/93

von Arie Oostlander (PPE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(1. September 1993)

(94/C 234/102)

Betrifft: Verstoß von RTL 4 gegen Werbevorschriften

1. Ist der Kommission bekannt, daß die kommerzielle Fernsehanstalt RTL 4 mit ihren Werbespots gegen die niederländischen Vorschriften für die Rundfunk- und Fernsehwerbung verstoßen hat, die auf der Richtlinie 89/552/EWG, „Fernsehen ohne Grenzen“ basieren?

2. Wird die Kommission einen Mitgliedstaat, der es unterläßt, die Einhaltung der Vorschriften zu kontrollieren, auf seine Pflicht hinweisen? Wenn ja, welche Schritte gedenkt die Kommission zu unternehmen?

3. Erwägt die Kommission im Rahmen der für 1994 geplanten Bewertung der obengenannten Richtlinie die Möglichkeiten der Umgehung innerstaatlicher Gesetze durch kommerzielle Unternehmen zu beseitigen, um damit auch die Diskriminierung der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten, die aufgrund ihres Standorts von den Mitgliedstaaten direkt kontrolliert werden, abzuschaffen? Wenn ja, welche Pläne hat die Kommission?

**Gemeinsame Antwort von Herrn Pinheiro
im Namen der Kommission**

auf die schriftlichen Anfragen E-2130/93 und E-2642/93

(15. November 1993)

1. Der Kommission waren die Feststellungen des von der Frau und dem Herrn Abgeordneten genannten „Commissariaat voor de Media“ nicht bekannt.

2. Gemäß Artikel 3 Absatz 2 der Richtlinie 89/552/EWG sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die jeweils ihrer Rechtshoheit unterworfenen Fernsehveranstalter die Bestimmungen dieser Richtlinie einhalten.

Aufgrund von Artikel 155 EWG-Vertrag obliegt es der Kommission, für die Anwendung des Gemeinschaftsrechts Sorge zu tragen. Wenn ein Mitgliedstaat seine Verpflichtung verletzt, die Einhaltung der Richtlinie 89/552/EWG durch die seiner Rechtshoheit unterworfenen Fernsehveranstalter zu gewährleisten, so stellt dies eine Verletzung des Gemeinschaftsrechts dar, wegen der die Kommission gegebenenfalls das in Artikel 169 EWG-Vertrag vorgesehene Verfahren einleiten kann.

3. Da nach Artikel 2 Absatz 1 der Richtlinie 89/552/EWG jeder Mitgliedstaat dafür zu sorgen hat, daß alle Fernsehsendungen, die von seiner Rechtshoheit unterworfenen Fernsehveranstaltern gesendet werden, „dem Recht entsprechen, das auch auf für die Allgemeinheit bestimmte Sendungen anwendbar ist“, ermöglicht es diese Richtlinie den gewerblichen Unternehmen nicht, sich den innerstaat-

lichen Gesetzen zu entziehen. Gewerbliche Fernsehveranstalter müssen somit das Recht des Mitgliedstaates, in dem sie ihren Sitz haben, einhalten. Im übrigen ergibt sich aus der Rechtsprechung des Gerichtshofes⁽¹⁾, daß jeder Mitgliedstaat das Recht hat, Vorschriften zu erlassen, die verhindern sollen, daß der Erbringer einer Leistung, dessen Tätigkeit ganz oder vorwiegend auf das Gebiet dieses Staates ausgerichtet ist, sich den Berufsregelungen entzieht, die auf ihn Anwendung fänden, wenn er im Gebiet dieses Staates ansässig wäre. Die sich aus dieser Rechtsprechung ergebenden Fragen für den Bereich des Fernsehens sind derzeit Gegenstand eines Vorabentscheidungsverfahrens vor dem Gerichtshof (RS. C-23/93, TV10/Commissariaat voor de Media).

⁽¹⁾ Vgl. insbesondere Urteil vom 3. 12. 1974, RS. 33/74, Van Binsbergen, Slg. 1974, 1299.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2650/93

von Luigi Vertemati (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(1. September 1993)

(94/C 234/103)

Betrifft: Europäische Soldaten in der Welt

In vielen Teilen der Welt ist der Frieden in Gefahr. Die Vereinten Nationen verfügen nicht über Strukturen für ein direktes Eingreifen. In mehreren Ländern sind Soldaten aus Europa stationiert. Es besteht die Notwendigkeit, Gewaltmaßnahmen und Konflikten vorzubeugen.

Kann die Kommission mitteilen, ob von europäischer Seite Vorschläge für eine Reform der Vereinten Nationen gemacht wurden, damit sie ihrer Rolle als Garanten des Friedens und der Sicherheit besser gerecht werden können? Wie hoch ist die genaue Zahl der an Missionen zur Friedenssicherung oder zur Erhaltung der Sicherheit in der Welt beteiligten europäischen Soldaten, und in welchen Ländern sind sie im Einsatz? Wie hat sich die Entsendung der Soldaten in die verschiedenen Gebiete bisher ausgewirkt?

**Antwort von Herrn Van den Broek
im Namen der Kommission**

(14. Dezember 1993)

1. Auf Ersuchen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen hat der VN-Generalsekretär am 22. Juni 1992 einen Bericht mit dem Titel „Agenda für den Frieden“ vorgelegt, der Empfehlungen zur Verstärkung der Aktion der Vereinten Nationen in den Bereichen präventive Diplomatie, Wiederherstellung des Friedens, Erhaltung des Friedens und Sicherung des Friedens nach Konflikten enthält.

Die Kommission und die Mitgliedstaaten haben im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit Beiträge zur

Vorbereitung dieses Berichts geleistet und den Vereinten Nationen im April 1993 ihre Bewertungen und Stellungnahmen zu der sogenannten „Agenda für den Frieden“ übermittelt. Darüber hinaus wurde eine Erklärung der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und regionalen Organisationen auf diesem Gebiet abgegeben.

Vor Ort arbeiten die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten aktiv mit den Vereinten Nationen zusammen, insbesondere im Bereich der humanitären Hilfe, aber auch durch die Entsendung von Beobachtern (Ex-Jugoslawien, Südafrika, El Salvador usw.).

2. Die Kommission verfügt nicht über exakte Zahlenangaben zu den europäischen Militärkontingenten, die in der Welt bei Friedens- oder Sicherheitsmissionen im Einsatz stehen.

3. Die Kommission ist nicht in der Lage, die Ergebnisse der Entsendung dieser Soldaten in die verschiedenen Regionen der Welt zu beurteilen.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2653/93

von **Cristiana Muscardini (NI)**

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(1. September 1993)

(94/C 234/104)

Betrifft: Industriepolitik und Rezession

Erläuterungen von Jacques Delors zufolge hat die Gemeinschaft in den letzten zehn Jahren 4 % ihrer Exportmärkte an die Vereinigten Staaten verloren, und in der Gemeinschaft sind nur 39 von 1 000 Beschäftigten im Bereich Hochtechnologie tätig, während es in Japan und in den Vereinigten Staaten jeweils 75 sind.

Das GATT hat sich für die Gemeinschaftsproduktion bisher nur nachteilig ausgewirkt.

Die europäische Industrie eröffnet immer mehr Niederlassungen in den Staaten Osteuropas sowie der Dritten und Vierten Welt und fördert die dortige Produktion, wodurch sie zum Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen in Europa beiträgt, ohne daß jedoch für die europäischen Käufer die Preise für Erzeugnisse aus denjenigen Staaten sinken würden, die diese zu weitaus geringeren Kosten produzieren.

Kann die Kommission deshalb eine Untersuchung und eine Analyse der Auswirkungen der obengenannten und auch heute noch betriebenen Industriepolitik auf die Arbeitslosigkeit und die Rezession in Europa durchführen und geeignete Maßnahmen zur Wiederankurbelung der europäischen Wirtschaft erlassen und die bestehenden Abkommen mit Nicht-EG-Staaten sowie die GATT-Verhandlungen insgesamt einer Überprüfung unterziehen?

Antwort von Sir Leon Brittan im Namen der Kommission

(21. Dezember 1993)

Die Verlagerung der Industrieproduktion in Länder mit niedrigeren Produktionskosten ist im Rahmen der Mundialisierung der Wirtschaft im Laufe der achtziger Jahre und der wachsenden Interdependenz zu sehen. Dabei handelt es sich um eine weitreichende Entwicklung mit vielfältigen Folgen.

Die derzeit festgestellten negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung sind effektiv beunruhigend. Jedoch sind die wahren und langfristigen Ursachen dieses Phänomens zu ermitteln, was die Kommission bei der Vorbereitung des Weißbuchs über die Beschäftigung unternommen hat.

Die Arbeitsplatzverluste in Europa sind unabhängig davon, ob sie mit Produktionsverlagerungen zusammenhängen oder nicht, generell ein Anzeichen für den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Produktionsprozeß. Die Wettbewerbsfähigkeit ist nach Maßgabe einer ganzen Reihe von Faktoren zu beurteilen: das sind die eindeutig höheren Arbeitskosten in Europa und ihr relativer Anteil an den Fertigungskosten (im Durchschnitt 20—25 % der Produktionskosten nach Angaben der OECD), die makroökonomischen Gleichgewichte, insbesondere die erheblichen Auswirkungen der Wechselkursveränderungen, die Kapitalkosten, die Qualität der Ausbildung der Arbeitskräfte und die materielle und technische Infrastruktur der Wirtschaft. Hier ist jedoch festzustellen, daß die Wechselkursauswirkungen diejenigen der anderen Faktoren entgegenwirken können. Da die Arbeitslosigkeit in Europa heute weitgehend strukturbedingt ist, sind Überlegungen und eine gezielte Politik notwendig, um Strukturmaßnahmen auf allen Fronten durchzuführen.

Die europäische Wirtschaft kann insbesondere nach folgenden beiden Orientierungen reagieren:

- Umstellung auf Aktivitäten, in denen sie komparative Vorteile besitzt, also Aktivitäten mit hohem Technologiegehalt. Dies setzt insbesondere eine Reform der Bildungssysteme voraus, um auf allen Ebenen qualifiziertere Arbeitskräfte auszubilden.
- Überprüfung der Bedingungen ihrer Wettbewerbsfähigkeit, was im Kontext der derzeitigen Wechselkurse eine globale Aktion voraussetzt, die Sozialkosten, Besteuerung, Kapitalkosten, Ausbildung und Effizienz von Forschung und Entwicklung umfaßt.

Handelspolitische Schutzmaßnahmen, die über die bestehenden hinausgehen, können langfristig eine Lösung für das Phänomen der Arbeitsplatzverluste bringen, können aber auch Kettenreaktionen auslösen, die die Freiheit des Welthandels gefährden. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß Europa Nutzen zieht aus der vom GATT verbürgten Freiheit des Welthandels und daß dieser die Quelle zahlreicher Arbeitsplätze in der Gemeinschaft darstellt. Gerade die jungen Industrieländer und Osteuropa verzeichnen den höchsten Anstieg der Importe aus der Gemeinschaft.

Die Freiheit des Handels ist zwar unerlässlich für das Wirtschaftswachstum, kann aber selbstverständlich keinen Selbstzweck darstellen. Hier sind global die flankierenden Maßnahmen und die erforderliche interne Umstrukturierung zu prüfen, die der europäischen Wirtschaft die Möglichkeit geben, daraus Nutzen zu ziehen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die sozialen Kosten tragbar bleiben.

Im Falle eines globalen und ausgewogenen Ergebnisses der Uruguay-Runde könnten die in der Gemeinschaft notwendigen Strukturanpassungen geringere Kosten verursachen in einem globalen Kontext, in dem die Märkte stärker geöffnet und die Wettbewerbsbedingungen verbessert würden. Dagegen würde die Krise, die zwangsläufig durch das Scheitern der Uruguay-Runde hervorgerufen würde, eine Europäische Gemeinschaft, die nach wie vor weitgehend auf ihren Außenhandel angewiesen ist, hart treffen und die durch die Weltwirtschaftsrezession hervorgerufenen Schwierigkeiten noch verschärfen.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2681/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(3. September 1993)

(94/C 234/105)

Betrifft: Mittel, die im Bereich der erneuerbaren Energiequellen und Meerwasserentsalzung bereitgestellt werden sollen

Kann die Kommission mitteilen, wieviel Mittel aus dem vierten Rahmenprogramm in den Bereichen erneuerbare Energiequellen (Wind-, Sonnenenergie usw.) und Meerwasserentsalzung bereitgestellt werden sollen und mit welchem Anteil dieser Energiequellen an der Energiegesamtbilanz der Gemeinschaft gerechnet werden kann?

Antwort von Herrn Ruberti
im Namen der Kommission

(6. Dezember 1993)

Die erneuerbaren Energieträger gehören zu den wichtigsten Forschungsthemen im Energiebereich, die im Vorschlag für das vierte FTE-Rahmenprogramm ⁽¹⁾ im ersten Aktionsbereich zusammengefaßt sind. Zur Weiterverfolgung der bereits laufenden Tätigkeiten sind die Förderung von FTE-Arbeiten sowie die Einrichtung von Netzen in den aussichtsreichsten Bereichen vorgesehen (z. B. Solarenergie, natürliche Klimatisierung und Beleuchtung von Gebäuden, Windenergie und Biomasse sowie versuchsweise Meeresenergie, Erdwärme, „solarer“ Wasserstoff u. a.), wobei gleichzeitig eine bessere Integration von Energiesystemen und Umwelt gewährleistet werden soll. Alle genannten Arbeiten stützen sich auf die im Laufe der vorangegangenen Rahmenprogramme gewonnenen Erfahrungen und Ergeb-

nisse in diesem Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung.

Es wäre beim gegenwärtigen Stand der Diskussionen über das vierte Rahmenprogramm allerdings noch verfrüht, den genauen Mittelumfang für die künftigen FTE-Tätigkeiten der Gemeinschaft in diesem Bereich festzulegen. Dies erfolgt erst zusammen mit der Festlegung der einzelnen spezifischen Programme. Die gegenwärtig einzig verfügbaren Angaben können dem Vorschlag für das vierte Rahmenprogramm sowie dem kürzlich erschienenen Arbeitsdokument über den wissenschaftlich-technischen Inhalt der spezifischen Programme ⁽²⁾ entnommen werden. Der im Kommissionsvorschlag angegebene Gesamtmittelbedarf beläuft sich im Bereich der (nichtnuklearen) Energien auf 1,005 Milliarden ECU, von denen 45 bis 55 % auf die erneuerbaren Energien und der Rest auf die Verbesserung der Energieumwandlung und der Energieeffizienz entfallen.

Mittel- und langfristig muß der Anteil der erneuerbaren Energien an der Energiebilanz der Gemeinschaft deutlich gesteigert werden. Die verschiedenen Analysen dieser Frage rangieren zwischen eher pessimistischen und durchaus positiven Vorhersagen. So gibt der Rat in seiner Entscheidung vom 13. September 1993 zum Altener-Programm für den Anteil der erneuerbaren Energieträger an der Deckung des Gesamtenergiebedarfs im Jahr 2005 einen Richtwert von 8 % an. Zur Erreichung dieser Zielsetzung sind eine Verdreifachung der Elektrizitätserzeugung aus diesen Energieträgern sowie ein Anteil der Biokraftstoffe am Gesamtverbrauch der Kraftfahrzeuge von 5 % erforderlich. Andere, von der Kommission oder in deren Auftrag durchgeführte Untersuchungen beziffern den Anteil der erneuerbaren Energien (einschließlich der Wasserenergie) im Jahr 2010 auf 6 bis 13 %. Demgegenüber sieht die Weltenergiekonferenz für das Jahr 2020 in Europa einen Anteil von 7 bis 11 % vor (weltweit 21 bis 30 %). Diese voneinander abweichenden Vorhersagen sind auf unterschiedliche Annahmen im Hinblick auf die Energiepreise, umweltspezifische oder institutionelle Zwänge, die Kosten neuer Technologien und die Vereinbarungen über die Kostenrechnung für erneuerbare Energieträger zurückzuführen.

⁽¹⁾ Dok. KOM(93) 276.

⁽²⁾ Dok. KOM(93) 459.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2687/93

von Henry McCubbin (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(3. September 1993)

(94/C 234/106)

Betrifft: Maßnahmen zur Bekämpfung von Kindermorden in Brasilien

In einer Anfang des Jahres übermittelten Antwort auf die schriftliche Anfrage Nr. 2392/91 ⁽¹⁾ erklärte die Kommission, daß Kindermorde eine angemessene Reaktion seitens der internationalen Gemeinschaft sowie der Europäischen Gemeinschaft erfordern.

Gleichzeitig wies die Kommission darauf hin, daß sie als Beitrag zur Bekämpfung von Kindermorden in Brasilien Maßnahmen in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen zur Unterstützung konkreter und vorbeugender Drogenbekämpfungsmaßnahmen entwickelt. Ferner wurde der Aufbau von Einrichtungen für Aufklärung und gesundheitliche Versorgung erwähnt.

Kann die Kommission mitteilen, welche Fortschritte bei diesen Projekten erzielt wurden und welche Mittel bisher bereitgestellt wurden?

Kann die Kommission angesichts der Berichte über die jüngste Ermordung von 25 Straßenkindern in Rio mitteilen, welche weiteren Maßnahmen sie zur Bekämpfung der organisierten Hinrichtung brasilianischer Kinder für notwendig erachtet?

(¹) ABl. Nr. C 132 vom 11. 5. 1993, S. 3.

**Antwort von Herrn Marín
im Namen der Kommission
(17. Dezember 1993)**

Die Kommission verfolgt seit mehreren Jahren das ernste Problem der Straßenkinder mit großer Aufmerksamkeit und bemüht sich, zu seiner Lösung einen gezielten Beitrag zu leisten. In Brasilien hat sie ein Pilotprogramm mit einer Dotierung von 6 Millionen ECU gestartet, das eine ganze Reihe von Maßnahmen umfaßt und darauf abzielt, die Hilfe und den Schutz für die verlassen und mißhandelten Straßenkinder zu erhöhen. Die Projekte, die schrittweise die operationelle Phase erreichen, werden in den kommenden Jahren weiterentwickelt und verbessert.

Die Kommission wird sich außerdem bemühen, die verschiedenen begleitenden Maßnahmen in den einzelnen Bereichen miteinander zu verbinden und aufeinander abzustimmen. Das gilt insbesondere für die Drogenbekämpfung, so daß langfristig stärker integrierte und kohärentere Maßnahmen möglich sein werden.

Außerdem unterstützen mehrere Mitgliedstaaten bilateral die Anstrengungen der brasilianischen Regierung, um der Gewalt gegenüber den Kindern und den Jugendlichen Einhalt zu gebieten.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2692/93

von James Ford (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(3. September 1993)

(94/C 234/107)

Betrifft: Britische Postgebühren

Im Vereinigten Königreich müssen Personen mit Wohnsitz in der Gemeinschaft, jedoch außerhalb Großbritanniens

ungeachtet der Tatsache, daß die Postbeförderung erster Klasse im Vereinigten Königreich die gleiche ist wie in der Europäischen Gemeinschaft, für Magazine und Zeitschriften in der Regel höhere Abonnementgebühren entrichten als Personen mit Wohnsitz im Vereinigten Königreich.

Kann die Kommission mitteilen, ob sie die Auffassung teilt, daß hier eine eindeutige Verletzung der Wettbewerbsrichtlinien vorliegt?

**Antwort von Herrn Van Miert
im Namen der Kommission**

(10. November 1993)

Solange die Preisfestsetzung nicht mit wettbewerbswidrigen Verhaltensweisen verbunden ist, bleibt die Gestaltung der Abonnementgebühren für Druckerzeugnisse grundsätzlich eine Geschäfts- oder Vertriebsentscheidung der Verlage. Dies gilt auch für die Erhebung unterschiedlicher Gebühren innerhalb der Gemeinschaft. Die gemeinschaftlichen Wettbewerbsregeln gelangen insoweit nicht zur Anwendung.

Ein anderer Fall wäre gegeben, wenn ein Verleger, der maßgebliche Fachinformationen herausgibt, seine beherrschende Stellung mißbraucht. Ebenso wären die gemeinschaftlichen Wettbewerbsregeln anwendbar, wenn Paralleleinfuhren von einem Mitgliedstaat in einen anderen behindert werden.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2698/93

von Ben Visser (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(8. September 1993)

(94/C 234/108)

Betrifft: Beihilfe für die Luftfahrt

In Veröffentlichungen der niederländischen Presse wird berichtet, daß die irische Regierung Anfang 1993 der Fluggesellschaft Aer Lingus eine finanzielle Beihilfe in Höhe von 175 Millionen irischen Pfund (ca. 220 Millionen ECU) zugesagt hat. Dem irischen Minister für Verkehr, Energie und Kommunikation Cowen zufolge, soll mit dieser Beihilfe nicht nur das Überleben der irischen Fluggesellschaft, sondern auch eine solide Basis für die Entwicklungen in der Zukunft garantiert werden.

Staatliche Beihilfen für Fluggesellschaften sind derzeit gang und gäbe. Sabena, Ibera, TAP, Air France und Alitalia haben kürzlich große Beträge von den Mitgliedstaaten erhalten.

Das Europäische Parlament hat im April 1993 im Bericht De Vitto empfohlen, die Beihilfen auf ein Minimum zu beschränken. Es muß ein natürlicher Wettbewerb entstehen,

bei dem auch die besonderen Interessen der Randregionen berücksichtigt werden müssen.

1. Sind die Presseberichte über die Beihilfe für die Aer Lingus richtig, auch in bezug auf die Höhe der Beihilfe?
2. Was denkt die Kommission über die Begründung des irischen Ministers, daß die Beihilfe auch als Basis für die Zukunft gedacht ist?
3. Ist die Kommission der Ansicht, daß die heutige Beihilfepolitik in vielen Mitgliedstaaten mit der Idee einer gemeinschaftlichen Verkehrspolitik in der Europäischen Gemeinschaft vereinbar ist?
4. Welche Maßnahmen hat die Kommission im Zusammenhang mit der Beihilfe für Aer Lingus getroffen bzw. gedenkt sie zu treffen?
5. Wann wird die Kommission Rechtsvorschriften vorschlagen, die die Gewährung von Beihilfe transparenter machen und so weit wie möglich beschränken?

**Antwort von Herrn Matutes
im Namen der Kommission**

(22. Dezember 1993)

1., 2. und 4. Wir verweisen den Herrn Abgeordneten auf die Antwort auf die schriftliche Anfrage Nr. 3477/93 von Herrn Geraghty ⁽¹⁾.

3. Auf der Grundlage der einschlägigen Bestimmungen des EG-Vertrags prüft die Kommission zur Zeit alle von den Mitgliedstaaten aufgestellten Beihilfeprogramme. Als mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar sieht die Kommission Beihilfeprogramme an, die unter eine der in Artikel 92 Absatz 3 aufgeführten Voraussetzungen fallen. Bei sektorbezogenen Beihilfen kann die Kommission diese als mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar ansehen, wenn sie an einen glaubwürdigen Umstrukturierungsplan geknüpft ist, der auf die Wiederherstellung der Rentabilität einer Fluggesellschaft abzielt, ohne die Wettbewerbsbedingungen in einem dem gemeinsamen Interesse zuwiderlaufenden Maße zu beeinträchtigen. Andererseits ist die Kommission grundsätzlich dagegen, Betriebsbeihilfe zu leisten, also Beihilfen, die lediglich zur Abdeckung der Verluste einer Gesellschaft dienen sollen.

5. Die Kommission arbeitet an einer Mitteilung über die Bewertung staatlicher Beihilfen für die Luftfahrt; darin werden die Bewertungskriterien ausführlicher erläutert, wobei den Veränderungen, die sich als Folge der Liberalisierung vom 1. Januar 1993 in diesem Bereich ergeben haben, Rechnung getragen wird.

⁽¹⁾ Siehe Seite 68 dieses Amtsblatts.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2709/93

von Alexandros Alavanos (CG)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(8. September 1993)

(94/C 234/109)

Betrifft: Umstellung der von Naturkatastrophen verheerten Zitrusfruchtkulturen

Das jetzt angenommene Programm zur Umstellung von Zitrusfruchtkulturen, die von Naturkatastrophen verheert wurden, ist mit einem Betrag von lediglich 3 000 Drachmen je Baum völlig unzureichend.

Welche Maßnahmen plant die Kommission, damit die entsprechenden Anreize für eine völlige Umstellung der Zitrusfruchtkulturen geschaffen werden?

**Antwort von Herrn Steichen
im Namen der Kommission**

(6. Dezember 1993)

Die in dem operationellen Agrarstrukturprogramm enthaltenen Durchführungsbestimmungen ⁽¹⁾ zur Umstellung von Zitrusfruchtkulturen, die von Naturkatastrophen verheert wurden, sehen bei einer vollständigen Umstellung (Rodung und Neuanpflanzung) die folgenden Höchstbeträge vor:

- Umstellungsbeihilfe: 3 400 Drachmen/Baum;
- zusätzliche Beihilfe zum Ausgleich des Einkommensverlusts: 5 000 Drachmen/Baum.

Diese Beihilfen werden je nach Schwere der Schäden und somit der Umstellungsmethode gestaffelt, d. h. bei einer teilweisen Umstellung (Absägen des Stamms oder der Äste) verringern sich die Höchstbeträge entsprechend.

Die Kommission ist somit der Auffassung, daß die in den Durchführungsbestimmungen zu dieser Maßnahme vorgesehenen Beihilfen ausreichend sind.

⁽¹⁾ Gemeinsame Entscheidungen 4/27. 7. 92 und 54/26. 11. 92 der Landwirtschafts- und der Finanzminister.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2718/93

von Dieter Rogalla (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(8. September 1993)

(94/C 234/110)

Betrifft: Binnenmarkt im Versicherungswesen

1. Hat die Kommission einen Überblick über diejenigen Versicherungsgesellschaften aus verschiedenen Mitglied-

staaten, die ihre Geschäftstätigkeit auf andere Mitgliedstaaten ausgedehnt haben und ggf. welche sind das?

2. Inwieweit gehört der Bereich der Kraftfahrversicherung ganz allgemein dazu? Kann die Kommission dazu Einzelheiten nennen?

3. Ist der Kommission bekannt, daß Versicherungsgesellschaften, z. B. in der Bundesrepublik, ihre Tarife u. a. auch nach der Staatsangehörigkeit des Versicherungsnehmers diskriminieren mit der Behauptung, die Angehörigen bestimmter Staatsangehörigkeiten verursachten höhere Schäden und stellten damit ein geldwert abzudeckendes zusätzliches Risiko dar?

4. Ist die Kommission bereit, diesen Sachverhalt gemäß Ziffer 3 auch aus eigener Initiative zu überprüfen und mir, ggf. wann, über das Ergebnis zu berichten?

**Antwort von Herrn Vanni d'Archirafi
im Namen der Kommission**

(13. Dezember 1993)

1. und 2. In welchem Umfang Versicherungsgesellschaften in anderen Mitgliedstaaten als in denen tätig sind, wo sie eingetragen sind, kann den nachstehenden Tabellen entnommen werden. Diese sind anhand von Informationen der nationalen Aufsichtsbehörden erstellt worden.

Nicht-Lebensversicherung: Versicherungsprämien 1990

(In Millionen ECU)

	Insgesamt	Eingetragene Gesellschaften	Nichteingetragene Gesellschaften	Davon EG-Gesellschaften	
		(1)	(2)	davon % von (1)	
Belgien	5 012,0	4 536,6	475,4	282,6	(5,6)
Dänemark	2 747,4	2 211,3	536,1	216,9	(7,9)
Deutschland	43 339,6	35 840,4	7 499,2	3 452,4	(8,0)
Griechenland					
Spanien	9 473,8	8 743,3	730,4	235,0	(2,5)
Frankreich	30 656,2	25 839,4	4 816,8	3 467,8	(11,3)
Irland	1 295,8	417,8	878,0	794,6	(61,3)
Italien					
Luxemburg					
Niederlande	8 106,8	5 868,8	2 238,2	1 424,2	(17,6)
Portugal	1 220,5	938,0	282,5	198,0	(16,2)
Vereinigtes Königreich	23 772,7	22 216,9	1 555,7	n.a.	
Gemeinschaft	125 624,8	106 612,4	19 012,4		

Lebensversicherung: Versicherungsprämien 1990

(In Millionen ECU)

	Insgesamt	Eingetragene Gesellschaften	Nichteingetragene Gesellschaften	Davon EG-Gesellschaften	
		(1)	(2)	davon % von (1)	
Belgien	2 475,7	2 287,7	188,0	29,3	(1,2)
Dänemark	1 911,8	1 737,8	174,0	103,4	(5,4)
Deutschland	24 984,1	1 689,3	3 692,8	1 689,3	(6,8)
Griechenland					
Spanien	3 938,4	3 938,4			
Frankreich	28 484,9	25 531,3	2 953,8	2 414,8	(8,5)
Irland	1 882,0	803,6	1 078,4	1 004,2	(53,4)
Italien					
Luxemburg					
Niederlande	9 108,5	6 977,1	2 131,4	1 540,6	(16,9)
Portugal	382,2	216,9	165,3	121,3	(31,7)
Vereinigtes Königreich	53 530,4	51 015,7	2 514,6	n.a.	
Gemeinschaft	126 698,0	94 197,8	12 898,3		

Die dritte Spalte der ersten Tabelle gibt Aufschluß über die Marktanteile am gesamten Nicht-Lebensversicherungsgeschäft im Zuge der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs. Hierbei ist zu bemerken, daß der freie Dienstleistungsverkehr mit Ausnahme der Großrisiken 1990 noch nicht gemeinschaftsweit eingeführt war. Die Zahlen spiegeln deswegen vor allem die Tätigkeit am Hauptgeschäftssitz wider. Der freie Dienstleistungsverkehr für die Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung, einschließlich großer Risiken, ist Gegenstand der am 8. November 1992 in Kraft getretenen Richtlinie 90/618/EWG. Für die Tätigkeiten in diesem Bereich enthält die Tabelle also lediglich Angaben, die den Hauptgeschäftssitz betreffen. Über den genauen Anteil des Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgeschäfts liegen keine detaillierteren Angaben vor. Doch dürfte dieser Anteil insbesondere in Irland erheblich sein.

3. und 4. Die Kommission prüft in diesem Zusammenhang die etwaige Anwendung des Artikels 7 EG-Vertrag (Diskriminierungsverbot).

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2728/93

von Anita Pollack (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(8. September 1993)

(94/C 234/111)

Betrifft: Blei in der Umwelt

Hat die Kommission in letzter Zeit Untersuchungen zur Ermittlung des Bleigehalts in der Umwelt durchgeführt? Wenn ja, kann sie diese Untersuchungen auflisten; wenn nein, beabsichtigt sie die Durchführung einschlägiger Untersuchungen?

Antwort von Herrn Paleokrassas
im Namen der Kommission

(10. November 1993)

Die Kommission hat keine allumfassende Studie über den Bleigehalt in der Luft durchgeführt. Die hierzu verfügbaren Informationen werden von den Mitgliedstaaten gemäß der Richtlinie 82/884 betreffend einen Grenzwert für den Bleigehalt in der Luft ⁽¹⁾ übermittelt.

Aus diesen Informationen geht hervor, daß die Bleikonzentrationen in der Luft während der letzten zehn Jahre beträchtlich zurückgegangen sind und 1991 (letzter verfügbarer Zeitraum) der von der Richtlinie festgelegte Grenz-

wert (2 µg/m³ im Jahresdurchschnitt) in allen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft eingehalten wurde.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 378 vom 31. 12. 1982.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2729/93

von Christos Papoutsis (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(8. September 1993)

(94/C 234/112)

Betrifft: Bedingungen für die Ausübung des Berufs eines vereidigten Buchprüfers in Griechenland

Im Anschluß an ein entsprechendes Schreiben des Generaldirektors der Generaldirektion XV der Kommission sahen sich die griechischen Behörden zum Erlaß des Präsidialerlasses Nr. 121/93 veranlaßt und ersetzten bestimmte Vorschriften des Erlasses Nr. 226/92 über die Errichtung, Organisation und Tätigkeit der Berufsordnung der vereidigten Buchprüfer in Griechenland.

Ziel des neuen Präsidialerlasses war die Anpassung des Erlasses an die geltenden gemeinschaftsrechtlichen Bestimmungen (achte Richtlinie).

Dennoch führt die Berufsvereinigung der Buchprüfer in einem Schreiben Klage darüber, daß auch die neuen Bestimmungen des Präsidialerlasses Nr. 123/93 weiter gegen die Regeln der Achten Gemeinschaftsrichtlinie verstoßen. Kann die Kommission angesichts dieser Fakten mitteilen, ob die Bestimmungen von Artikel 2 Absatz 7 und 8 des Präsidialerlasses Nr. 121/93 mit der achten Gemeinschaftsrichtlinie in Einklang gebracht wurden oder nicht?

Antwort von Herrn Vanni d'Archirafi
im Namen der Kommission

(20. Dezember 1993)

Der Präsidialerlaß Nr. 121/93 ⁽¹⁾, auf den der Herr Abgeordnete Bezug nimmt, enthält Übergangsmaßnahmen, die auf Artikel 13, 15, 16 und 18 der Achten Richtlinie 84/253/EWG des Rates vom 10. April 1984 ⁽²⁾ über die Zulassung der mit der Pflichtprüfung der Rechnungslegungsunterlagen beauftragten Personen beruhen.

Die Kommission hat keine Veranlassung anzunehmen, daß diese Artikel mit Artikel 2 des genannten Präsidialerlasses nicht korrekt umgesetzt wurden.

⁽¹⁾ Griechisches Gesetzblatt Nr. 53 vom 12. 4. 1993.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 126 vom 12. 5. 1984.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2735/93von **Raymonde Dury (PSE)**

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(16. September 1993)

(94/C 234/113)

Betrifft: Anwendung und Erweiterung der europäischen Rechtsvorschriften über die Wäsche von Geld aus illegalen Geschäften

Seit der Umsetzung und dem Inkrafttreten der Richtlinie 91/308/EWG ⁽¹⁾ zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche in den Mitgliedstaaten, stellt es sich heraus, daß zahlreiche Kriminelle ihr Geld nicht mehr in Banken anlegen, die verpflichtet sind, den zuständigen Behörden jede verdächtige Kapitalbewegung mitzuteilen, sondern in den Wechselstuben, die dieser Vorschrift nicht unterliegen. Wenn die Wechselstuben dann dieses Geld bei Banken in Devisen umtauschen, ist es unmöglich, die Herkunft dieses illegalen Kapitals zu ermitteln. Diese Praxis ist Teil des gesamten Systems der Geldwäsche.

Sind der Kommission solche Praktiken bekannt? Gedenkt sie, diesen dadurch zu begegnen, daß sie dem Rat vorschlägt, die Richtlinie 91/308/EWG auf die Wechselstuben auszuweiten, um diese Art der Geldwäsche zu bekämpfen? Hält sie sonstige Maßnahmen für möglich?

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 166 vom 28. 6. 1991, S. 77.

**Antwort von Herrn Vanni d'Archirafi
im Namen der Kommission**

(14. Dezember 1993)

Die Richtlinie 91/308/EWG gilt für „Kreditinstitute“ und „Finanzinstitute“ (Artikel 1) sowie für andere „Berufe und Unternehmenskategorien, deren Tätigkeiten für Zwecke der Geldwäsche besonders geeignet sind“ (Artikel 12).

Die Begriffsbestimmung „Finanzinstitut“ gemäß Artikel 1 zweiter Gedankenstrich der Richtlinie umfaßt über die Lebensversicherungsunternehmen hinaus jedes andere Unternehmen als ein Kreditinstitut, dessen Haupttätigkeit darin besteht, eines der in der Liste im Anhang zur zweiten Bankrechtskoordinierungsrichtlinie 89/646/EWG des Rates vom 15. Dezember 1989 aufgeführten Geschäfte zu tätigen ⁽¹⁾. Diese Liste umfaßt nahezu alle traditionellen und nicht traditionellen Finanzgeschäfte einschließlich der „Geldwechselgeschäfte“ und insbesondere der „Wechselkurs- und Zinssatzinstrumente“ (Ziffern 7b) und d) des Anhangs).

Die Wechselstuben fallen folglich eindeutig in den Anwendungsbereich der Geldwäscherichtlinie und unterliegen denselben Verpflichtungen wie die Banken und anderen Finanzinstitute.

Die Kommission wird darauf achten, daß die von den Mitgliedstaaten zur Umsetzung der Richtlinie erlassenen

nationalen Maßnahmen den von diesem Gemeinschaftstext vorgesehenen Anwendungsbereich durch Einbeziehung der Wechselstuben in die Finanzinstitute einhalten.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 386 vom 30. 12. 1989.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2739/93von **Georgios Zavvos (PPE)**

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(16. September 1993)

(94/C 234/114)

Betrifft: Bedeutung der ethischen Fragen und Notwendigkeit einer europäischen Debatte

Die ethischen Fragen erlangen in der europäischen Politik immer mehr Bedeutung. Zum Beispiel im Bereich der Bioethik, in dem umfassenderen Bereich der Nutzung der wissenschaftlichen und technologischen Erkenntnisse usw. Es ist begrüßenswert, daß die Kommission eine Arbeitsgruppe zur Bewertung bioethischer Fragen im Zusammenhang mit dem menschlichen Genom (ESLA) im Rahmen der Generaldirektion XII sowie einen Bioethik-Ausschuß bei Präsident Delors eingesetzt hat.

Die Notwendigkeit der Herbeiführung einer demokratischen Debatte über diese entscheidenden Fragen spricht für eine institutionelle Lösung.

Faßt die Kommission eine solche Lösung ins Auge? Würde sie die Einführung — in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament — eines „demokratischen Verfahrens für die öffentliche Diskussion und Anhörung der europäischen Bürger zu ethischen Fragen“ befürworten?

**Antwort von Herrn Ruberti
im Namen der Kommission**

(14. Dezember 1993)

Als Reaktion auf die vom Parlament — und von weiten Kreisen der Wissenschaft und der Öffentlichkeit generell — geäußerten Bedenken im Zusammenhang mit bioethischen Fragen und um einen Dialog über die einzelnen ethischen Aspekte zu ermöglichen und zu strukturieren hat die Kommission mehrere Foren geschaffen.

Neben den vom Herrn Abgeordneten genannten Gremien (ESLA und Bioethik-Beratergruppe) ist die Arbeitsgruppe HER (Human Embryo Research) zu nennen.

Bioethische Fragen sind ferner Teil der *Eurobarometer*-Meinungsumfragen.

Im übrigen sind in den biomedizinischen und biotechnologischen Forschungsprogrammen der Gemeinschaft Forschungsarbeiten zu ethischen Fragen ausdrücklich vorgesehen. Bei den Arbeiten zu den sozioökonomischen Auswirkungen der Forschung und der technologischen Risiken werden ethische Aspekte ebenfalls beachtet. In ihrem

Vorschlag für ein Viertes Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung⁽¹⁾ und dem jüngsten Dokument über den wissenschaftlich-technischen Inhalt der spezifischen Programme des Vierten Rahmenprogramms⁽²⁾ sieht die Kommission die Fortsetzung dieser Tätigkeiten vor. In dem letztgenannten Dokument heißt es insbesondere: „Im Hinblick auf einen besseren Dialog und ein besseres Verständnis zwischen den wichtigsten nationalen und soziopolitischen bioethischen Haltungen sollen, unter Anerkennung der kulturellen Unterschiede in den Mitgliedstaaten, Arbeitsgruppen gebildet werden, um Berichte und Übersichten für das Europäische Parlament und den Rat auszuarbeiten.“

Für eine öffentliche Debatte der ethischen Fragen ist das Parlament der geeignete Ort. Es gab im übrigen zahlreiche diesbezügliche Initiativen des Parlaments, z. B. im Zusammenhang mit Genmanipulationen (Rothley-Bericht) und künstlicher Fortpflanzung (Casini-Bericht), und anlässlich des vom Parlament veranstalteten „Wissenschaftsgipfels“ (14. und 15. Oktober 1993), bei dem eine Sitzung dem Thema „Wissenschaft, Kultur, Ethik und Gesellschaft“ gewidmet war.

⁽¹⁾ Dok. KOM(93) 276.

⁽²⁾ Dok. KOM(93) 459.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2743/93

von Ian White (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(16. September 1993)

(94/C 234/115)

Betrifft: Absenderadressen auf Briefumschlägen

Sind der Kommission Vorschläge dahingehend bekannt, daß Briefumschläge bei von Privatpersonen versandten Briefen Name und Anschrift des Absenders oder eine Rücksendeadresse tragen müssen?

Antwort von Herrn Bangemann
im Namen der Kommission

(3. Dezember 1993)

Der Kommission sind keine Vorschläge der Mitgliedstaaten aus der jüngsten Zeit bekannt, die darauf abzielen, die Angabe von Name und Anschrift des Absenders bzw. einer Rücksendeadresse auf Umschlägen von Postsendungen als verbindlich festzulegen.

Die Kommission hat auch nicht die Absicht, einschlägige Rechtsvorschriften vorzuschlagen.

Allerdings ist hervorzuheben, daß eine Rücksendeadresse auf dem Umschlag, vor allem bei unleserlichen, unvollständigen oder falschen Empfängeranschriften bzw. wenn der Empfänger verzogen ist, nützlich sein kann.

Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß die Mitgliedstaaten die Verträge des Weltpostvereins, einer Organisation der Vereinten Nationen, unterzeichnet haben, die die Bestimmungen über die Angabe von Anschrift und Absender enthalten. Diese für alle Kategorien von Postsendungen gültigen Bestimmungen sind in der Vollzugsverordnung des Weltpostvertrags Artikel 113 Absatz 1 Buchstabe g) festgelegt, in dem es heißt, daß die einzelstaatlichen Verwaltungen Empfehlungen für die Postbenutzer über Angabe von Name und Adresse des Absenders und gegebenenfalls Postleitzahl oder Nummer des Zustellpostamts vorlegen müssen. Sofern die Angaben auf der Aufschriftseite der Umschläge erfolgen, müssen sie links oben erscheinen. Ferner ist in Absatz 2 desselben Artikels festgelegt, daß der Umschlag oder die Verpackung bei Massensendungen nur eine einzige Absenderanschrift aufweisen darf, die sich in dem Einlieferungsland befinden muß.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2748/93

von Hiltrud Breyer (V)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(16. September 1993)

(94/C 234/116)

Betrifft: EG-Finanzierung von „Bio-Europa“

Die unter dem Titel „Bio-Europa 93“ veranstaltete Konferenz und Ausstellung, die am 1. und 2. Juni 1993 in Brüssel stattfanden, wurden von der „Senior Advisory Group Biotechnology“ zusammen mit dem Internationalen Bioindustrie-Forum und mit Unterstützung der Kommission veranstaltet.

1. Wie hoch war der finanzielle Beitrag der Kommission zu diesem Ereignis sowohl in Geld als auch in Dienstleistungen, und aus welcher Haushaltslinie wurde dieser abgezogen?
2. Welchen prozentualen Anteil an den Gesamtausgaben für diese Konferenz stellte der Beitrag der Kommission dar?
3. Kann die Kommission bitte eine klare Aufschlüsselung darüber geben, wie die Gemeinschaftsfinanzierung für diese Konferenz ausgegeben wurde?
4. Das vorrangige Ziel dieses Ereignisses, dem ich beiwohnte, schien ein Angriff auf die EG-Rechtsvorschriften über Biotechnologie und eine Bewegung zur Deregulierung der Richtlinien 90/219/EWG und 90/220/EWG⁽¹⁾ über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen bzw. über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt zu sein. Wie rechtfertigt die Kommission die Ausgabe öffentlicher Mittel zur Unterstützung einer privaten Industriegruppe, die die Zeitschrift *Der Spiegel* als die mächtigste Lobbyorganisation der Welt bei der Förderung einer besonderen Techno-

logie auf Kosten anderer Technologien in der Gemeinschaft und in dem Bemühen zur Unterminierung bestehenden Gemeinschaftsrechts bezeichnete?

5. Kann die Kommission angesichts der Tatsache, daß jede Gemeinschaftsfinanzierung dieser Art entweder dazu dienen muß, eine Dienstleistung einzukaufen, die von der Gemeinschaft benötigt wird, oder einen direkten Nutzen für die Gemeinschaftspolitik oder -tätigkeit zu erbringen, erklären, welches der mittelbare oder unmittelbare Nutzen dieser Ausgaben für die Gemeinschaft gewesen ist?

(¹) ABL Nr. L 117 vom 8. 5. 1990, S. 1 und 15.

**Antwort von Herrn Bangemann
im Namen der Kommission**

(30. November 1993)

Die Kommission zahlte aus der Haushaltslinie B5-4110 80 000 ECU für die Konferenz und die Ausstellung „Bio-Europa 93“. Dieser Beitrag entspricht 23,6 % der Gesamtkosten für diese Veranstaltungen. Der Finanzbeitrag der Gemeinschaft diente zur Vorbereitung der Ausstellung, zur Erstellung des Tagungsbandes und zur Deckung der Reisekosten von Rednern aus Japan und den Vereinigten Staaten.

Ziel der Konferenz, die von über 200 Teilnehmern besucht wurde, war es, politische Entscheidungsträger, Industrielle, Wissenschaftler und andere Interessierte aus Europa, Nordamerika und Japan zusammenzubringen, um Meinungen auszutauschen und die verschiedenen Konzepte im Hinblick auf wichtige Fragen der Bioindustrie miteinander zu vergleichen. Dies betraf sowohl das industrielle Management von technologischen Innovationen als auch ordnungs- und allgemeinpolitische Fragen und andere Themen wie Forschungsprioritäten und nachhaltige Entwicklung.

Auf der Konferenz wurden viele unterschiedliche Ansichten vertreten, wobei natürlich auch kritische Stimmen zu bestimmten Themen zu hören waren. Die Kommission ist der Auffassung, daß es nicht nur normal, sondern äußerst wünschenswert ist, daß eine solche Konferenz die Möglichkeit eines offenen Meinungsaustausches mit den betroffenen Unternehmen bietet. Dies schließt auch die Möglichkeit der direkt Betroffenen ein, ihre Schwierigkeiten mit den Rechtsvorschriften der Gemeinschaft zu äußern und diese Vorschriften zu kritisieren.

Die Konferenz trug somit dazu bei, eine der Empfehlungen aus der Mitteilung der Kommission über die Förderung eines wettbewerbsorientierten Umfeldes für die industrielle Anwendung der Biotechnologie (¹) umzusetzen, die 1991 veröffentlicht wurde: die Intensivierung der internationalen Kontakte und die Bemühung um ein harmonisierteres Konzept auf internationaler Ebene.

Darüber hinaus bot die Ausstellung, die von etwa 4 000 Menschen, darunter viele Schulkinder, besucht wurde, die Möglichkeit, das Verständnis der Öffentlichkeit für die

Biotechnologie zu verbessern und den Boden für ein besseres Ansehen in der Öffentlichkeit zu bereiten. In der genannten Mitteilung wurden auch Maßnahmen zur Verbesserung der allgemeinen Akzeptanz empfohlen.

(¹) Dok. SEK(91) 629.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2749/93

von **Hiltrud Breyer (V)**

an die **Kommission der Europäischen Gemeinschaften**

(16. September 1993)

(94/C 234/117)

Betrifft: Projekt „Vielfalt des menschlichen Genoms“

Das Projekt „Vielfalt des menschlichen Genoms“ (HGD) ist ein internationales Unterfangen zur Sammlung und Aufbewahrung von genetischem Material eingeborener Bevölkerungen.

1. Welche Forschungsprojekte in diesem Bereich werden gegenwärtig von der Europäischen Gemeinschaft finanziert?
2. Welche Anträge für Forschungsprojekte in diesem Bereich werden gegenwärtig im Hinblick auf eine mögliche EG-Finanzierung geprüft?

Bitte geben Sie für jedes obengenannte Projekt die folgenden Informationen:

- a) Höhe der Zuwendung;
- b) Name und Institution des Projektleiters;
- c) Name der mitarbeitenden Institutionen, einschließlich der Kooperativabkommen mit Nicht-EG-Institutionen;
- d) Dauer des Projekts;
- e) Zielbevölkerungen.

Gibt es eine Gesamtkoordinierung der verschiedenen Projekte auf EG- und internationaler Ebene?

Wenn ja, beschreiben Sie bitte Charakter, Auftrag, Sitz und Mitgliedschaft der Koordinations- bzw. Planungsgremien.

Wurden die ethischen Aspekte dieser Forschung evaluiert? Wenn ja, geben Sie bitte Bezugsquellen für Studien an, und fassen Sie die Ergebnisse zusammen.

Wie werden die Rechte auf geistiges Eigentum in Verbindung mit dem genetischen Material, das von dem Projekt „Vielfalt des menschlichen Genoms“ gesammelt wird, und den eventuell daraus erzeugten Produkten gehandhabt?

Sind Vertreter von Organisationen der eingeborenen Bevölkerungen an der Planung und Durchführung des HGD-Projekts beteiligt? Ist die bewußte Zustimmung der betroffenen Einzelpersonen und Gruppen vor der Sammlung der Proben vorgeschrieben? Wenn ja, wie wird diese erlangt?

**Antwort von Herrn Ruberti
im Namen der Kommission**

(13. Dezember 1993)

Die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Bereich der Analyse des menschlichen Genoms sind Teil der spezifischen Forschungsprogramme der Kommission mit Schwerpunkt auf der Erstellung von Genkopplungskarten und physikalischen Kosten. Deshalb wird kein Vorschlag, der in direktem Zusammenhang mit einem Projekt über die Vielfalt des menschlichen Genoms steht, gefördert.

Somit unterstützt die Kommission lediglich die Schaffung eines Ausbildungsnetzes im Rahmen des Programms „Humankapital und Mobilität“. Dadurch wird eine Zusammenarbeit zwischen 12 europäischen Laboratorien ermöglicht, eine Tatsache, die Professor Piazza, einer der Initiatoren des Projekts über die Vielfalt des menschlichen Genoms, als Ausgangsbasis für europäische Aktionen im Bereich der Vielfalt des menschlichen Genoms sieht.

Ansonsten ist die Kommission an keinen Projekten direkt beteiligt, da das Projekt über die Vielfalt des menschlichen Genoms eine private Initiative einer Gruppe von Wissenschaftlern ist, die sich für dieses Projekt einsetzen. Bisher haben einige Workshops stattgefunden — drei in den Vereinigten Staaten und ein vierter vom 9. bis zum 12. September 1993 in Porto Conte in Sardinien. Ein vollständiger Bericht über diesen letzten Workshop ist bei folgender Adresse erhältlich: Dr. L. Evans, HUGO Europe, 1 Park Square West, London.

Bei diesem Zusammentreffen teilte Sir Walter Bodmer, der ehemalige Vorsitzende von HUGO (Human Genome Organisation, eine Organisation, die von Wissenschaftlern aus der ganzen Welt gegründet wurde) mit, daß auf der nächsten Sitzung des HUGO-Rates ein HUGO-Ausschuß für das Projekt über die Vielfalt des menschlichen Genoms geschaffen wird.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2763/93

von Sir James Scott-Hopkins (PPE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(16. September 1993)

(94/C 234/118)

Betrifft: Sicherheitsnormen auf Baugeländen

Welche Maßnahmen ergreift die Kommission, um sicherzustellen, daß Sicherheitsnormen auf Baugeländen innerhalb der Gemeinschaft einheitlich sind und daß solche Normen strikt eingehalten werden?

**Antwort von Herrn Flynn
im Namen der Kommission**

(15. Dezember 1993)

In der Richtlinie 92/57/EWG ⁽¹⁾ vom 24. Juni 1992 über die auf zeitlich begrenzte oder ortsveränderliche Baustellen anzuwendenden Mindestvorschriften für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz (achte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 der Richtlinie 89/391/EWG) ⁽²⁾ sind.

Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz auf zeitlich begrenzten oder ortsveränderlichen Baustellen festgelegt. Diese Richtlinie stützt sich auf Artikel 118a des EWG-Vertrages, der die Annahme von Mindestvorschriften zur Gewährleistung eines besseren Schutzes der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer vorsieht. Die Mitgliedstaaten dürfen strengere Vorschriften einführen. In Anbetracht der Bestimmungen der Richtlinie 92/57/EWG sind Wettbewerbsverzerrungen jedoch unwahrscheinlich.

Für die Durchsetzung der nationalen Rechtsvorschriften, mit denen die Richtlinie umgesetzt wird, sind die Mitgliedstaaten zuständig. Die Kommission fördert jedoch die enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen einzelstaatlichen Stellen, um gemeinsame Grundsätze bei der Durchsetzung zu erreichen.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 245 vom 26. 8. 1992.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 183 vom 29. 6. 1989.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2818/93

von Carlos Robles Piquer (PPE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(4. Oktober 1993)

(94/C 234/119)

Betrifft: Die Ziele der nordamerikanischen Hilfe für andere Länder

Ein zwar noch recht neues Dokument („Agenda 93, Policy Action Papers“ vom „Center for Strategic International Studies“ Washington DC, November 1992) enthält Empfehlungen an die neue amerikanische Regierung für eine Neuformulierung der Zielsetzungen der Auslandshilfe der Vereinigten Staaten, da diese in ihrer jetzigen Struktur überholt und anders als zu Zeiten des kalten Krieges als außenpolitisches Instrument kaum tauglich sei. Laut diesem von Ernest Graves unterzeichneten Artikel sind heute die Bedingungen für einen Dialog zwischen der Legislative und der Exekutive der Vereinigten Staaten gegeben.

Ist der Kommission etwas davon bekannt, daß dieser Dialog eingeleitet und inzwischen irgendwelche Folgen gezeitigt hat? Hält sie es darüber hinaus für geboten, analog eine Überprüfung der Außenhilfe der Gemeinschaft vorzunehmen?

**Antwort von Sir Leon Brittan
im Namen der Kommission**

(23. November 1993)

Der Kommission ist bekannt, daß der stellvertretende Außenminister Clifford Wharton in wichtigen Unterausschüssen des Kongresses den Entwurf eines Berichtes über die Entwicklungspolitik der Vereinigten Staaten verbreitet hat. In diesem Bericht geht es um eine Revision der Entwicklungspolitik der Vereinigten Staaten. Da es sich lediglich um einen Entwurf handelt, hält es die Kommission nicht für angemessen, seinen Inhalt zu kommentieren.

Die Kommission verfolgt mit Interesse die Entwicklung der Kooperationspolitik der verschiedenen Geldgeber und ist selbstverständlich unterrichtet über die Politik der Vereinigten Staaten. Dazu finden regelmäßig Treffen zwischen der Kommission und der amerikanischen Regierung statt.

Hinsichtlich der Festlegung neuer Prioritäten für die amerikanische Auslandshilfe erwartet die Kommission Erklärungen der Vertreter der Vereinigten Staaten in der Sitzung auf hoher Ebene des Ausschusses für Entwicklungshilfe im Dezember 1993 in Paris.

Ein Dialog über die Überprüfung der Auslandshilfe der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten wurde über die Mitteilung der Kommission an den Rat „Politik der Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahre 2000“ eingeleitet.

Dieser zur Zeit laufende Dialog soll zu einer Koordination der Politiken der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten führen und verspricht gute Ergebnisse.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2826/93

von Carlos Robles Piquer (PPE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(4. Oktober 1993)

(94/C 234/120)

Betrifft: Japanische Fortschritte im Bereich der Kernfusion: Verbesserungen bei der Einschließung und Senkung der Verunreinigungen im Plasma

Was kann die Kommission in bezug auf die Ankündigung von JAERI (japanisches Kernenergieforschungsinstitut) mitteilen, wonach dieses mit seinem Tokamak JT-60-U ein „Dreifachprodukt“ entwickelt haben will, das 20 % über dem von JET aufgestellten Rekord liegt? Gibt es Pläne für die Verbesserung der Gemeinschaftsanlagen in bezug auf den Gehalt an Verunreinigungen im Plasma?

Ist die Kommission der Auffassung, daß es zu den Beratungsaufgaben der Gruppe EFET gehört, die Fortschritte zu beobachten und zu evaluieren, die jeweils von den großen

multinationalen Konzernen, die sich am Projekt ITER beteiligen, gemacht werden?

**Antwort von A. Ruberti
im Namen der Kommission**

(30. November 1993)

Der japanische Tokamak JT-60-U beruht auf einer Modifizierung des JT 60. Er ist dabei nach ähnlichen Parametern wie die Versuchsanlage der Gemeinschaft JET (insbesondere bezüglich Plasmavolumen und -formgebung) ausgelegt worden. Deshalb überrascht es nicht, daß der JT-60-U den von JET aufgestellten „Triple product“-Rekord erreicht und sogar geringfügig übertroffen hat. Doch ist darauf hinzuweisen, daß der Rekordwert des JT-60-U anders als im JET bei einer nicht optimalen Temperatur für einen Reaktortyp erreicht wurde, der mit einem Deuterium-Tritium-Gemisch (D-T) betrieben wird. JET bleibt, wenn auch knapp, die Anlage, in der die einer Zündung mit Deuterium-Tritium ähnlichsten Bedingungen geschaffen wurden. Während der JT-60-U nicht für den Betrieb mit Tritium konzipiert ist, wurde es im JET bereits 1991 bei seiner Rekordproduktion von Fusionsenergie eingesetzt und wird vor Abschluß des Programms erneut verwendet.

1994, bei der Wiederaufnahme des Versuchsprogramms, wird JET im Gegensatz zum JT-60-U mit einem neuen System, einem „Pumpdivertor“ ausgestattet, der eine bessere Kontrolle der Verunreinigungen im Plasma ermöglicht. Eine andere Versuchsanlage in der Gemeinschaft, der ASDEX-U (Max Planck-IPP, Garching), ist auf die Überwachung von Verunreinigungen durch einen Divertor spezialisiert. Derzeit wird eine Verbesserung des Systems technisch geprüft.

Die Beobachtung und Bewertung des Fortschritts der ITER-Partner der Gemeinschaft gehören zu den „Next Step“-Aktivitäten, die im Rahmen des Fusionsprogramms der Gemeinschaft durchgeführt werden. Die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung EFET (European Fusion Engineering Technology), die infolge einer europäischen Ausschreibung für Entwurfsarbeiten im Rahmen von Next Step vorgeschlagen wurde, könnte an diesen Beobachtungen und Bewertungen beteiligt werden.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2838/93

von Alex Smith (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(4. Oktober 1993)

(94/C 234/121)

Betrifft: Konferenz über Partnerschaft für Veränderungen, Manchester,

Kann die Kommission mitteilen, inwiefern sie sich an der Konferenz über Partnerschaft für Veränderungen über

umweltverträgliche Entwicklungsprojekte beteiligt hat/zu beteiligen gedenkt, die vom 20. bis 22. September 1993 in Manchester stattfindet und von der britischen Regierung im Anschluß an den Erdgipfel der UNCED in Rio vom Juni organisiert wird?

**Antwort von Herrn Paleokrassas
im Namen der Kommission**

(29. November 1993)

Das Hauptziel dieser Konferenz, die vom Premierminister des Vereinigten Königreichs auf dem Erdgipfel in Rio angekündigt wurde, bestand darin, Nichtregierungsorganisationen aus aller Welt einen Austausch von Erfahrungen aus erster Hand zu ermöglichen, damit sie wirksame Partnerschaften im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung unter Beteiligung verschiedener sozialer, politischer und wirtschaftlicher Akteure aufbauen können. Mehr als 300 Delegierte, einschließlich Umweltaktivisten, Stadtplaner und Unternehmer nahmen an der Konferenz teil.

Verschiedene Vertreter aus Regierungen und internationalen Organisationen, einschließlich der Kommission, waren ebenfalls eingeladen. Allerdings wurde kein spezieller Beitrag von ihnen erwartet, da die Konferenz ein Zusammentreffen von Nichtregierungsorganisationen sein sollte.

Nach Ansicht der Kommission zeigen die verschiedenen auf der Konferenz vorgelegten Fallstudien ganz deutlich, daß der Übergang zu einer dauerhaften und umweltgerechten Entwicklung wie in Agenda 21 und im fünften Aktionsprogramm befürwortet, die aktive Beteiligung aller Akteure im Geiste gemeinsamer Verantwortung erfordert. Eine solche Beteiligung bildet auch die Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung lokaler Initiativen und Projekte.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2846/93

von Alex Smith (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(4. Oktober 1993)

(94/C 234/122)

Betrifft: Anwendung von Artikel 34 des Euratom-Vertrags auf die Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe THORP

Kann die Kommission mitteilen, auf welcher Grundlage sie in ihrer Antwort vom 25. Juni 1992 auf die schriftliche Anfrage Nr. 341/92 ⁽¹⁾ von Herrn Llewellyn Smith zu der Schlußfolgerung gelangte, daß Artikel 34 des Euratom-Vertrags zu besonders gefährlichen Versuchen nicht für die neue Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe THORP am Standort Sellafield in Cumbria (Vereinigtes Königreich) gilt?

**Antwort von Herrn Paleokrassas
im Namen der Kommission**

(18. November 1993)

THORP beruht auf einer erprobten Technologie. Es handelt sich daher nicht um ein Experiment. Ferner geht aus den Erfahrungen mit bestehenden Anlagen nicht hervor, daß THORP „besonders gefährlich“ sein könnte.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2853/93

von Henry McCubbin (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(4. Oktober 1993)

(94/C 234/123)

Betrifft: Ziegenhalter im Vereinigten Königreich

Die britischen Schafzüchter erzielen ihr Einkommen durch den Verkauf sowohl des Fleisches als auch der Wolle ihrer Tiere. Dies gilt entsprechend auch für Ziegenhalter.

Ist es nach Auffassung der Kommission richtig, daß die britischen Ziegenhalter keine Unterstützung von der britischen Regierung oder der Gemeinschaft erhalten, während die Schafzüchter eine entsprechende Unterstützung gemäß der Marktordnung für Schaffleisch erhalten?

**Antwort von Herrn Steichen
im Namen der Kommission**

(15. November 1993)

Das Vereinigte Königreich verfügt mit seinen rund 100 000 Schafhaltungsbetrieben über die größten Schafbestände in der Gemeinschaft (nahezu 30 Millionen Tiere) und produziert jährlich knapp 400 000 Tonnen Schaffleisch.

Wie in den anderen Mitgliedstaaten werden auch die britischen Erzeuger durch verschiedene gemeinschaftliche Fördermaßnahmen, insbesondere durch die Mutterschafprämie, unterstützt.

Dagegen werden im Vereinigten Königreich nicht einmal 100 000 Ziegen gehalten und jährlich nur rund 500 Tonnen Ziegenfleisch produziert. Die Zahl der Erzeuger ist gering, und die Tiere dienen vor allem der Milchgewinnung und weniger der Fleischerzeugung. Die Ziegenhalter beziehen den größten Teil ihres Einkommens aus dem Verkauf von Milch und Milcherzeugnissen. Es wäre daher nicht gerechtfertigt, auch diesen Erzeugern eine Unterstützung in der Art der Mutterschafprämie zu gewähren.

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 281 vom 29. 10. 1992, S. 23.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2891/93

von Jesús Cabezón Alonso (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(11. Oktober 1993)

(94/C 234/124)

Betrifft: Dumping-Praktiken bei der Einfuhr von Zement aus Drittländern

Im Januar 1992 reichte der Dachverband der spanischen Zementhersteller bei der Kommission eine Beschwerde ein, die die Einfuhr von Zement aus Drittländern wie Rumänien, Tunesien und der Türkei zu weit unter dem Marktpreis liegenden Preisen betraf.

Diese Dumping-Praktiken fügen den spanischen Zementherstellern und ihren Beschäftigten überaus großen Schaden zu.

Wurde das Verfahren im Zusammenhang mit diesem eindeutigen Fall von Wettbewerbsverzerrung inzwischen abgeschlossen?

Genügt der aus diesen Ländern eingeführte Zement den Qualitätsanforderungen, die für den in der Gemeinschaft hergestellten Zement gelten?

Werden die genannten Einfuhren, falls sie durch Bestimmungen in Verträgen oder Abkommen geregelt sind, zu gleichen Anteilen auf die Länder der Gemeinschaft verteilt?

Welche Maßnahmen hat die Kommission ergriffen oder gedenkt sie zu ergreifen, um diese Dumping-Praktiken zu unterbinden?

**Antwort von Sir Leon Brittan
im Namen der Kommission**

(23. November 1993)

Die Kommission bereitet zur Zeit ihre Schlußfolgerungen vor, die sie aus dem umfangreichen während ihrer Untersuchung eingeholten Informationsmaterial zieht, und beabsichtigt, die Mitgliedstaaten sobald wie möglich sowohl zu ihrer Dumping- und Schadensfeststellung wie auch zu den von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen zu konsultieren.

Aus der vorläufigen Sachaufklärung geht hervor, daß der Zement, der aus den von dem Antidumpingverfahren betroffenen Ländern importiert wird, und der von dem antragstellenden Wirtschaftszweig der Gemeinschaft hergestellte Zement gleichartige Waren sind.

Es bestehen keine Abkommen mit Drittländern, die eine Aufteilung der Exporte in die Gemeinschaft auf alle Mitgliedstaaten der Gemeinschaft vorsehen.

Sollte die Kommission zu dem Schluß kommen, daß die betreffenden Einfuhren gedumpte sind und folglich eine Schädigung verursachen, so wird sie dem Ausführer Gele-

genheit geben, Verpflichtungen für die betreffende Region anzubieten oder in Ermangelung eines solchen Angebots unter Umständen einen vorläufigen Antidumpingzoll einführen.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2893/93

von José Valverde López (PPE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(11. Oktober 1993)

(94/C 234/125)

Betrifft: Globale Beihilfen für Andalusien (Spanien)

Kann die Kommission Auskunft geben über den Grad der Verwendung der globalen Beihilfen, die im Rahmen der Strukturfonds für Vorhaben in Andalusien gewährt wurden und vom Instituto de Fomento de Andalucía verwaltet werden?

**Antwort von Herrn Millan
im Namen der Kommission**

(24. November 1993)

Die Entscheidung der Kommission (C(91) 3006) über die Gewährung des vom Herrn Abgeordneten genannten Globalzuschusses aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung ist am 16. Dezember 1991 ergangen. Darin heißt es, daß die finanziellen Verpflichtungen für diesen Globalzuschuß spätestens am 31. Dezember 1993 erfüllt sein müssen. Außerdem ist der Mitgliedstaat ermächtigt worden, die diesen Verpflichtungen entsprechenden Zahlungen bis zum 31. Dezember 1994 zu leisten, sofern nicht ein gebührend gerechtfertigter Antrag auf Änderung gestellt wird. Nach den Angaben über die Inanspruchnahme dieses Globalzuschusses, die die Kommission anlässlich der Sitzung des zuständigen Begleitausschusses von den verantwortlichen Behörden erhalten hat, sind bis zum 31. Dezember 1992 ca. 43 % der vorgesehenen öffentlichen Ausgaben insgesamt mit den Aufwendungen des privaten Sektors 46,5 % der Gesamtausgaben getätigt worden.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2896/93

von John McCartin (PPE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(11. Oktober 1993)

(94/C 234/126)

Betrifft: Zuwendungen für Irland aus den Strukturfonds

Plant die Kommission eine ernsthafte Prüfung des Entwicklungsplans der irischen Regierung im Rahmen der neuen Phase der Strukturfonds, um zu gewährleisten, daß uneingeschränkt im Geiste der Regionalpolitik der Gemeinschaft

gehandelt wird, und daß die benachteiligten Gebiete Irlands (einschließlich der Inseln) vollen Nutzen aus den Strukturfonds der Gemeinschaft ziehen können?

**Antwort von Herrn Millan
im Namen der Kommission**

(11. November 1993)

In Artikel 5 Ziffer 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2082/93 ⁽¹⁾ ist vorgesehen, daß die Regionalentwicklungspläne für Ziel-1-Regionen „Aktionen zur Umstellung der Industriegebiete mit rückläufiger Entwicklung und zur Entwicklung des ländlichen Raums . . .“ umfassen. Die Vorschläge in dem von Irland vorgelegten nationalen Entwicklungsplan werden eingehend geprüft werden, um sicherzustellen, daß diese Gebiete bei den Prioritäten für gemeinsame Maßnahmen der Gemeinschaft und des Mitgliedstaats in der Planperiode 1994—1999 hinreichend berücksichtigt werden.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2902/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(11. Oktober 1993)

(94/C 234/127)

Betrifft: Leistung humanitärer Hilfe

Kann die Kommission angesichts der humanitären Hilfsaktionen der Gemeinschaft in verschiedenen Regionen, wie zum Beispiel Somalia, Kurdistan und dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, mitteilen,

1. ob sie die Koordinierung der gesamten von der Gemeinschaft geleisteten humanitären Hilfe für zufriedenstellend hält;
2. ob sie beabsichtigt, ihre Bemühungen um die Leistung humanitärer Hilfe wirksamer zu unterstützen und zu koordinieren;
3. ob sie beabsichtigt, Rechenschaft darüber abzulegen?

**Antwort von Herrn Marín
im Namen der Kommission**

(23. November 1993)

1. Die Koordinierung humanitärer Hilfe ist aufgrund der komplexen Gegebenheiten, unter denen sie naturgemäß geleistet wird, immer schwierig.

Die Kommission tut ihr Bestes, um die Maßnahmen der verschiedenen Organisationen der Gemeinschaft und ihrer wichtigsten Partner (internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen (NRO) usw. möglichst eng aufeinander abzustimmen.

2. Das Europäische Amt für humanitäre Hilfe (ECHO) wurde 1992 unter anderem gegründet, um diese Koordinierung zu verstärken.

Der Rat hat bereits mehrfach Entschlüsse zur Koordinierung der humanitären Hilfe verabschiedet, zuletzt am 26. Mai 1993. Im Anschluß daran bemüht sich die Kommission nun, die Koordinierung mit den Mitgliedstaaten durch vierteljährliche Sitzungen mit den Leitern der humanitären Hilfsorganisationen der Mitgliedstaaten zu verbessern. Auch innerhalb der internationalen Organisationen, insbesondere der Vereinten Nationen (bei denen die Gemeinschaft nicht Mitglied ist, sondern lediglich Beobachterstatus hat) unterstützt die Kommission die Bemühungen um eine bessere Koordinierung.

Schließlich strebt die Gemeinschaft zur Zeit im Rahmen des Partnerschafts-Rahmenvertrages den Ausbau und die Verbesserung der Beziehungen mit den wichtigsten Partnern, den NRO, an.

3. Anfang 1994 wird die Kommission einen ersten Bericht über die Maßnahmen im Bereich der humanitären Hilfe veröffentlichen, in dem der Koordinierung der humanitären Hilfe eine wichtige Stellung eingeräumt wird.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2908/93

von Sotiris Kostopoulos (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(11. Oktober 1993)

(94/C 234/128)

Betrifft: Schutz des Feuchtbiotops Louros Mesolongiou

Im Feuchtbiotop Louros im Gebiet Neochori Mesolongiou und insbesondere auf dem Landstreifen Louronisida, der die Lagune von Mesolongi vom Golf von Patras trennt, nimmt die Zahl der ohne Baugenehmigung errichteten Gebäude unter Duldung der zuständigen griechischen Behörden ständig zu. Das Feuchtbiotop Louros Mesolongiou wird vom Ramsar-Übereinkommen geschützt. In diesem Feuchtbiotop nisten Dutzende von seltenen Vogelarten, und die jährlichen Einnahmen aus dem Fischfang in dieser Gegend belaufen sich auf rund 2 Milliarden Drachmen. Beabsichtigt die Kommission angesichts dieser Tatsachen, ihr Interesse an dem Schutz des obengenannten Feuchtbiotops zu bekunden?

**Antwort von Herrn Paleokrassas
im Namen der Kommission**

(26. November 1993)

Mit interministeriellem Dekret vom 20. Juli 1993 wurde das Ökosystem der Lagunen von Missolonghi als besonderes Schutzgebiet gemäß der Richtlinie 79/409/EWG des Rates über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten eingestuft.

Daher ist es Sache der griechischen Behörden, geeignete Maßnahmen zu treffen, um eine vernünftige und rationelle Verwaltung dieses Systems zu gewährleisten.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-3078/93

von Kenneth Stewart (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(5. November 1993)

(94/C 234/129)

Betrifft: Geplantes neues Gefängnis in Fazakerley, Liverpool

Ist der Kommission bekannt, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Erschließungsgebiet durchgeführt wurde?

Wenn ja, wann wurde diese Prüfung vorgenommen, und mit welchem Ergebnis? Wenn nicht, kann die Kommission gewährleisten, daß diese Vorschrift eingehalten wird?

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-3079/93

von Kenneth Stewart (PSE)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(5. November 1993)

(94/C 234/130)

Betrifft: Geplantes neues Gefängnis in Fazakerley, Liverpool

Ist der Kommission die Petition bekannt, die beim Petitionsausschuß des Europäischen Parlaments von den Bewohnern von Fazakerley eingereicht und von dem Ausschuß zur weiteren Untersuchung angenommen wurde?

Kann die Kommission unverzüglich das Ergebnis ihrer Untersuchungen mitteilen?

**Gemeinsame Antwort von Herrn Paleokrassas
im Namen der Kommission**

auf die schriftlichen Anfragen E-3078/93 und E-3079/93

(26. November 1993)

Wie bereits in der Mitteilung zu Petition 722/92 erwähnt, weist die Kommission darauf hin, daß

- Entscheidungen über den Bau öffentlicher Gebäude und ihres Standorts,
- die Bewirtschaftung und Nutzung von Grünflächen mit Ausnahme derer, die nach Richtlinie 79/409/EWG über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten als besondere Schutzgebiete ausgewiesen sind,

- die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit der Bürger,
- die eventuelle Entschädigung nach Enteignung oder Wertverlust,

in den Zuständigkeitsbereich örtlicher, regionaler oder nationaler Behörden fallen.

Da der Bau des Gefängnisses nicht im Rahmen eines Stadtentwicklungsprojekts erfolgt, vertritt die Kommission den Standpunkt, daß dieser nicht unter die Bestimmungen der Richtlinie 85/337/EWG fällt.

Die Kommission kann daher in dieser Angelegenheit nicht tätig werden.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-3477/93

von Des Geraghty (NI)

an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

(11. November 1993)

(94/C 234/131)

Betrifft: Kapitalhilfe für Aer Lingus

Wie stufte die Kommission den obengenannten Vorschlag hinsichtlich der Unterscheidung zwischen staatlicher Beihilfe und einer normalen Geschäftstransaktion ein? Welche Gründe veranlaßten sie zu dem Schluß, daß ein privater Investor in einer ähnlichen Situation keine derartige Entscheidung getroffen hätte, um die Finanzgrundlage des Unternehmens zu verbessern?

**Antwort von Herrn Matutes
im Namen der Kommission**

(3. Dezember 1993)

Am 13. Oktober 1993 hat die Kommission beschlossen, in bezug auf die der Kommission von der irischen Regierung gemäß Artikel 93 Absatz 3 des Vertrages notifizierte Absicht, dem Aer-Lingus-Konzern eine Kapitalspritze von 175 Millionen irischen Pfund zu geben, das Verfahren gemäß Artikel 93 Absatz 2 einzuleiten. Die auf drei Jahre angelegte Kapitalzufuhr ist Teil eines strategischen Programms zur Umstrukturierung des eigentlichen Airline-Geschäfts.

Angesichts der schwierigen finanziellen Situation von Aer Lingus wertet die Kommission die geplante Kapitalzufuhr als eine Beihilfe gemäß Artikel 92 des Vertrages. Aufgrund des scharfen Wettbewerbs auf einigen der von Aer Lingus beflogenen Strecken (insbesondere zwischen Irland und dem Vereinigten Königreich) beeinträchtigt die Beihilfe den Wettbewerb und den Handel im Gemeinsamen Markt. Die Kommission hat beschlossen, das Verfahren nach Artikel 93 Absatz 2 einzuleiten, da sie die Tragfähigkeit des Plans und die möglichen Beeinträchtigungen von Handel und Wettbewerb in der Gemeinschaft durch die Beihilfe zu prüfen hat.